

---

# ZLB

ZUKUNFTSWERKSTATT LINKE BILDUNGSPOLITIK

---

- WER IST DIE BUNDESARBEITSGEMEINSCHAFT BILDUNGSPOLITIK UND WAS WOLLEN WIR?
- BESCHLÜSSE
- STANDPUNKTE
- INFORMATIONEN

***DIE LINKE.***

BUNDESARBEITSGEMEINSCHAFT BILDUNGSPOLITIK  
BEIHEFT 1/2010

## IMPRESSUM

---

Herausgeber: BAG Bildungspolitik beim Parteivorstand  
der Partei DIE LINKE  
Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin

V.i.S.d.P.: Maritta Böttcher, Tel.: 030/ 24009615,  
Fax: 030/ 24009 645  
E-Mail: maritta.boettcher@die-linke.de

Redaktion: Dr. Gerhard Sielski  
E-Mail: gerd\_sielski@yahoo.de

Bestellungen: Maritta Böttcher, BAG Bildungspolitik, PF 100,  
10122 Berlin

Redaktionsschluss: Januar 2010

# Inhaltsverzeichnis

	Seite
Vorbemerkungen	5
Wer ist die BAG Bildungspolitik und was wollen wir?	6
Satzung der BAG Bildungspolitik	8
Ansprechpartner: SprecherInnenteam und Koordinierungsgruppe der BAG	12
Leitlinien linker Bildungspolitik, 9. Bildungspolitische Konferenz der PDS, Juni 2005	13
Gute Bildung für alle. Beschluss des Parteivorstandes zur Bildungspolitik, August 2006	34
Thesenpapier der Linkspartei für einen Weg zu längerem gemeinsamen Lernen, Oktober 2006	39
Gute Betreuung für alle Kinder – ein wichtiger Beitrag zur frühkindlichen Förderung und zur sozialen Integration, Standpunkte, September 2007	46
Gegen elitäre Ausgrenzung im Studium, Standpunkte, 2007	51
Leitlinien der Berufsbildungspolitik, Beschluss des Parteivorstandes, März 2009	56
Erklärung der 1. Bildungspolitischen Konferenz der Partei DIE LINKE. Hamburg, November 2007	61
Zur Vervollständigung der Arbeit der BAG Bildungspolitik (2008)	65
Demokratische Bildungsreform – Bildung für alle von Anfang an. Aus dem Wahlprogramm 2009	67
Bundesarbeitsgemeinschaft tagte in Berlin – Ein Bericht (Mai 2009)	70
Bundesarbeitsgemeinschaft tagte in Göttingen – Ein Bericht (November 2009)	73
Neuorientierung in der Bildungspolitik jetzt einleiten – für ein inklusives Bildungssystem. Göttinger Erklärung vom 28.11.2009	78
Liste ausgewählter bildungspolitischer Dokumente (1991 – 2006)	81
Teilnahmeerklärung	85
Bestellung	86

Weiterlesen: Wichtige Veröffentlichungen der BAG Bildungspolitik

- PISA-Schock: Was sagt DIE LINKE? Reader 1. Bildungspolitische Konferenz, VSA-Verlag Hamburg, 2008
- ZLB Zukunftswerkstatt linke Bildungspolitik,  
[http://die-linke.de/partei/zusammenschluesse/bag\\_bildungspolitik/](http://die-linke.de/partei/zusammenschluesse/bag_bildungspolitik/)
- Die Gemeinschaftsschule – eine Schule für alle (Broschüre)
- Gute Betreuungsangebote für alle Kinder – ein Beitrag zur frühkindlichen Förderung (Broschüre)
- Siehe auch Bunte Reihe / Sonderhefte

Bestellung bei:

Maritta Böttcher, Parteivorstand DIE LINKE

Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin

Tel.: 030/24009615; Mail: [maritta.boettcher@die-linke.de](mailto:maritta.boettcher@die-linke.de)

## Vorwort

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,

seit der Neugründung der BAG Bildungspolitik der Partei DIE LINKE auf unserer 1. Bildungspolitischen Konferenz in Hamburg sind viele MitstreiterInnen auf bildungspolitischem Gebiet zu uns gestoßen. Manche von ihnen arbeiten in den Landesarbeitsgemeinschaften unseres bundesweiten Zusammenschlusses mit, auf kommunaler Ebene oder als Abgeordnete in Länderparlamenten und im Bundestag.

Bei der Linken/PDS und der WASG gab es auf bildungspolitischem Gebiet keine gravierend unterschiedlichen Auffassungen. Eine Reihe Mitglieder der WASG waren schon auf der 9. Bildungspolitischen Konferenz in Weimar dabei. Es gibt Übereinstimmung in den wesentlichen Zielsetzungen.

**Wir haben den Vorschlag aufgegriffen, sozusagen ein „Starterheft“ für Interessierte und neue Mitglieder zusammenzustellen.** So kann man sich schnell über die BAG Bildungspolitik und die Beschlusslage auf bildungspolitischem Gebiet informieren, auch später einmal nachlesen.

Es geht um solche Fragen wie:

Was ist die BAG Bildungspolitik und wollen wir?

Wie sieht die Satzung der BAG aus?

Wer sind die Sprecher der BAG und Ansprechpartner in der Koordinierungsgruppe?

Worin bestehen die Leitlinien linker Bildungspolitik?

Was wurde in Hamburg auf der 1. Bildungspolitischen Konferenz beschlossen?

Welche Beschlüsse und Standpunktmaterialien wurden nach der Gründung der LINKEN ausgearbeitet?

Zu welchen Themen hat die BAG Bildungspolitik getagt und sich wie positioniert?

Wo kann man sich weiter informieren?

Wir hoffen, dass wir damit einen Beitrag zur vollständigeren Information und zum schnelleren Zugriff auf bildungspolitische Materialien der LINKEN leisten können.

Gerhard Sielski

Geschäftsführender Sprecher der BAG Bildungspolitik

## Wer wir sind und wie man bei uns mitarbeiten kann

### Wer wir sind

Die Bundesarbeitsgemeinschaft Bildungspolitik ist der bildungspolitische Zusammenschluss der neuen Partei: Die Linke.

Sie ist eine Gruppe von Mitgliedern und Sympathisanten, die sich mit bildungspolitischen Problemen befasst, aktuelle bildungspolitische Probleme analysiert, Erfahrungen in bildungspolitischen Auseinandersetzungen wertet und Vorschläge erarbeitet, in welcher Weise die Partei Die Linke Einfluss auf notwendige Veränderungen im Bildungssystem nehmen kann. Das erfordert eine enge Zusammenarbeit mit dem Bundesvorstand der Partei.

Viele ihrer Mitglieder kennen als Kindergärtnerinnen und Kindergärtner, Lehrerinnen und Lehrer, Erzieherinnen und Erzieher, Eltern- und SchülerInnenvertreter, in der Berufsbildung oder im Hochschulwesen als Lehrende und Studierende wie in der Wissenschaft Tätige, die aktuellen bildungspolitischen Probleme aus ihrer täglichen Erfahrung. Es gibt eine enge Zusammenarbeit mit Abgeordneten der Fraktionen Die Linke im Bundestag und in den Landtagen, zwischen den verschiedenen Arbeitsgemeinschaften auf Bundesebene, mit den Gewerkschaften sowie mit Verbänden und Bewegungen, die Einfluss auf bildungspolitische Fragen nehmen.

In den Bundesländern gibt es bei den Landesvorständen ebenfalls Landesarbeitsgemeinschaften Bildungspolitik, die mit der Bundesarbeitsgemeinschaft ein Netzwerk bilden und ihre Erfahrungen austauschen. Wir arbeiten auf internationaler Ebene im bildungspolitischen Netzwerk der Europäischen Linkspartei mit.

Kurz: Wir sind eine Gruppe von Engagierten, die täglich sowohl mit dem Bildungswesen wie mit der Politik Kontakt hat. Wir halten das Bildungswesen in der Bundesrepublik für gründlich veränderungsbedürftig und wollen dazu eine Menge beitragen.

### Was wir wollen

Grundlage unserer Tätigkeit sind die programmatischen Beschlüsse der Partei.

Es ist unser Ziel, das Menschenrecht auf Bildung für alle auch in der Bundesrepublik zu verwirklichen.

Wir fordern gleiche Bildungsmöglichkeiten für alle Kinder und Jugendlichen.

Wir wollen, dass endlich Schluss gemacht wird, mit der extrem hohen Abhängigkeit der Bildungsmöglichkeiten und des Bildungserfolgs von der sozialen Herkunft.

Eine grundlegende, sozial gerechte, demokratische Bildungsreform ist in diesem Lande notwendig.

Wir treten für ein längeres gemeinsames lernen in einer Gemeinschaftsschule, die eine inklusive Schule ist, als Alternative zum Bestehenden ein.

Dazu arbeiten wir mit allen Reformwilligen zusammen und wirken in verschiedenen gemeinsamen Aktivitäten verschiedener gesellschaftlicher Gruppen und Initiativen auf diese Ziele hin.

### Das heißt für unsere konkrete Arbeit:

- Analyse der bildungspolitischen Entwicklungen,
- Diskussion bildungspolitischer Probleme,
- Ausarbeitung von bildungspolitischen Alternativen,
- Mitarbeit an Beschlüssen der Partei, Partei- und Wahlprogrammen,
- Einflussnahme auf programmatische wie aktuelle Debatten,
- Beteiligung an Demonstrationen und Protestveranstaltungen im Lande und auf internationaler Ebene.

Wir veranstalten mehrmals im Jahr bundesweite öffentliche Beratungen, auf denen bildungspolitische Themen diskutiert und Erfahrungen ausgetauscht werden.

Rund alle zwei Jahre findet unsere Bildungspolitische Konferenz in einem größeren Rahmen statt.

Wir unterstützen die Landesarbeitsgemeinschaften Bildungspolitik und weitere kommunale und regionale Gruppen.

**Unsere regelmäßige Publikation mit dem Titel „ Zukunftswerkstatt linke Bildungspolitik“** erscheint mindestens vierteljährlich.

In regelmäßigen Abständen informieren wir über unserer aktuelle Arbeit und bildungspolitische Entwicklungen im Internet und in einem Newsletter linke Bildungspolitik.

### Wie man bei uns mitarbeiten kann

Wir freuen uns über alle, die in unseren bundesweiten Zusammenschluss von an linker Bildungspolitik Interessierten mitarbeiten wollen.

Jede kritische und konstruktive Meinung und Mitarbeit ist gefragt.

### Dazu kann man:

An unseren Beratungen sowohl auf Bundes- als auf Landesebene teilnehmen;  
sich in Fragen der Vorschulerziehung, der Schulpolitik, der Berufsbildungspolitik oder der Hochschulpolitik wie der Weiterbildung einbringen;

in einer der regionalen Gruppen mitarbeiten oder mit ihnen zusammenarbeiten;

unsere Publikationsorgane abonnieren oder daran mitarbeiten, insbesondere als Autor von Beiträgen;

bei verschiedenen Projekten und bildungspolitischen Kampagnen mitmachen;

unsere Arbeit finanziell durch einmalige oder regelmäßige Spenden unterstützen.

### Kontakte über:

AG Bildungspolitik, Maritta Böttcher  
Kleine Alexanderstr.28  
10178 Berlin  
Tel.: 030/ 24 009 615  
Fax: 030/ 24 009 561  
Mail: maritta.boettcher@die-linke.de

## DIE LINKE. BUNDESARBEITSGEMEINSCHAFT BILDUNGSPOLITIK

Sprecher: Horst Bethge, Gerrit Große, Nele Hirsch, Henrik Volkert

Geschäftsführer: Gerhard Sielski

### Vorläufige Satzung

1. Die Bundesarbeitsgemeinschaft Bildungspolitik(BAG) ist ein vom Parteivorstand auf der Grundlage der Bundessatzung anerkannter innerparteilicher, thematischer Zusammenschluss.

Ihre Tätigkeit erfolgt gemäß der Bundessatzung §§ 28-31.

2. Grundlage Tätigkeit der BAG sind die programmatischen Beschlüsse der Partei.

Ziel ihrer Tätigkeit ist, das Menschenrecht auf Bildung für alle auch in der Bundesrepublik zu verwirklichen.

Die Mitglieder der BAG fordern optimale Entwicklungs- und Bildungsmöglichkeiten für alle Kinder und Jugendlichen und setzen sich dafür ein, dass endlich Schluss gemacht wird mit der extrem hohen Abhängigkeit der Bildungsmöglichkeiten und des Bildungserfolgs von der sozialen Herkunft.

Sie treten für eine grundlegende, sozial gerechte, demokratische Bildungsreform in diesem Lande ein.

Dazu arbeiten sie mit allen reformwilligen Kräften zusammen und wirken in verschiedenen gemeinsamen Aktivitäten verschiedener gesellschaftlicher Gruppen und Initiativen auf ihre Ziele hin.

3. Die Bundesarbeitsgemeinschaft Bildungspolitik ist für bildungspolitisch interessierte Mitglieder und Sympathisanten der Partei DIE LINKE offen, die sich aktiv an der bildungspolitischen Auseinandersetzung beteiligen, Erfahrungen werten und Vorschläge erarbeiten, in welcher Weise die Partei Die Linke Einfluss auf notwendige Veränderungen im Bildungssystem nehmen kann.

Die Mitglieder der BAG können an Beratungen sowohl auf Bundes- als auf Landesebene teilnehmen und sich zu Fragen der frühkindlichen Förderung, der Schulpolitik, der Berufsbildungspolitik, der Hochschulpolitik wie der Weiterbildungspolitik und deren soziale Bedingungen einbringen.

Die Mitglieder der BAG arbeiten in der Regel in Landesarbeitsgemeinschaften Bildungspolitik(LAG) und weiteren kommunalen und regionalen bildungspolitischen Gremien mit oder sind als Abgeordnete tätig.

Die Mitglieder der BAG haben die Möglichkeit,

- in ständigen und zeitweiligen Arbeitskreisen bzw. Projekten der BAG sowie in regionalen Gruppen mitzuarbeiten oder mit ihnen zusammenzuarbeiten;
- an den Publikationen mitzuarbeiten bzw. sie zu erwerben;
- in verschiedenen Projekten und bildungspolitischen Kampagnen mitzuwirken;
- die Arbeit der BAG finanziell durch einmalige oder regelmäßige Spenden zu unterstützen.



4. Im Zentrum der Tätigkeit der BAG, ihrer Arbeitskreise und Projektgruppen stehen:

- die aktuelle politische Situation in den Bildungsbereichen zu analysieren und aus linker Sicht zu beurteilen,
- den Austausch zwischen den Ländern zu bildungspolitischen Fragen zu befördern und Erfahrungen zu bündeln und weiterzugeben.
- gemeinsam mit LAG und Fraktionen linke Bildungsvorstellungen und -ziele zu entwickeln und politische Umsetzungsstrategien zu entwerfen und in gesellschaftliche und politische Entscheidungsprozesse einzugreifen. Dazu macht sie dem PV Vorschläge für das politische Agieren. Sie arbeitet dazu gegebenenfalls auch mit bildungspolitischen Bündnispartnern zusammen.
- eigene Veranstaltungen und Aktionen zur Beförderung der bildungspolitischen Debatte und zur Popularisierung der Standpunkte der LINKEN zu organisieren.
- Die bildungspolitische Diskussionen im internationalen Bereich, insbesondere im Rahmen der EL und dem europäischen Sozialforum, aber auch darüber hinaus mit Vertretern im Europaparlament zu befördern.

Daraus ergeben sich die folgenden Arbeitsaufgaben:

- Die Mitglieder der BAG agieren selbständig auf der Grundlage der Parteiprogrammatik in aktuellen gesellschaftlichen Konflikten auf dem Gebiet der Bildung und organisiert dazu eigene Veranstaltungen.  
Sie betrachten alle Bereiche des Bildungswesens in ihren inneren Zusammenhängen (frühkindliche Bildung, Allgemeinbildung, Berufsausbildung, Hochschulbildung und Weiterbildung) und ihrer Einbettung in gesellschaftliche Zusammenhänge
- Sie verfolgen die bildungspolitische Debatte in anderen Parteien, in Gewerkschaften und Initiativen, Bildungsorganisationen, Vereinen Verbänden und anderen Akteuren, die sich bildungspolitisch positionieren aber auch der Bundesregierung, der KMK, der EU und der OECD.
- Für übergreifende Themen suchen sie die Zusammenarbeit mit anderen BAG, die auf diesem Gebiet arbeiten oder deren Arbeit bildungspolitische Aspekte berührt (Linksjugend SOLID, DIE LINKE. SDS, Ständige kulturpolitische Konferenz, BAG Wissenschafts- und Hochschulpolitik, BAG auf dem Gebiet der Sozialpolitik usw.) Das umfasst besonders den Austausch zu übergreifenden Sachthemen.
- Die Mitglieder der BAG befördern die Verknüpfung und Zusammenarbeit der politischen Ebenen (Bund, Land, Kommune), sie organisieren und befördern den Gedankenaustausch mit Gewerkschaften, Vertretungen und Verbänden im Bildungsbereich, sie nutzen Erkenntnisse der wissenschaftlichen Arbeit und werten sie für linke Bildungspolitik aus. Dabei suchen sie die Zusammenarbeit mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung und fortschrittlichen Wissenschaftlern.

- Die Mitglieder der BAG arbeiten eng mit Abgeordneten der Fraktionen der Linken im Bundestag und in den Landtagen, den verschiedenen Arbeitsgemeinschaften auf Bundesebene, mit dem Jugendverband und dem Studierendenverband, mit den Gewerkschaften sowie mit Verbänden und Bewegungen zusammen, die Einfluss auf bildungspolitische Fragen nehmen.
- Die Mitglieder der BAG arbeiten eng mit den bei den Landesvorständen bestehenden Landesarbeitsgemeinschaften Bildungspolitik zusammen, die mit der Bundesarbeitsgemeinschaft ein Netzwerk bilden.
- Auf internationaler Ebene erfolgt eine enge Zusammenarbeit im bildungspolitischen Netzwerk befreundeter linker Parteien und mit Abgeordneten im Europäischen Parlament.

#### 5. Zur Organisation der Arbeit:

Die Mitglieder der BAG wählen für 2 Jahre vier SprecherInnen und einen/e Geschäftsführer/in aus den Reihen ihrer Mitglieder, wobei die Mindestquotierung zu beachten ist.

Die Koordinierung der Arbeit übernimmt eine Koordinierungsgruppe, der der Geschäftsführer, die Sprecherinnen und Sprecher der BAG, die bildungspolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion, die zuständigen Mitglieder des PV und der Vertreter der BAG im Bundesausschuss der Partei gehören.

Es können weitere Mitglieder der BAG und wenn notwendig, Vertreter anderer Organisationen berufen werden.

Die Mitglieder der Koordinierungsgruppe

- koordinieren die Tätigkeit der BAG in ihren Strukturen, den Arbeitskreisen und Projektgruppen;
- fassen die Ergebnisse der Arbeit der Arbeitskreise zusammen und stellen sie der politischen Arbeit zur Verfügung;
- vertreten die BAG Bildungspolitik nach außen in die Öffentlichkeit durch Presseinformationen und Presseerklärungen;
- fördern einen kontinuierlichen Austausch von Informationen über das Netzwerk der SprecherInnen der Landesarbeitsgemeinschaften;
- informieren den Parteivorstand über die Tätigkeit der BAG und unterbreiten in verschiedenen Formen Vorschläge für die Bildungspolitik der Partei;
- halten enge Verbindung zu relevanten Arbeitsbereichen und Sprecherinnen der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag sowie mit den SprecherInnen der Landtagsfraktionen;
- entwickeln Beziehungen zu Partnern im In- und Ausland.

6. Die SprecherInnen berufen in Abstimmung mit der Koordinierungsgruppe Beratungen der BAG ein.

Zweimal im Jahr finden bundesweite öffentliche Beratungen der BAG das Bildungsplenum – statt, auf dem bildungspolitische Themen diskutiert und Erfahrungen ausgetauscht werden. Alle zwei Jahre finden Bildungspolitische Konferenzen in einem größeren Rahmen statt.

7. Regelmäßige Publikation der BAG ist die „Zukunftswerkstatt linke Bildungspolitik“. Sie erscheint alle zwei Monate. Unregelmäßig erscheinen Beihefte. Die Redaktion setzt sich aus Mitgliedern der BAG zusammen.

Über die aktuelle Arbeit und bildungspolitische Entwicklungen wird im Internet auf der Homepage der BAG Bildungspolitik informiert.

8. Auf der Grundlage der Satzung der BAG Bildungspolitik ist eine Geschäftsordnung auszuarbeiten.

DIE LINKE. BUNDESARBEITSGEMEINSCHAFT BILDUNGSPOLITIK KOORDINIERUNGSGRUPPE
--

Sprecher:

Horst Bethge                      horst.bethge@t-online.de

Gerrit Große                      gerrit.grosse@gmx.de

Cornelia Hirsch                      kontakte@nele-hirsch.de

Henrik Volkert                      henrikvolkert@gmx.de

Geschäftsführer:

Gerhard Sielski                      gerd\_sielski@yahoo.de

Mitglieder Parteivorstand:

Rosemarie Hein                      hein.md@t-online.de  
  rosemarie.hein@bundestag.de

Marc Mulia                      marc@mulia.de

Arbeitskreis Allgemeinbildung/Gemeinschaftsschule

Steffen Zillich                      zillich@linksfraktion-berlin.de

Koordinatorin des AK Weiterbildung

Sonja Staack                      sonja.staack@linksfraktion.de

Arbeitsgruppe Berufsbildung

Susanne Hennig                      hennig@die-linke-thl.de  
  www.susannehennig.de

Berlin-Brandenburger Forum Schule und Erziehungswissenschaft:

Horst Weiß                      gisela.weiss@gmx.de

Mitarbeiter im Parteivorstand

Ansprechpartner für die BAG Bildungspolitik:

Maritta Böttcher:                      maritta.boettcher@die-linke.de

Gerd Buddin:                      gerd.buddin@die-linke.de

## Bildungspolitische Leitlinien.

Diskussionsmaterial zur 9. Bildungspolitischen Konferenz der PDS  
3. - 5.6.2005 in Weimar

### Gliederung

1. Strategie der PDS und Bildung als soziale Frage
2. Gesellschaftlich-ökonomische Rahmenbedingungen und die Bildungskrise in Deutschland
3. Unser Grundverständnis von Bildung
4. Veränderungen in den Lebens- und Entwicklungsbedingungen der Kinder und Jugendlichen
5. Grundlegende Veränderung und Erneuerung des Bildungswesens
6. Bildungsfinanzierung neu denken!
7. Betreuung, Bildung und Erziehung von Kindern im Vorschulalter
8. **Die PDS will eine „Gemeinschaftsschule“!**
9. Berufsausbildung und Berufsabschluss für alle
10. Hochschulbildung
11. Weiterbildung
12. Bildungsreform und die Pädagoginnen und Pädagogen – ihre Aus- und Fortbildung

### 1. Strategie der PDS und Bildung als soziale Frage

Für sozialistische Politik nach unserem Verständnis bilden Widerstand und Protest, der Anspruch auf Mit- und Umgestaltung sowie über den Kapitalismus hinausweisende Alternativen ein strategisches Dreieck. Diesem im Beschluss der 1. Tagung des 9. Parteitages der PDS formulierten Anspruch stellt sich die Bildungspolitik als eine der wichtigsten und zentralen sozialen Fragen der Zukunft. Deutschland – so belegen nationale Untersuchungen und internationale Vergleiche – ist ein Land mit extrem großer Abhängigkeit der Bildungsmöglichkeiten und des Bildungserfolgs von sozialer Herkunft. Sich diesem Trend entgegenzustellen und ihn schließlich zu überwinden, versteht die PDS als ein zentrales Anliegen ihres politischen Wirkens. Es zielt auf die Verzahnung von Sozialpolitik und Bildungspolitik, auf die Schaffung der erforderlichen sozialen Bedingungen für die Durchsetzung gleicher Bildungsmöglichkeiten für alle, auf die Erhaltung und Stärkung der Rolle und Verantwortung des Sozialstaates für die Entwicklung und Bildung der jungen Generation. So dient unsere Bildungs-

politik einer Umkehrung gegenwärtiger Prozesse, welche die Bildung immer mehr zur Ware, abhängig von der Kaufkraft der „Bildungserwerber“, machen.

Es ist unsere Überzeugung, dass die Gesellschaft verändert werden muss und verändert werden kann. „Menschen brauchen die Möglichkeit, über die gesellschaftlichen Bedingungen ihres Lebens selbst und gemeinsam mit anderen zu entscheiden. Sie brauchen das friedliche Zusammenleben mit anderen Menschen. Sie brauchen saubere Luft und sauberes Wasser. Sie brauchen Arbeit und Verteilungsgerechtigkeit. Sie brauchen Bildung, Kultur, Freizeit und Erholungsmöglichkeiten“ (Programm der PDS).

Unsere Politik dient einer Bildungsreform unter gegenwärtig absehbaren Bedingungen, die mit dem Fortschritt zu einer in allen Bundesländern gemeinsamen zunächst sechsjährigen und dann mindestens achtjährigen Schulbildung für alle verbunden ist. Sie zielt dabei auf eine Integration und Modernisierung der Bildungsinhalte, auf einen allgemeinen Anstieg des Bildungsniveaus, und sie will – darauf fußend und darüber hinausgehend – auch die folgende Stufe allgemeiner und beruflicher Bildung und auch die frühkindliche Bildung und Erziehung reformierend erfassen. Gemeinsamer Schulbesuch über acht Jahre hinaus und viele Formen der Vernetzung von allgemeiner und beruflicher Bildung mit vielgestaltigeren, breiteren Zugängen zur tertiären Bildungsstufe bleiben unser Ziel, unsere Perspektive. Wir bleiben auch dem in die Zukunft, über den derzeitigen Kapitalismus hinausweisenden Ideal der allseitig entwickelten und gebildeten Persönlichkeit des progressiven Bürgertums und der internationalen Arbeiterbewegung treu. Wir versuchen, ihm mit neuen zeitgemäßen Impulsen entgegenzustreben.

Die Gesellschaft hat insbesondere die Pflicht, Voraussetzungen für eine lebenswerte Zukunft aller Kinder und Jugendlichen zu schaffen und als eine grundlegende Bedingung dafür gleiche Bildungs- und Entwicklungsmöglichkeiten für alle zu sichern, unabhängig von der sozialen Herkunft der Einzelnen. Deutschland braucht ein wissenschaftlich fundiertes, die konkreten gesellschaftlichen, sozialen und bildungspolitischen Bedingungen zum Ausgangspunkt nehmendes, erfahrungsoffenes, langfristig angelegtes Konzept für eine schrittweise vorangehende, aber umfassende demokratische Bildungsreform. Die PDS unterbreitet dazu auf der Grundlage ihrer bildungspolitischen Strategie konkrete Vorschläge. Sie setzt sich für ein breites gesellschaftliches Engagement zur Neuorientierung des Bildungswesens ein. Erforderlich ist dafür der Zusammenschluss unterschiedlicher reformwilliger Kräfte. Die PDS wird sich durch praktische alltägliche politische Arbeit aktiv am Reformprozess beteiligen.

Reformbedarf besteht nicht nur in einigen Bundesländern, sondern in ganz Deutschland.. Gleiche Entwicklungs- und Bildungsmöglichkeiten sind für alle jungen Menschen, überhaupt für alle Menschen in Deutschland, unabdingbar. Qualitätserhöhung steht in allen Bundesländern, in allen Bildungseinrichtungen und auf allen Bildungsstufen auf der Tagesordnung. Dafür optimale Rahmenbedingungen inhaltlich-pädagogischer und materiell-finanzieller Art zu schaffen, ist Pflicht und Verantwortung von Bund und Ländern sowie der Kommunen. Qualitätserhöhung muss einhergehen mit größerer Vergleichbarkeit und Durchlässigkeit sowie gleicher Wertigkeit aller Abschlüsse.

Das erforderliche Reformkonzept und seine Vernetzung mit anderen gesellschaftlichen Entwicklungen muss als gesamtdeutscher Prozess realisiert werden. Er braucht eine wissenschaftliche Begleitung, in der die Kräfte über die Ländergrenzen hinweg zu bündeln sind. Die Reform muss die unterschiedlichen Bedingungen und Traditionen der Bundesländer

beachten. Dabei kann und wird ein vielgestaltiger Fortschritt mit einem fruchtbaren Erfahrungsaustausch entstehen. Den Schulen und anderen Bildungseinrichtungen müssen mehr Selbstständigkeit, Verantwortung und Gestaltungsspielräume als bisher gegeben werden, damit Eigeninitiative aller Beteiligten, pädagogisches Schöpferertum sowie die aktive Mitarbeit von Pädagoginnen und Pädagogen, Eltern, Schülerinnen und Schülern, Studentinnen und Studenten, kommunalen Körperschaften und anderen sich für die Bildung mitverantwortlich fühlenden Organen und Institutionen voll zur Wirksamkeit kommen können.

## 2. Gesellschaftlich-ökonomische Rahmenbedingungen und die Bildungskrise in Deutschland

Die Entwicklung von Bildung und Kultur und speziell die Wirksamkeit der Bildungsinstitutionen werden maßgeblich von den allgemeinen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen bestimmt. Das Bildungswesen eines Staates entspricht in seiner Gesamtheit immer dem Wesen und der Funktion der herrschenden Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung, was bei prinzipiell gleicher kapitalistischer Gesellschaftsordnung durchaus unterschiedliche Entwicklungen des Bildungswesens in den einzelnen Staaten ermöglicht und einschließt – abhängig von den jeweiligen konkreten Bedingungen, den ökonomischen Erfordernissen und Möglichkeiten und dem politischen Kräfteverhältnis. Dabei spielt die Einschätzung der Bedeutung des Bildungswesens für die Entwicklung von Gesellschaft und Wirtschaft durch die politisch und wirtschaftlich herrschenden Kräfte und natürlich auch durch die reformwilligen Kräfte zweifellos eine besondere Rolle.

Zu Beginn des 21. Jahrhunderts ist unübersehbar, dass wir in eine Periode neuer Herausforderungen eingetreten sind, die sich in erster Linie aus den Konsequenzen der Globalisierung, den ökologischen Erfordernissen, dem Übergang zur so genannten Wissensgesellschaft, den gravierenden Veränderungen der Arbeitswelt, den demographischen Entwicklungen und der Verknappung der Ressourcen ergeben. Das kann für Bildung nicht folgenlos sein! Es erfordert, den Platz und den Beitrag des Bildungswesens für die Gestaltung und Weiterentwicklung der Produktivkräfte und in Verbindung damit den Prozess der gesamtgesellschaftlichen und der individuellen Entwicklung neu zu überdenken. Die oben genannten Entwicklungen benötigen einerseits eine umfassend gebildete Gesellschaft, vielseitig gebildete Individuen und verändern gleichzeitig die entscheidenden Lebens- und Arbeitsbedingungen aller Klassen und Schichten und damit auch die eines jeden Einzelnen. Sie verdeutlichen neue Ansprüche an Bildung, wie die Fähigkeit zur Problemreduktion, die Fähigkeit zur Risikoabschätzung und Bewertung, die Prognosefähigkeit und die Fähigkeit zur Abschätzung von Handlungsfolgen sowie eine neue Qualität der Wertesuche und Wertorientierung. Die genannten Entwicklungen ermöglichen den umfassenden Einstieg in eine den gesellschaftlichen Erfordernissen dienende Bildungsgesellschaft. Das steht im Widerspruch zu einer auch in Deutschland praktizierten Tendenz der gegenwärtigen staatlichen Bildungspolitik, die die Ausbildung von Eliten besonders fördert und gleichzeitig für größere Teile der Bevölkerung lediglich eine relativ niedrige Bildung für ausreichend hält.

Die Bildungspolitik wird zu einer der tragenden Säulen einer zivilgesellschaftlichen Erfordernissen dienenden Gesellschaftspolitik. Progressive Veränderungen im gegebenen Bildungswesen können erreicht werden,

- wenn ökonomisch-wirtschaftliche Bedingungen und Erfordernisse sie ermöglichen bzw. begünstigen;

- wenn die Gesamtheit der Bedingungen, insbesondere das politische Kräfteverhältnis, beachtet und wirksam genutzt wird;
- wenn die unterschiedlichen Interessen der in der Gesellschaft wirkenden Gruppen bzw. die Widersprüche zwischen ihnen beachtet und genutzt werden.

Dabei sollten sich solche Veränderungen immer an der erforderlichen Neugestaltung des Bildungswesens als Ganzem orientieren. Dafür müssen die jeweils möglichen Teilschritte und die unterstützenden Momente in anderen gesellschaftlichen Bereichen konzipiert und im Verlauf auf notwendige Präzisierungen oder Korrekturen überprüft werden.

Das derzeitige Bildungswesen Deutschlands ist Spiegelbild einer immer größer werdenden sozialen Spaltung der Gesellschaft. In keinem anderen Land gibt es einen so offensichtlichen Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Bildungserfolg. Bestehende Ungerechtigkeiten werden durch mangelnde individuelle Förderung, frühzeitige Selektion und soziale Ausgrenzung reproduziert und sogar noch verstärkt. Schon im Kindergarten und in der Schule werden damit Lebenschancen sozial ungerecht verteilt. Insbesondere Kinder aus sozial benachteiligten Familien und aus Familien mit Migrationshintergrund gehören von vornherein zu den „Verlierern“. **Bereits Zwölfjährige aus sozial schwachen Schichten haben laut der letzten Shell-Studie Angst vor Ausbildungs- und Arbeitslosigkeit, haben eine pessimistische Lebenshaltung und lehnen die Demokratie ab.**

Das bundesdeutsche Bildungswesen mit seiner mehrgliedrigen allgemein bildenden Schule steckt in einer tiefen Krise. Sie zu überwinden erfordert sowohl Veränderungen im Inhalt der Bildung, in der pädagogischen Gestaltung von Lehr-, Erziehungs- und Entwicklungsprozessen als auch strukturelle Veränderungen als Bedingungen und zugleich Rahmen für eine neue Bildung der Jugend. Nicht zuletzt ist auch erforderlich, das Selbstverständnis von Schule und Lehrkräften zu hinterfragen und neu zu bestimmen. Während andere Länder, u. a. die skandinavischen, nach dem 2. Weltkrieg spätestens seit den 1970er Jahren unter dem Leitmotiv gleicher Bildungsmöglichkeiten umfassende Modernisierungen in Gang gesetzt haben, blieben Ansätze für Reformen in der alten Bundesrepublik nach 1945 und 1968 stecken. 1990/91 wurde die Chance einer gesamtdeutschen Bildungsreform vertan. Im Zuge der deutschen Wiedervereinigung wurde in den neuen Bundesländern nicht nur Demokratiewidriges abgebaut. Zerschlagen wurde auch eine Zehnklassenschule für alle mit ihrer polytechnischen Bildung, ihren Fördermaßnahmen und umfangreichen außerunterrichtlichen Angeboten. Nicht zuletzt verschwand auch eine Lehrerbildung, in der die fachlich-theoretische Vorbereitung von Anfang an mit pädagogischer Ausbildung und praktischer Tätigkeit in Schulen und anderen Bildungseinrichtungen verbunden war.

Einer der wichtigsten Gründe für die krisenhafte Entwicklung des Bildungswesens besteht darin, dass personelle und materielle Standards im Bildungswesen abgebaut werden, dass das Bildungswesen in der Bundesrepublik seit Jahren ständig unterfinanziert ist, von einer Kürzungswelle nach der anderen heimgesucht wird und die Bildungsausgaben insgesamt sinken, während sie in den meisten anderen Ländern steigen bzw. auf einem höheren Niveau konstant gehalten werden. Zugleich verschieben sich die Ausgaben: weniger öffentliche, mehr private Mittel, z.B. für Nachhilfeunterricht, für Schulbücher und andere Lernmittel, für Schülerbeförderung.



Mit dem angebahnten Abbau des Sozialstaates überhaupt und der fortschreitenden neoliberalen Wirtschaftsentwicklung im Globalisierungsdruck droht die Verwandlung der Bildungsstätten in profitgelenkte, konkurrierende Unternehmen mit Bildungschancen der Heranwachsenden je nach Zahlungsvermögen der Eltern, mit Eliteschulen und Armenschulen entsprechend der zunehmenden sozialen Spaltung, mit Bildung als einem Geschäft statt einem humanitären Anliegen im Sinne menschlichen Fortschritts. Die PDS wird gemeinsam mit den Gewerkschaften, vor allem der GEW, und anderen progressiven Kräften für ein in erster Linie den Kindern und Jugendlichen verpflichtetes öffentliches und mit den erforderlichen Finanzen ausgestattetes Bildungswesen, für eine wahrhaft demokratische Bildungsreform kämpfen.

### 3. Unser Grundverständnis von Bildung

Die PDS geht von einem weiten Grundverständnis von Bildung aus. Ihrer Bildungspolitik liegt ein emanzipatorischer Bildungsbegriff zugrunde. Bildung wird im 21. Jahrhundert im umfassenden und humanistischen Sinne zu einer der wichtigsten sozialen- und Menschenrechtsfragen. Umfassende Möglichkeiten eines jeden Menschen, sich in allen Phasen des Lebens Bildung anzueignen und seine Persönlichkeit auszuprägen, entscheiden über die Zukunft unserer Gesellschaft. Bildung muss auf ein humanistisches Menschenbild gerichtet sein, und das hat nicht nur mit Wissen, sondern auch mit Kultur zu tun. Bildung und Kultur gehören zusammen. Bildung ist immer mehr als Wissen!

Neben solidem Fachwissen sind Leistungsbereitschaft, Selbstständigkeit, Verantwortung, Teamfähigkeit, Urteilsvermögen, Kreativität und Zivilcourage wichtig. Darum ist es notwendig, dass nicht nur Detailwissen vermittelt wird, nicht nur Verstand und Gedächtnis geschult, sondern der ganze Mensch gebildet wird. Bildung im weiten Sinne geht damit über eine Verwertbarkeit von Qualifikationen hinaus und kann nicht einseitig mit Blick auf Ausbildung und Arbeit definiert werden. Handlungsfähigkeit, Kritikfähigkeit, Fähigkeit zur Selbstbestimmung und zur selbständigen Lebensführung erfordern mehr als den Erwerb von Wissen: Eigentätigkeit, Lernen und gemeinsames Handeln mit anderen gehören zur Bildung ebenso wie kulturelle Bildung, soziales Lernen, emotionale Entwicklung und politische Bildung sowie der Erwerb von kulturellen, sozialen und personalen Kompetenzen. Bildung ist also vor allem Selbstbildung!

Eine breite gegenwarts- und zukunftsbezogene Bildung ist für alle Menschen, vor allem für die Kinder und Jugendlichen, heute wichtiger denn je. Sie muss den Erfordernissen unserer sich dynamisch entwickelnden Welt entsprechen, die kritische, lernfähige, zur Gemeinschaftsarbeit bereite und ein ganzes Leben lang lernende Menschen braucht. Sie soll den jungen Menschen Verständnis für die Existenzfragen der Menschheit vermitteln und die Bereitschaft entwickeln, aktiv und kritisch damit umzugehen.

Humanistische Bildung umfasst in unserem am Ideal der allseitig entwickelten Persönlichkeit orientierten Verständnis sowohl die Aneignung gesellschaftswissenschaftlich-historisch-geographischer, mathematisch-naturwissenschaftlicher und muttersprachlich-fremdsprachiger Kenntnisse als auch kulturell-künstlerische, gesundheitlich-sportliche und polytechnische sowie die Berufswahl vorbereitende Bildung. Und es geht um eine Bildung, die Verständnis für den multikulturellen Charakter der modernen Gesellschaft entwickelt und die tolerante Beschäftigung mit den unterschiedlichen ethischen, religiösen und weltanschauli-

chen Auffassungen ermöglicht. Kindertagesstätten, Schulen und andere Bildungseinrichtungen müssen deshalb zu Orten interkultureller Bildung werden!

Humanistische Bildung beinhaltet die Vermittlung und Aneignung von Werten wie Frieden, Demokratie, Solidarität, Freiheit und Gleichheit und die Auseinandersetzung mit Einstellungen und Haltungen wie Rechtsextremismus, Rassismus, Nationalismus, Ausländer- und Fremdenfeindlichkeit.

Humanistische Bildung darf nicht auf allgemein bildende Inhalte reduziert werden. Sie schließt auch im Rahmen von Berufsbildung bzw. Hochschulbildung zu erwerbende Spezialbildung ein.

Bildung so verstanden, **korrespondiert mit einem „weiten“ Kulturverständnis.** Danach ist Kultur nicht das Reich der höheren Werte, die durch Künste vermittelt und in „Hochkulturstätten“ angeeignet werden, sondern umfasst die Gesamtheit von symbolischen Formen, Praktiken, Wissensbeständen und Wertorientierungen, die zwischen dem Einzelnen und der Gesellschaft vermitteln. Die Menschen bilden sich, indem sie sich diese „objektive“ Kultur einer Gesellschaft in ihrem gesamten Lebensprozess aneignen. Bildung ist in diesem Verständnis die „subjektive Seite“ der Kultur einer Gesellschaft. Deshalb gehören für uns Bildung und Kultur zusammen – sie sind zwei Seiten einer Medaille. Bildung muss selbstverständlich alle Kulturtechniken, alle menschlichen Ausdrucksformen und Verständigungsformen umfassen. Das ist schon lange mehr als Lesen, Schreiben, Rechnen. Das sind Verhaltens-, Bewegungsformen und Rituale, das sind die künstlerischen Ausdrucksformen und die Sprachen und Möglichkeiten der Medien – vom Buch bis zum Internet. Medienbildung ist deshalb ein unverzichtbarer Bestandteil von Bildung.

In unserem Verständnis von Bildung bejahen wir ausdrücklich Erziehung, nicht als passive Vermittlung, sondern als Prozess der aktiven Aneignung und Veränderung der menschlichen Kultur, als aktiven Prozess der Auseinandersetzung mit Werten und der Aneignung von Werten. Erziehung ist eine spezifische Tätigkeit in Bezug auf andere Menschen, die Aktivität, eigene Tätigkeit dieser Menschen auslösen will und auslöst. Erziehung schließt ein, im Prozess der Auseinandersetzung mit Werten bei sich selber entsprechende Verhaltensweisen und Gewohnheiten auszuprägen. Erziehung ist an Kommunikation gebunden, sie ist Angebot und Diskussion, ist gelebte Praxis. Erziehung bedingt lebendige Beziehungen zwischen Pädagoginnen und Pädagogen und Kindern und Jugendlichen, die auf gegenseitiger Achtung beruhen.

Wir wollen eine Bildung, die auf das vielseitig entwickelte Individuum zielt, das in der Gemeinschaft grundlegende Bedingungen für seine Entwicklung, aber auch Orientierung für seine Entfaltung findet.

Jeder Mensch sollte befähigt und motiviert sein, sich als Bürger dieser Gesellschaft auf den verschiedenen Politik- und Lebensfeldern demokratisch aktiv einzubringen. Deshalb soll Bildung soziale Kompetenz in ihrer ganzen Breite und Komplexität ausprägen. Sie soll gesellschaftskritisches Denken und gesellschaftlich-soziales Engagement befördern. Jeder Mensch sollte befähigt und willens sein, sich kulturell selbst zu betätigen, sich die kulturellen Angebote dieser Gesellschaft zu erschließen, zu nutzen, und sie zu bereichern. Das schließt ein, sich in den verschiedenen Lebensphasen fortbilden zu wollen, zu weiteren Lernaktivitäten bereit zu sein.

Und es gilt auch: Jeder Heranwachsende muss sich letztendlich in dieser marktwirtschaftlich geprägten, kapital- und profitdominierten Gesellschaft auf das bestmögliche selbst „verwerten“, „vermarkten“ können und darauf vorbereitet sein.

Bildung in unserem Sinne muss auch die Entwicklung von Kompetenzen, von Fähigkeiten und Fertigkeiten, von Willens- und Charaktereigenschaften umfassen und vor allem Solidarität statt Egoismus, Gemeinschaftssinn statt Ellenbogenmentalität, Gefühlsreichtum statt Kälte, intellektuelle, kulturelle und sportliche Bedürfnisse ausprägen helfen.

Bildung und Kultur werden keineswegs allein in Bildungsinstitutionen vermittelt und angeeignet. Sie werden – schon weil Wissenserwerb und Persönlichkeitsbildung das ganze Leben anhalten – in unterschiedlichen Formen und auf ganz verschiedene Weise erworben. Der Mensch entwickelt und bildet sich, solange er lebt, indem er sich mit den gesellschaftlichen Realitäten und den verschiedenen Angeboten kultureller Art, den Medien, den Möglichkeiten für allgemeine und berufliche Bildung u. a. auseinandersetzt. So entwickelt er sich als Persönlichkeit und erwirbt damit die erforderlichen Voraussetzungen, um auch im Berufs- und Arbeitsleben erfolgreich bestehen zu können.

Für die Bildung der Jugend, speziell für die schulische Bildung, leiten sich daraus bedeutsame Konsequenzen ab:

- der Wissenserwerb muss mit der Befähigung zum selbständigen Wissenserwerb verbunden werden;
- die Förderung und Entwicklung der vielfältigen individuellen Fähigkeiten und Begabungen aller Kinder und Jugendlichen gehören generell zur pädagogischen Arbeit auf allen Bildungsstufen und in allen Bildungseinrichtungen;
- die Inhalte der in der Jugend anzueignenden Allgemeinbildung müssen bei Beachtung von deren tradierender Funktion auf jene konzentriert werden, die als Fundament für den lebenslangen Prozess der Bildungsvervollkommnung unabdingbar sind;
- die Art und Weise des Lernens und des Bildungserwerbs überhaupt muss so gestaltet werden, dass Interesse und Freude am ständigen Lernen geweckt werden;
- Inhalt und Gestaltung schulischer Bildung müssen der Tatsache Rechnung tragen, dass die jungen Menschen sich parallel dazu Bildung auf individuell sehr unterschiedliche Art und Weise aneignen und aus dieser Sicht auch Forderungen an die Lehrenden stellen.

In der Praxis und durch Tätigkeit entwickelt sich Persönlichkeit. Spezielle Fähigkeiten und Begabungen können sich nur in einem Bewegungs- und Spielraum herausbilden, der fordernd und fördernd zugleich wirkt. Begabung ist stets ein Resultat bisheriger und Voraussetzung für weitergehende Entwicklung und Leistung der individuellen Persönlichkeit. Begabungen entwickeln sich generell beim Individuum im Zuge der tätigen Auseinandersetzung der Gesamtpersönlichkeit mit der Umwelt auf der Grundlage des Zusammenwirkens von bisher erreichtem Entwicklungsniveau, der erblich gegebenen Besonderheiten und der Umweltbedingungen. Begabungen lassen sich nicht auf kognitive Fähigkeiten reduzieren. Jeder Mensch, jedes Kind, jeder/jede Jugendliche ist für etwas und in einem bestimmten Maße begabt!

#### 4. Veränderungen in den Lebens- und Entwicklungsbedingungen der Kinder und Jugendlichen

Für die PDS besitzt das Ringen um eine Erneuerung und die Zukunft des Sozialstaates und damit insbesondere um die Zukunft der Jugend einen hohen Stellenwert. Ihr politischer Kampf ist darauf gerichtet, gesellschaftliche Rahmenbedingungen für eine möglichst optimale Entwicklung aller Kinder und Jugendlichen zu schaffen. Ihre Bildungspolitik muss die realen Lebens- und Entwicklungsbedingungen der Kinder und Jugendlichen zur Kenntnis nehmen und ihnen Rechnung tragen und darüber hinaus darauf gerichtet sein, sie positiv zu verändern. Jugend ist keine relativ kurze Zwischen- oder Vorbereitungsphase zwischen Kindheit und Erwachsenenesein, sondern eher eine längere, auf sich selbst bezogene Entwicklungsstufe mit betonten Unterschieden zur älteren Generation, eine ausgesprochene Subkultur mit eigenen Werten und Idealen. Vieles lernen junge Menschen heute weitaus früher kennen als vor Jahrzehnten. Die elektronischen Medien bieten neue Chancen und neue Risiken für die Bildung der Heranwachsenden. Die veränderte Rezeption der Welt durch die Heranwachsenden und die Verschiebungen in ihren Beschäftigungen, die der rasante Vormarsch der neuen Medien und der Unterhaltungselektronik mit sich brachte, erfordern Konsequenzen im Hinblick auf eine umfassende Medienerziehung in den Schulen und anderen Bildungseinrichtungen, erfordern die Ausprägung kritischer Medienkompetenz bei den jungen Menschen.

Die traditionellen Entwicklungsbedingungen in den Familien haben sich gewandelt. Zwar hat sich die materielle Lage mancher Eltern und ihrer Kinder im Laufe der letzten Jahrzehnte durchaus verbessert, bestimmend aber ist die Tatsache, dass der Anteil von Familien bzw. Alleinerziehenden zunimmt, die an oder unter der Armutsgrenze leben, die ungesicherte Perspektiven haben. 13,9 % der Familien sind von Armut betroffen, über 2,8 Millionen Kinder unter 15 Jahren, also etwa jedes 5. Kind, leben in Armut. 1,1 Millionen Kinder sind auf Sozialhilfe angewiesen, und mit Hartz IV wächst diese Zahl immens. Es besteht dringender Handlungsbedarf, zumal Kinder und Jugendliche aus sozial benachteiligten Familien – wie neuere Untersuchungen nachweisen – durch ihre soziale Herkunft, durch ungenügende Schulvorbereitung und durch das Schulsystem fortschreitend ausgesondert werden. In besonderem Maße betrifft das Kinder mit Migrationshintergrund.

Für viele junge Menschen (lt. Shell-Studie 64 %) sind wesentliche Sinnfragen des Lebens wie Familie, Berufsvorbereitung, Beruf, Leistung, Freundschaft, Lebensgenuss mit positiven Erwartungshaltungen besetzt. Aber derartige Erwartungshaltungen paaren sich zugleich mit starken Befürchtungen, Sorgen und Ängsten: Arbeitslosigkeit, fehlende Lehrstellen, Gewalt, Kriminalität, Drogen, Naturkatastrophen. Politik wird im Allgemeinen als unverständlich, unkalkulierbar, vom wirklichen Leben abgehoben empfunden. Mit allgemeiner Zustimmung zur Idee der Demokratie eng verbunden ist ausgesprochene Skepsis hinsichtlich der Leistungsfähigkeit des politischen Systems, das Jugendliche als statisch, ineffektiv, kaum vertrauenswürdig erleben. Zwischen der Systemwelt der Politik und der Lebenswelt Jugendlicher tut sich eine immer größer werdende Kluft auf. Das ist mit Sicherheit auch ein Grund dafür, dass neonazistische Ideologien sowie autoritäre rechte Denk- und Lösungsmuster für real existierende ökonomische, politische wie kulturelle Probleme von manchen Jugendlichen aufgenommen werden. Eine Bildungsoffensive muss also mit einer Offensive in anderen gesellschaftlichen Bereichen einhergehen, wenn sie zügig und erfolgreich verlaufen soll. Überhaupt gilt: Deutschland muss kinderfreundlicher werden!!

## 5. Grundlegende Veränderung und Erneuerung des Bildungswesens

Die PDS tritt für eine Demokratisierung, für eine grundlegende Veränderung und Erneuerung des Bildungswesens ein. Sie fordert eine umfassende Reform des Bildungswesens, die Schaffung eines Bildungssystems, das von der Vorschulerziehung über eine allgemeinbildende Schule für alle Kinder und Jugendlichen, die Berufsausbildung, die Hochschulbildung und die Weiterbildung bis zu Formen und Einrichtungen des lebensbegleitenden Lernens reicht, das die Jugendhilfe einbezieht und auch die Vielfalt der Möglichkeiten informellen Lernens und kulturellen Lebens im Auge hat. Die einzelnen Elemente und Bestandteile dieses Bildungssystems sollen inhaltlich und organisatorisch miteinander verbunden sein und von den Jugendlichen ohne so genannte Sackgassen durchlaufen werden können. Übergreifendes Anliegen einer solchen Reform ist, Voraussetzungen für eine optimale Entwicklung und Bildung aller Kinder, Jugendlichen und Erwachsenen zu schaffen. Der Einzelne soll vielfältige Möglichkeiten und Angebote finden, seine Leistungsfähigkeit einzusetzen und zu entwickeln, seine Bildungsbedürfnisse und Vorstellungen von Selbstverwirklichung zu befriedigen. Es geht um die Förderung eines jeden Kindes und Jugendlichen, eines jeden Menschen nach dem Leitmotiv: Alle fördern – keinen beschämen!

Eine solche Bildungsreform muss Antwort geben auf die durch die PISA-Erhebungen erneut verdeutlichte wachsende Abhängigkeit des Bildungserfolgs von der sozialen Lage der Kinder und Jugendlichen bzw. deren Eltern, und sie wird sich der Aufgabe stellen, für die durch die Entwicklungen in Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur aufgeworfenen Fragen nach Charakter und Inhalt von Bildung und speziell von allgemeiner und beruflicher Bildung Lösungen auszuarbeiten. Eine solche Bildungsreform braucht Strukturveränderungen, reduziert sich aber nicht auf sie. Es geht vielmehr sowohl um Veränderungen im Inhalt der Bildung und um eine neue Lernkultur als auch um strukturelle Veränderungen als Bedingung und zugleich Rahmen für eine neue Bildung der Jugend mit dem Ziel einer hohen Leistungsfähigkeit des gesamten Bildungswesens und damit dem Anliegen, dass jeder junge Mensch möglichst hohe Leistungen erreicht.

Die PDS spricht sich mit Nachdruck für ein integriertes Bildungssystem aus! Das auf einem elitären und unwissenschaftlichen Verständnis von Begabung und einer damit verbundenen frühzeitigen Selektion der Kinder beruhende mehrgliedrige Bildungssystem muss – sicher in Teilschritten – überwunden werden. Die PDS will damit dazu beitragen, dass das Bildungswesen seinem Bildungsauftrag und zugleich seiner sozialerzieherischen Funktion besser gerecht werden kann. Dem liegt ein umfassendes Verständnis von Integration zugrunde:

- Integration bedeutet zunächst gemeinsame Bildung aller Mädchen und Jungen, unabhängig von ihrer sozialen Lage, ihrer Weltanschauung oder Religion, ihrer nationalen Zugehörigkeit, ihrem unterschiedlichen Leistungsvermögen und schließt ausdrücklich auch behinderte Kinder und Kinder nichtdeutscher Herkunft ein, wozu vor allem auch die spezifisch erforderlichen personellen, materiellen und finanziellen Bedingungen gewährleistet werden müssen.
- Integration als gemeinsame Bildung aller Mädchen und Jungen ist vor allem eine bedeutsame Potenz in der pädagogischen Arbeit in dem Sinne, dass sie die vielgestaltigen Unterschiede zwischen Kindern und Jugendlichen pädagogisch klug nutzt und so die Entwicklung jedes einzelnen jungen Menschen und die Ausprägung seiner individuellen Stärken

befördert. Im Zentrum der Schule und aller anderen Bildungseinrichtungen steht also das Fördern!

- Integration beinhaltet eine Neugestaltung der Bildungsinhalte, der Lehrpläne und Lehrbücher unter dem Gesichtspunkt eines breiten gemeinsamen Kerns für alle Schüler mit ergänzenden Angeboten für unterschiedliche Interessen und Leistungsvermögen.
- Integration beinhaltet, die Möglichkeiten der gemeinsamen Bildung aller Mädchen und Jungen zur Ausprägung sozialer Kompetenz, zur Erziehung zu Toleranz und gegenseitiger Achtung, zu Hilfsbereitschaft und Verantwortungsbewusstsein zu nutzen. Das schließt ein, die Mitwirkungs- und Mitentscheidungsrechte der Lernenden/Studierenden für die Gestaltung des schulischen Lebens und ihres eigenen Lernens bzw. des Studiums auszubauen und voll zum Tragen kommen zu lassen.

Ein integriertes Bildungssystem erfordert für eine dem Prinzip der Integration entsprechende Gestaltung der pädagogischen Arbeit speziell vorbereitete und qualifizierte Pädagoginnen und Pädagogen sowie die Ausprägung eines auf gegenseitiger Achtung beruhenden Verhältnisses zwischen Lehrerinnen und Lehrern und Schülerinnen und Schülern. Es beruht vor allem auf der Entwicklung der Bereitschaft der Lernenden, sich den schulischen Anforderungen zu stellen, und dem Engagement der Pädagoginnen und Pädagogen, mit dem sie sich den Lernenden zuwenden und sich um deren Entwicklung sorgen.

Mit einer solchen Zielstellung für ein umfassendes Bildungskonzept als Alternative zum Bestehenden grenzt sich die PDS von den Zielen neokonservativer und neoliberaler Kräfte ab, die zwar ebenfalls von einer Bildungsreform reden, dabei aber Bildung vorrangig als Verwertungsbedingung für das Kapital und als Standortfaktor definieren und sie kommerziellen Interessen noch mehr öffnen und überlassen wollen. Bildung muss aber – gerade unter den Bedingungen der Europäisierung und Globalisierung der Märkte – allgemeines Gut und Element der sozialstaatlichen Daseinsvorsorge sein und bleiben! Ein allen Kindern und Jugendlichen, überhaupt allen Bürgerinnen und Bürgern, zugängliches öffentliches, staatlich finanziertes und organisiertes Bildungswesen ist dafür unabdingbar.

Eine Bildungsreform bedarf gründlicher wissenschaftlicher Vorbereitung und ständiger wissenschaftlicher Begleitung. Erforderlich ist nicht nur eine solide und gründlich erarbeitete Gesamtkonzeption, erforderlich sind auch ständige Analysen des jeweils Erreichten und der Probleme im Prozess der Reform und darauf basierende Vorschläge für nächste Schritte. Pädagogische Wissenschaft ist besonders bei der Entwicklung, Erprobung und Ausarbeitung der verschiedensten Lehr- und Unterrichtsmaterialien gefragt und trägt eine hohe Mitverantwortung bei der Fort- und Weiterbildung der tätigen Pädagoginnen und Pädagogen sowie bei der Ausbildung des pädagogischen Nachwuchses.

Eine grundlegende Bildungsreform wird nur dann Wirklichkeit werden, wenn sie als gesamtgesellschaftliches Anliegen von politischen Mehrheiten getragen wird, wenn es gelingt, möglichst umfassend gesellschaftliches Engagement zu erreichen und große Teile der Bevölkerung aktiv mit einzubeziehen. Vor allem wird vom aktiven Mittun von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, der Pädagoginnen und Pädagogen, der Lernenden und der Studierenden, der Eltern und anderer unmittelbar an Schule und Bildung Beteiligter, nicht zuletzt auch vom Engagement von Politikern, abhängen, ob und wie die Ziele der Bildungsreform Wirklichkeit werden.

## 6. Bildungsfinanzierung neu denken!

Eine grundlegende Neugestaltung des gesamten Bildungswesens benötigt nicht nur klare und verbindliche Ziele und Aufgaben für einen längeren Zeitraum, sondern ebenso eine langfristig konzipierte Bildungsfinanzierung, die durch das Setzen von haushaltspolitischen Prioritäten gesichert wird. Wir wollen, dass Schulen und alle anderen Bildungseinrichtungen materiell, personell und finanziell den pädagogischen Erfordernissen entsprechend ausgestattet sind, dass die Arbeitszeit der Pädagoginnen und Pädagogen (Pflichtstunden) und die Zahl der Kinder/Schüler pro Gruppe/Klasse (Frequenzen) schrittweise reduziert werden und damit Bedingungen für eine hohe pädagogische und fachliche Qualität geschaffen werden können. Entgegen anders lautenden Verlautbarungen der Bundesregierung und der Länderregierungen haben wir es in der Bundesrepublik mit einer latenten und tendenziell zunehmenden Unterfinanzierung des Bildungswesens zu tun, die sich im Bereich der vorschulischen Erziehung und der Grundschulbildung besonders stark negativ auswirkt.

Begleitet wird diese Entwicklung durch zahlreicher werdende Aktivitäten in Richtung Privatisierung: immer mehr Privatschulen entstehen, Abhängigkeit von privaten Sponsoren, der Nachhilfeunterricht boomt, Schulbücher und andere Lernmittel müssen zunehmend von den Eltern finanziert werden, die Kommunen ziehen sich aus der Finanzierung des Schülerbeförderung zurück u. a. Werden die Dienstleistungsrichtlinien von EU und GATS nicht gestoppt bzw. werden nicht zumindest die Bildungsbereiche herausgenommen, besteht die Gefahr einer viel weitergehenden Privatisierung des Bildungsbereiches. Gegen diese Gefahr und überhaupt gegen die real vorhandene Tendenz zunehmender Privatisierung zu kämpfen, versteht die PDS als eine wichtige Aufgabe. Wir engagieren uns für den Erhalt und den Ausbau des öffentlichen Bildungswesens und für die Sicherung einer hohen Qualität seiner Arbeit! Wir stehen für das Prinzip der Unentgeltlichkeit im Bildungswesen und fordern die schrittweise Verwirklichung einer für Kinder und Jugendliche sowie deren Eltern kostenlosen Bildung von der Kindertagesstätte bis zur Universität.

Nach Auffassung der PDS ist auf dem Gebiet der Bildungsfinanzierung ein Umdenken erforderlich. Das Bildungswesen darf nicht primär und schon gar nicht allein nach marktwirtschaftlichen Kriterien gemessen und beurteilt werden. Bildungsausgaben sind Investitionen in die Zukunft, wobei solche Bereiche wie die frühkindliche Bildung und die Grundschulbildung besonders bedacht werden müssen. Bildungsausgaben sind keine Verbrauchs-, sondern eben investive Ausgaben! Das muss sich auch in den öffentlichen Haushalten niederschlagen: sie **müssen dort absolute Priorität genießen! Ein neues Bildungssystem muss „Schieflagen“ abbauen und geeignet sein, Bildungsgewinne in Bildungsinvestitionen „zurückzuführen“.** Dazu gehört aber auch eine Ökonomie des Umgangs mit den öffentlichen Gütern und Ressourcen, also der zweckmäßige und rationelle, auf pädagogische Ergebnisse gerichtete Einsatz der finanziellen Mittel. Bildungsausgaben müssen von Kürzungen ausgenommen werden; durch sinkende Schülerzahlen oder aus anderen Gründen zeitweilig frei werdende finanzielle und personelle Ressourcen müssen zugunsten der Verbesserung der Rahmenbedingungen und der Qualitätsentwicklung eingesetzt werden.

Unterschiedlichste Untersuchungen weisen nach: notwendig ist eine drastische Erhöhung der Bildungsausgaben. Wenn Deutschland die Ausgaben der OECD-Spitzenländer erreichen will, dann weisen die 4 Milliarden Euro für Ganztagschulen und die 1,5 Milliarden Euro für Krippen und Kindertagesstätten aus dem Bundeshaushalt zwar in die richtige Richtung, reichen aber keineswegs aus. Nach Berechnungen, die im Auftrag der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft vorgenommen wurden, wären mindestens 40 Milliarden Euro jährlich zusätzlich

erforderlich! Das erbringen selbst die von der PDS vorgeschlagenen Steuerreformen nicht und auch eine Kürzung des Rüstungsetats um 10 % jährlich würde nicht genug zusammenbringen - so enorm sind die Versäumnisse der Vergangenheit! Eine Möglichkeit, diesen großen Rückstand aufzuholen, könnte die Auflage einer Bildungsanleihe sein – in Form eines festverzinslichen Wertpapiers als Bundesobligation bei 3,7 % Zinsen mit einer Laufzeit von 5 Jahren in Höhe von 20 Milliarden Euro. Das würde rasch die Rahmenbedingungen verbessern helfen und der Reform Schub verleihen. Eine einfache Erhöhung der Mittel aber ist nicht ausreichend. Auf Bundesebene, in den Ländern und in den Kommunen müssen Schwerpunkte der Bildungsfinanzierung gesetzt und dabei objektiv dringliche Erfordernisse, wie z. B. die Neugestaltung der Lehrerausbildung, und zugleich eingetretene Rückstände und Mängel, wie z.B. die Unterfinanzierung der vorschulischen Erziehung und der Grundschulbildung, mit den dafür erforderlichen Mitteln ausgestattet werden. Es darf nie vergessen werden: Bildungsfragen sind Zukunftsfragen! Es geht dabei immer um die Zukunftschancen der Heranwachsenden und letztlich der ganzen Gesellschaft!

## 7. Betreuung, Bildung und Erziehung von Kindern im Vorschulalter

Der Betreuung, Bildung und Erziehung von Kindern im Vorschulalter wird in den letzten Jahren von der Öffentlichkeit und auch von der Wissenschaft wachsendes Interesse entgegengebracht. Die Schaffung günstiger Entwicklungsbedingungen für die Kinder in ihren ersten Lebensjahren ist von zentraler Bedeutung für die Sicherung wirklicher Chancengleichheit. Damit werden bereits im frühen Kindesalter Weichen für eine vielseitige, umfassende Persönlichkeitsentwicklung und für ein erfolgreiches schulisches Lernen gestellt.

Manches ist in den letzten Jahren in den Bundesländern – insbesondere seit PISA – geschehen. Nach wie vor aber gilt: Die Rahmenbedingungen für frühkindliche Betreuung, Bildung und Erziehung sind derzeit in Deutschland von großen Unterschieden gekennzeichnet. Das gilt nicht zuletzt auch für die den praktischen Maßnahmen zugrunde liegenden pädagogisch-politischen Positionen. Die PDS geht in ihrem Verständnis von Bildung und Erziehung im frühen Kindesalter konsequent vom Kind aus, von seinen sich entwickelnden Interessen und Bedürfnissen. Das Kind kann sich nur in dem Maße bilden, wie ihm die anzueignende Welt Gelegenheit zur Begegnung mit möglichst vielen Ausschnitten der Welt bietet. Alle Facetten der Persönlichkeit des heranwachsenden Kindes sollen Aufmerksamkeit und Zuwendung erfahren.

Wir gehen davon aus, dass allen Kindern, deren Eltern das wünschen, der Besuch einer Vorschuleinrichtung vom Krippenalter bis zum Schuleintritt ermöglicht werden muss, dass der Anspruch auf umfassende Förderung ein Recht des Kindes ist. Deshalb muss ein uneingeschränkter Rechtsanspruch gesetzlich festgeschrieben und praktisch durchgesetzt werden.

Einrichtungen der vorschulischen Erziehung haben einen Bildungsauftrag, der sowohl die Betreuung der Kinder und das Spielen als die für dieses Lebensalter typische Tätigkeit als auch die spezifische Vorbereitung auf das Lernen in der Schule einschließt. Im Rahmen der vorschulischen Erziehung kommt es auf die Förderung jedes Kindes an, auf seine Entwicklung auf sinnlichem und kognitivem, auf sprachlichem und körperlichem, gesundheitlichem sowie kulturell-ästhetischem Gebiet. Das gemeinsame Leben der Kinder in der Gruppe und die Gestaltung des Tagesablaufs in den Vorschuleinrichtungen schaffen wichtige Voraussetzungen für das Erlernen von sozialer Kompetenz.



Erforderlich ist, schrittweise das Qualifikationsniveau der pädagogischen Fachkräfte anzuheben. Dazu ist in allen Bundesländern ein langfristiges Programm zu erarbeiten und zu verwirklichen; den Erzieherinnen und Erziehern ist das dafür notwendige Zeitbudget zur Verfügung zu stellen. Die Inhalte der Ausbildung sind den gewachsenen Anforderungen und den spezifischen Erfordernissen der verschiedenen Altersgruppen anzupassen. Die Erzieherinnen und Erzieher für Kindertageseinrichtungen sollen entsprechend international üblichem Standard eine universitäre Ausbildung, zumindest aber eine Ausbildung auf Fachhochschulniveau, erhalten. Sie darf aber die Ausbildung von Pädagogen für die folgenden Bildungsstufen nicht kopieren wollen.

Die PDS tritt für eine verlässliche öffentliche Finanzierung von Angeboten zur Betreuung, Bildung und Erziehung der Kinder im Vorschulalter ein. Das erfordert aktuell eine wesentliche Erhöhung der materiellen und finanziellen Mittel. Wir wenden uns dagegen, dass Eltern für den Besuch von Vorschuleinrichtungen ihrer Kinder zunehmend finanziell belastet werden. Wir setzen uns für konkrete Festlegungen zur schrittweisen Reduzierung der Gebühren für den Besuch von Krippe, Kindergarten und Hort und letztlich für völlige Gebührenfreiheit ein.

## **8. Die PDS will eine „Gemeinschaftsschule“!**

In der Diskussion über die Bildungspolitischen Leitlinien muss geprüft werden, ob wir für die Schule, die wir anstreben, bei der Bezeichnung „Gemeinschaftsschule“ bleiben, oder ob wir die z.B. in Dokumenten der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, des Gesamtschulverbandes und des Grundschulverbandes inzwischen üblich gewordene Bezeichnung „Eine Schule für alle“ verwenden wollen, oder ob wir uns trotz der von konservativen Kräften ausgehenden Diffamierung und Verteufelung des Begriffes „Einheitsschule“ für die auf den Schulreformer Paul Oestreich zurückgehende Bezeichnung „Differenzierte Einheitsschule“, die eine in sich nach Schulstufen gegliederte Schule ist, entscheiden.

Im Rahmen der auf die Gesamtheit des Bildungswesens zielenden Reform nimmt die Forderung nach einer Gemeinschaftsschule (oft auch „Eine Schule für alle“ und in einigen anderen Ländern „Einheitsschule“ genannt), in der die Mädchen und Jungen von der 1. Klasse bis in der Regel zur 10. Klasse gemeinsam lernen und auf die Bildungseinrichtungen der Sekundarstufe II aufbauen, einen zentralen Platz ein. Dafür gibt es mehrere Gründe:

- In der allgemeinbildenden Schule und durch die Nutzung vieler weiterer Bildungsangebote in dieser Lebensphase eignen sich alle jungen Menschen das Fundament für weiterführende Bildung unterschiedlicher Art und für die Entwicklung ihrer Persönlichkeit an.
- Wissenschaftliche Erkenntnisse und neuere internationale Erfahrungen und vergleichende Untersuchungen (PISA u. a.) sprechen sehr eindeutig für längeres gemeinsames Lernen.
- Nach dem Vorliegen der neuesten PISA-Ergebnisse kommen Vorschläge zum längeren gemeinsamen Lernen von verschiedenen gesellschaftlichen Kräften, z.B. von der Handwerkskammer Baden-Württemberg, von der SPD/PDS-Koalition in Mecklenburg/Vorpommern, von der SPD Schleswig-Holstein, von Bündnis 90/Die Grünen u. a. Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, der Gesamtschulverband und der Grundschulverband fordern die „Eine Schule für alle“ bereits seit längerer Zeit.
- Gleichzeitig gibt es nicht wenige Kräfte, die diese Forderung mit dem alten Argument, gerade die Mehrgliedrigkeit des Bildungssystems sei begabungsgerecht, oder dem unbegründeten Vorwurf, die Befürworter des längeren gemeinsamen Lernens reduzierten Reformbestrebungen auf die Strukturfrage, zurückweisen.

All das spricht mit Nachdruck dafür, genauer zu bestimmen, was die PDS mit der Gemeinschaftsschule will. Das ist auch deshalb so wichtig, um mit den Kräften, die gleiche oder ähnliche Forderungen erheben und deshalb Partner für uns sein können, genauer zu abzuklären, wo wirklich Gemeinsamkeiten sind und wo Unterschiede, deren Überwindung angestrebt werden müsste.

Wodurch wird die von uns angestrebte Gemeinschaftsschule charakterisiert sein?

- Eine gemeinsame Schule für alle Mädchen und Jungen ist als öffentliche Schule das entscheidende Kettenglied für die Gewährleistung gleicher Bildungsmöglichkeiten für alle. Sie schafft durch eine auf die individuelle Förderung eines jeden Schülers/einer jeden Schülerin gerichtete pädagogische Arbeit Voraussetzungen dafür, dass wirklich alle Schüler diese Möglichkeiten auch wahrnehmen können. Sie ermöglicht jedem Schüler/jeder Schülerin den Erwerb einer modernen, wissenschaftlich fundierten und für die praktische Lebensbewältigung bedeutsamen Allgemeinbildung und bietet damit allen günstige Entwicklungsmöglichkeiten und das Fundament für ihre Persönlichkeitsentwicklung in individueller Ausprägung.
- Eine gemeinsame Schule für alle entwickelt ein pädagogisches Konzept, das auf die Persönlichkeitsentwicklung aller Schülerinnen und Schüler gerichtet ist, an Bedürfnisse und Interessen der Schüler anknüpft und ein entwicklungsförderndes, interessantes Schulleben mit Beziehungen zwischen Unterricht und außerunterrichtlichen Tätigkeitsbereichen gestaltet bzw. vielfältige außerschulische Angebote nutzt. Das ist eine Schule mit hoher Eigenverantwortung, die die Mitgestaltung des schulischen Lebens durch die Mädchen und Jungen und beim Lernen herausfordert, ihr Verantwortungsbewusstsein für sich selbst, für die Gemeinschaft und die Natur, ihre Solidarität, Toleranz und Kommunikationsfähigkeit anstrebt. Dazu entwickelt sie ein Tätigkeitskonzept, das sich durch Mannigfaltigkeit der Inhalte, Tätigkeitsfelder und Gestaltungsarten auszeichnet.
- Eine Gemeinschaftsschule entwickelt ein eigenes Unterrichtskonzept, das sich auf Rahmenlehrpläne stützt, die auf der Grundlage von bundeseinheitlich zentral entwickelten Bildungsstandards erarbeitet und von den Lehrerinnen und Lehrern unter Mitwirkung vor allem der älteren Schüler für die Arbeit in ihrer jeweiligen Schule präzisiert werden. Dazu ist erforderlich, die bisher schulartenbezogenen Bildungsstandards durch schulstufenbezogene zu ersetzen. Auf dieser Grundlage gewährleistet der Unterricht in der Gemeinschaftsschule eine grundlegende Bildung für alle und bietet darüber hinaus Möglichkeiten der Wissenserweiterung und der Befriedigung von Neigungen und Interessen einzelner Schüler. Das Unterrichtskonzept geht davon aus, dass die Schülerinnen und Schüler aktive Partner der Lehrerinnen und Lehrer im Unterrichtsprozess sind und deshalb bewusst an dessen inhaltlicher und organisatorischer Gestaltung teilnehmen.
- Eine gemeinsame Schule für alle ist eine Schule möglichst in Wohnortnähe, aber unbedingt für Schülerinnen und Schüler der unteren Klassen. Das fordert die Einbettung der Schule und ihrer pädagogischen Arbeit in das Leben der Kommune und damit die für die Entwicklung der Heranwachsenden wichtige Öffnung der Schule ins Umfeld sowie des Umfeldes für seine Schule. Grundsätzlich sichert die Gemeinschaftsschule vielfältige Angebote außerunterrichtlicher Betätigung für die Schülerinnen und Schüler und nutzt dafür auch die Möglichkeiten des Wohnortes, des Umfeldes der Schule. Entsprechend ihrem pädagogischen Konzept und unter Beachtung der konkreten Bedingungen und der Wünsche der Eltern und der Schülerinnen und Schüler entwickeln sich Gemeinschaftsschulen zu Ganztagschulen.

- In der Gemeinschaftsschule wird der Unterricht im heterogen zusammengesetzten Klassenverband erteilt. Das kann bei entsprechender Gestaltung des Unterrichts durch den Lehrer/die Lehrerin wirksam zur individuellen Förderung beitragen, wenn eine produktive Lernkultur den Unterricht bestimmt, wenn die Schüler als Subjekt wirksam werden, jeder seine Individualität in den gemeinsamen Lernprozess einbringen und mitentscheiden kann und soziale Beziehungen fördernd wirken. Leistungsbewertungen sollen die Schülerinnen und Schüler in ihrem Entwicklungsprozess unterstützen, sollen als Mittel der Förderung angewandt werden, sollen Stärken und Schwächen des Einzelnen verdeutlichen. Nichtversetzen ist der falsche Weg, individuell fördern der richtige!
- Ergänzend zum Unterricht im Klassenverband gehört auch Unterricht in Gruppen zum pädagogischen Konzept. Obligatorische oder fakultative Wahlkurse mit verschiedenartigen Inhalten dienen besonders dem Entdecken spezieller Fähigkeiten und dem Fördern von Begabungen. Fachbezogene bzw. auch fachübergreifende Leistungskurse sind auf das Sichern grundlegender Bestandteile der Lehrprogramme bzw. insbesondere in den Klassen 9 und 10 auf die Vertiefung und Erweiterung der Allgemeinbildung gerichtet. Allgemeinverbindliche -, wahlweise-organisatorische - und fakultative Bildungsinhalte sowie vielfältige interessenbezogene Betätigungsfelder in außerunterrichtlicher Zeit ergänzen einander.
- Eine Gemeinschaftsschule widmet dem Erkennen und gezielten Fördern von Interessen, Talenten und Begabungen hohe Aufmerksamkeit. Sie versteht Begabungsentwicklung in ihrer ganzen Breite (wissenschaftlich, künstlerisch, technisch, sportlich, organisatorisch u. a.) und bezieht sie auf alle Schüler. Jeder Einzelne hat seine besonderen Stärken, die es in der Tätigkeit zu erkennen und zu fördern gilt.
- Eine gemeinsame Schule für alle überwindet die bisherige traditionelle Trennung zwischen Grundschule und Schulen der Sekundarstufe I, wobei in der pädagogischen Arbeit und auch im Einsatz der Lehrerinnen und Lehrer die Spezifik der Schulstufen berücksichtigt werden wird. Der langjährige gemeinsame Schulbesuch begünstigt die kontinuierliche Entwicklung der Schüler. Langjährige Verantwortung desselben Pädagogenkollektivs fördert Zielstrebigkeit in der pädagogischen Arbeit, Ausbau der sozialen Beziehungen zwischen Lehrern und Schülern und Schülern untereinander sowie frühzeitig einsetzende und kontinuierliche Förderung von Schülern.

Der erfolgreiche Abschluss des Besuchs der Gemeinschaftsschule ist die Grundlage für den zukünftigen Bildungs- und Berufsweg, d.h. sowohl für eine berufliche Ausbildung als auch für eine auf die Hochschulreife zielende weiterführende Allgemeinbildung und darüber hinaus für lebenslanges Lernen überhaupt. Die in den oberen Klassen der Gemeinschaftsschule einsetzende differenzierte Vertiefung und Erweiterung der Allgemeinbildung schafft die dafür erforderlichen Voraussetzungen.

Nach Auffassung der PDS muss der Anteil der jungen Menschen, die eine der Hochschulreife entsprechende Bildung und damit das Abitur erwerben, spürbar über 50 % des jeweiligen Altersjahrgangs hinaus erhöht werden, und das ohne Abstriche am Niveau des Abiturs! Das erfordert einerseits eine inhaltliche Reform der Abiturbildung und andererseits, die verschiedenen Wege zum Abitur qualitativ und quantitativ gleichberechtigt auszubauen. Dazu gehört auch eine inhaltliche Profilierung der zur Hochschulreife führenden Bildungsgänge: Erwerb des Abiturs in Verbindung mit einer beruflichen Ausbildung, Erwerb fachgebundener Hochschulreife im Rahmen der Berufsbildung, Hochschulzugang über berufliche Bildungsgänge (z.B. Fachschulen), Ausbau der Fachgymnasien u. a.

Die PDS spricht sich für flexible Regelungen der Schulzeit bis zum Abitur aus, abhängig von Inhalt und Charakter des jeweiligen strukturellen Weges zur Hochschulreife und abhängig auch vom Leistungsvermögen bzw. speziellen individuellen Zielstellungen des die Hochschulreife anstrebenden jungen Menschen.

Die PDS ist sich dessen bewusst, dass der Weg zur Gemeinschaftsschule ein längerer Prozess sein wird. Demokratische Veränderungen verlangen Bereitschaft und Mitwirkung aller an einer besseren Bildung und Erziehung der Heranwachsenden interessierten Kräfte. Sie zu gewinnen und bei ihren Aktivitäten zu unterstützen, betrachtet die PDS als ein bedeutendes Anliegen. Der Weg zur Gemeinschaftsschule bedarf verschiedener Zwischenschritte, für die vorhandene Ansätze genutzt und ausgebaut werden sollten. Unter anderem können dabei bestehende Gesamtschulen eine wichtige Rolle spielen, indem sie ihr originäres politisch-pädagogisches Anliegen voll entfalten und insbesondere die Möglichkeit bekommen, auf die äußere Fachleistungsdifferenzierung zu verzichten. Auf dem Weg zur Gemeinschaftsschule gewonnene Erfahrungen und Ergebnisse begleitender wissenschaftlicher Untersuchungen können und werden sowohl Veränderungen am Konzept selber als auch für die Planung der nächsten jeweiligen Schritte zu seiner Verwirklichung erfordern. Deshalb wird es auch länderbezogen sowie territorial und lokal verschiedenartige Lösungen, unterschiedliches Herangehen geben. Von den Zielvorstellungen für die Gemeinschaftsschule geleitet, werden die Wege dahin jedoch immer inhaltliche, strukturelle und gestalterisch-organisatorische Weiterentwicklungen insgesamt umfassen müssen.

Praktisch wird es darum gehen, Möglichkeiten zur Ausweitung der Zeit gemeinsamen Lernens aller Schüler zu prüfen und zu nutzen, z.B. durch die schrittweise Verlängerung der vierjährigen bzw. sechsjährigen gemeinsamen Schulzeit bis einschließlich Klasse 8 für alle Schüler (bei Erhalt und Profilierung der Schulstufen), durch die engere Zusammenarbeit und die Bildung von Schulverbänden Grundschule / Sekundarstufe I, durch die Kooperation unterschiedlicher Schularten und die Gestaltung gemeinsamer Lernprozesse bzw. die Organisation gemeinsamer Klassenverbände, durch die Einführung gemeinsamer Bildungsinhalte auf der Basis von Schulstufen, durch das Hinausschieben der abschlussorientierten Selektion der Schüler nach Leistungsniveaus in der Sekundarstufe I im Interesse eines größeren Anteils gemeinsamen Unterrichts, durch Ersetzen der Niveau-Fachleistungskurse an Gesamtschulen durch an Interessen orientierte Differenzierungsmodelle, durch das Abschaffen von Rückstufungen an Realschulen und Gymnasien u. a.

Zu den unabdingbaren Maßnahmen, die langfristig konzipiert werden müssen, gehört die Qualifizierung der im Berufsleben stehenden Lehrer und eine praxisnahe Neugestaltung der Ausbildung der Lehrer, vor allem mit dem Blick auf die Konsequenzen, die das pädagogische Konzept des gemeinsamen Lernens in heterogen zusammengesetzten Klassen erfordern. Und nicht zuletzt bedarf es der Gewinnung der Eltern und ihrer aktiven Mitarbeit sowie der Unterstützung durch die Kommunen.

Für die erfolgreiche Entwicklung der neuen Schule müssen sich die Reformkräfte für eine positive Einstellung zu den Kindern im öffentlichen Leben engagieren, für bessere Entwicklungs- und Lebensbedingungen der Kinder und Jugendlichen insgesamt, für mehr Sorge und Liebe, für eine optimistische Grundhaltung zur Bildbarkeit der jungen Menschen, für die Zurückdrängung negativer Einflussfaktoren. Notwendig ist ein kinder- und jugendfreundliches Klima in der Gesellschaft!

## 9. Berufsausbildung und Berufsabschluss für alle

Die PDS geht davon aus, dass Wirtschaft und Staat allen jungen Menschen nach Abschluss der Pflichtschulzeit (Sekundarstufe I) – in der Zukunft nach erfolgreicher Beendigung der Gemeinschaftsschule – eine Ausbildung garantieren, die zu einem Berufsabschluss führt bzw. den Übergang zu einer Hochschulausbildung ermöglicht. Das erfordert, dass sich alle ausbildungsfähigen Betriebe und Unternehmen an der Ausbildung bzw. an der Finanzierung der Angebote im dualen System der Berufsausbildung beteiligen und eng mit den kommunalen Einrichtungen der Berufs- und Weiterbildung zusammenarbeiten.

Berufliche Bildung muss den Anspruch erfüllen, allen Absolventen der allgemeinbildenden Schulen in Deutschland zeitökonomisch zielführende berufliche Bildungsperspektiven zu eröffnen. Die betrieblichen Notwendigkeiten der Gewinnung kompetenten Nachwuchses sind in einer solchen übergeordneten Zielsetzung ebenso impliziert wie die Ansprüche von Staat und Gesellschaft, durch berufliche Bildung allen Jugendlichen eine Arbeits- und Existenzperspektive zu eröffnen. Ausgangspunkt für die Einordnung der beruflichen Bildung in den gesamten Bildungszusammenhang ist nicht die ausschließliche Orientierung an ökonomischen Zusammenhängen, sondern auch die Berücksichtigung von gesellschaftlichen Entwicklungen und von persönlichen wie sozialen Ansprüchen und Möglichkeiten des / der Einzelnen. Neben fachlichen werden immer stärker soziale Kompetenzen wie Teamarbeit, Gestaltungs- und Kommunikationsfähigkeit eine zentrale Rolle spielen.

Gesellschaftliche Schlüsselkompetenzen sind jedoch mehr als aneinander gefügte Qualifikationsmodule auf der Basis von Kurzausbildungen, die aus betriebswirtschaftlichem Kosten-Nutzen-Denken und als Reaktion auf eine immer schnellere Entwertung von Wissen und Qualifikation verstärkt in den Vordergrund rücken.

Soziale Schlüsselkompetenzen sind ein zentraler Bestandteil von Beruflichkeit. Sie beinhalten die Bedürfnisse von Lernenden ebenso wie einzelbetriebliche, gesamtökonomische und gesellschaftliche Anforderungen.

Gemessen an diesen Anforderungen, den gegebenen Ausgangsvoraussetzungen, den technologischen, produktions- und (arbeits)organisatorischen Veränderungen, der Globalisierung von Finanz-, Arbeits- und Gütermärkten, den sich verändernden Umweltbedingungen, dem gesellschaftlichen Wertewandel, dem Rückzug des Staates und dem wachsenden Zwang zur individuellen Verantwortlichkeit ist das Berufsbildungssystem der Bundesrepublik in hohem Maße anpassungs- und entwicklungsbedürftig.

In der jetzt anstehenden Reform muss sichergestellt werden:

- Das Recht auf Ausbildung für alle auf der Basis eines auswahlfähigen Angebots an Ausbildungsplätzen in zukunftsfähigen Berufen und deren ausreichende Finanzierung.
- Das Ausbildungssystem muss demokratisch gefestigt werden; auf allen Ebenen müssen Mitbestimmung gestärkt und Beteiligungsprozesse weiterentwickelt werden.
- Berufsausbildung darf keine Sackgasse sein. Anschlüsse müssen gefördert, das ganze System muss durchlässiger und der Wiedereinstieg muss ohne Statusverlust möglich werden.
- Insbesondere müssen die Rechte von jungen Menschen mit Behinderungen oder Benachteiligungen gestärkt werden, die Qualität der Berufsausbildung muss gesteigert und gesichert, das Prüfungswesen korrigiert werden.

- Das lebensbegleitende Lernen muss für alle erleichtert, Aus- und Weiterbildung müssen besser verzahnt werden. Zusatzqualifikationen sollen fester Bestandteil des Systems werden. Die Zertifizierung von erworbenen Kompetenzen und auch von Berufserfahrung muss verbessert werden.
- Die Ausbildung der Ausbilder muss verbessert, ihre Arbeit besser abgesichert werden.
- Berufsbildungsforschung und -statistik müssen intensiviert werden. Die Berufsausbildung muss „europäischen Charakter“ erhalten.

Über diese vorrangig aktuellen, in gewisser Weise aber auch schon zukunftsorientierten Schritte und Maßnahmen hinaus ist nach Auffassung der PDS ein neuer bildungspolitischer Ansatz erforderlich, der die Verzahnung von theoretischem und praktischem Lernen im Betrieb mit der Entfaltung von Kompetenzen und deren Umsetzung verbindet und damit Ganzheitlichkeit und Komplexität sowie die notwendige Breite der Ausbildung und die berufliche Handlungsfähigkeit sichert. Ein dem zugrunde liegendes Berufskonzept wird am Leitbild der Beruflichkeit menschlicher Arbeit festhalten. Es wird auf ein Feld von mehr oder weniger verwandten Tätigkeiten – auf einen Beruf – ausgerichtet sein statt auf einen einzelnen Arbeitsplatz, und ist durch eine Balance zwischen Breite und Tiefe der Lerninhalte charakterisiert.

Die PDS wird sich an der Ausarbeitung eines solchen neuen, in die Zukunft weisenden Berufsbildungskonzepts aktiv beteiligen.

## 10. Hochschulbildung

Die PDS sieht eine progressive und emanzipatorische Reform des Hochschulbereiches als Schlüsselaufgabe sowohl für ihre Regierungs- als auch für ihre Oppositionstätigkeit an. Wir setzen der Privatisierungsoffensive von WTO, EU und Lobbyorganisationen in diesem Bereich das Leitbild einer offenen, demokratischen und regional verwurzelten Hochschule entgegen, die sich ihrer sozialen Verantwortung bewusst ist. Wir brauchen mehr und vor allem qualitativ hochwertigere Studienplätze, weil die gesellschaftliche Nachfrage nach einem höheren Bildungsniveau weiter steigt.

Die PDS will deshalb den Hochschulzugang so gestalten, dass akademische Bildung kein Privileg der Besserverdienenden ist, sondern möglichst Vielen zugute kommt. Denn angesichts des Wandels hin zu einer Dienstleistungsgesellschaft sind Aus- und Weiterbildung die Schlüsselkompetenzen, von denen nicht nur der Einzelne, sondern die Gesellschaft als Ganze profitiert.

Auswahlgespräche und vor allem Studiengebühren sind der falsche Weg, um den Zugang zur akademischen Bildung zu erweitern. Sie machen Vielen ein Studium unmöglich. Stattdessen setzen wir auf eine reformierte und verbesserte Studienförderung im Rahmen des Bafög, ein ein- bis zweisemestriges Probestudium sowie ein verbessertes Beratungssystem als die zielführenden Instrumente. Die PDS setzt sich für eine öffentlich finanzierte Hochschule mit effizienten Studienbedingungen ein. Die derzeitige, leider lediglich fiskalisch motivierte Umsetzung der Vereinbarungen im Rahmen des Bologna-Prozesses, die das Studium auf Schmalspurstudiengänge reduziert, repressive Studienordnungen und Selektionsinstrumente einführt, kritisieren wir auf das Schärfste. Eine Studienreform muss stattdessen zu mehr Ori-

entierung im Studium, zu mehr Eigenverantwortung und zu mehr Durchlässigkeit im Hochschulsystem führen.

Hochschulen sollen Autonomie erhalten. Dafür ist ihre Demokratisierung unerlässlich. Die PDS will deshalb die Mitspracherechte von Studierenden und MitarbeiterInnen stärken und die Professorenmehrheiten und präsidialen Vorrechte beschneiden.

Investitionen in den Hochschulbereich stärken die regionale Leistungsfähigkeit in wirtschaftlichen wie gesellschaftlichen und kulturellen Bereichen. Die PDS will deshalb die Vernetzung von Hochschulen, Unternehmen und Kultur-, Bildungs- und Verwaltungseinrichtungen fördern.

## 11. Weiterbildung

Unter Weiterbildung verstehen wir jede Art von Kompetenzentwicklung durch Lernen nach der ersten Bildungsphase, als Einheit von allgemeiner, politischer, beruflicher und kultureller Bildung. Sie ist zunehmend ein auf die gesamte Persönlichkeitsentwicklung gerichteter Prozess, in dem Kompetenzen für Beruf, Freizeit, für das persönliche Leben und die aktive Mitwirkung an gesellschaftlichen Aufgaben erworben werden. Was gegenwärtig in der Weiterbildung geschieht, wird den neuen Anforderungen kaum gerecht. Nach wie vor sind bildungspolitische Forderungen nach der Integration der Weiterbildung als vierte Säule des Bildungswesens nicht verwirklicht. Die traditionellen Einrichtungen der Erwachsenenbildung wie die Volkshochschulen, die Einrichtungen der betrieblichen Weiterbildung wie die privaten Bildungsanbieter für Fortbildung und Umschulung agieren nicht nur in völliger Unabhängigkeit voneinander, sie sind auch weitgehend Konkurrenz- und Profitmechanismen unterworfen. Große Qualitätsunterschiede zwischen den verschiedenen Anbietern sind charakteristisch, und es fehlt auch an Transparenz. Im Weiterbildungsbereich herrscht Rotstiftpolitik vor. Mit Hartz IV findet ein weiterer Abbau der von der Arbeitslosenversicherung geförderten beruflichen Weiterbildung statt. Langzeitarbeitslose haben kaum eine Chance. Un- und Angelernte, Frauen, Arbeiterinnen und Arbeiter bleiben auf der Strecke.

**Trotz des enormen Umfangs und der Bedeutung der Weiterbildung als „4. Säule“ im Bildungssystem sind hier ungesicherte Standards und kaum übersehbare Regelungen vorherrschend.** Hinzu kommen fortwährende Kürzungen der finanziellen Mittel in Landes- und Kommunalhaushalten. Das hat negative Auswirkungen auf die Arbeitsbedingungen der Lehrenden, führt zu Entlassungen bei den Trägern der Weiterbildung und führt letztendlich zu Qualitätseinbußen bei den Angeboten. All das trägt dazu bei, dass sich auch in der Weiterbildung die soziale Selektion des Bildungswesens verstärkt.

Die PDS setzt sich dafür ein, dass die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für lebensbegleitendes Lernen ausgebaut werden. Dazu gehört der Bereich der Weiterbildung im Konzept des lebensbegleitenden Lernens als ein gleichwertiger und gleichberechtigter Aufgabenbereich. Es ist erforderlich, bestehende gesetzliche Regelungen zu überprüfen und neue gesetzliche Regelungen, insbesondere ein Bundesrahmengesetz für Weiterbildung, zu schaffen sowie eine stärkere finanzielle Beteiligung der Unternehmen statt weiterer Privatisierung der Kosten durchzusetzen, damit alle ihre Weiterbildungsinteressen im Rahmen eines integrierten, öffentlich kontrollierbaren Weiterbildungssystems wahrnehmen können. Die Mitbestimmung der Beteiligten ist auszubauen. Zur Finanzierung von Weiterbildung unterstützen wir Umlagemodelle.

Im Zusammenhang mit dem gesellschaftlichen Wandel besteht zunehmender Bedarf an neuen Inhalten, Formen und Lernorten für lebensbegleitendes Lernen.. Stadtteilnahe Arbeit, Selbsthilfegruppen, die Hinwendung zu neuen Fragestellungen der Zukunftsgestaltung sind dafür Ausdruck. Wir unterstützen Konzepte und Freizeitprojekte der Kommunikationsförderung, Formen der Geselligkeit, Kurse für Musik, Malerei und Theater, Mediatheken, freie Bildungsclubs u. a. Solche Formen können helfen, neue Lebenskonzepte, neue Lebensperspektiven zu entwickeln. Der Jugendbereich ist dabei von besonderer Bedeutung. Wir halten es für möglich, dass auch neue Tätigkeitsfelder entstehen, neue Arbeitsstrukturen und Arbeitsplätze. Wir treten dafür ein, die Möglichkeiten moderner Massenmedien, die neuen Informations- und Kommunikationstechnologien zur Förderung des lebensbegleitenden Lernens kritisch und kreativ zu nutzen. Informelles Lernen und seine gesellschaftliche Akzeptanz sowie die Anerkennung seiner Ergebnisse in den Unternehmen gewinnen in Anbetracht der rasant vor sich gehenden Veränderungen der Arbeitsgesellschaft an Bedeutung.

Wir setzen uns dafür ein, dass Einfluss und Rolle von Profitinteresse auf dem Gebiet der Weiterbildung zurückgedrängt werden und das Interesse des Bürgers an demokratischer Mitgestaltung, an Selbstverwirklichung in Arbeit und Freizeit, in einem sinnerfüllten kulturvollen Leben in den Mittelpunkt rückt.

## 12. Bildungsreform und die Pädagoginnen und Pädagogen – ihre Aus- und Fortbildung

Pädagoginnen und Pädagogen, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sind wesentlich Träger einer Bildungsreform. Ohne ihre Bereitschaft, Gegebenes in Frage zu stellen, neue Erkenntnisse und neue Erfahrungen aufzunehmen und zu verarbeiten, Neues zu versuchen und auch eigene Zweifel und Bedenken anderer zu überwinden, ist eine wirkliche Reform nicht machbar. Es ist eine entscheidende Aufgabe aller an der Neugestaltung des Bildungswesens interessierten Kräfte, das Engagement der WissenschaftlerInnen und PädagogInnen herauszufordern, zu fördern, sich darauf zu stützen. Die PDS wird dazu ihren Beitrag leisten und aktiv dafür wirken, dass ihnen für ihre verantwortungsvolle Tätigkeit auch die entsprechenden Bedingungen geschaffen werden. Die gesellschaftliche Stellung der Pädagoginnen und Pädagogen, und zwar unabhängig davon, in welcher Bildungseinrichtung, in welcher Kinder- und Jugendeinrichtung sie tätig sind, bedarf entsprechend ihrer Verantwortung gegenüber der heranwachsenden Generation hoher Anerkennung und Wertschätzung. Das gilt auch für die gemeinsam mit den Lehrerinnen und Lehrern in den Schulen wirkenden SozialarbeiterInnen, ErzieherInnen und PsychologInnen. All das erfordert ein umfassendes Engagement aller Organe des Staates und der ganzen Gesellschaft.

Ihrem Wesen nach ist pädagogische Arbeit schöpferische Arbeit. Aber wahrhaft schöpferisch und zukunftsorientiert wird sie nur durch einen schöpferischen Pädagogen, der seine Schüler/Studenten immer erneut zum schöpferischen Mittun herausfordert und so ihre **Entwicklung befördert**. **Lehrerinnen und Lehrer sind in wahrstem Sinne des Wortes „Wegbereiter von Bildung“**. Ein guter Lehrer will immer mehr sein als Wissensvermittler, er will seine Schüler herausfordern und befähigen, sich Wissen im Unterricht und auf vielfältige andere Weise zunehmend selbständig anzueignen, er will ihnen helfen, sich progressive Wertvorstellungen zu eigen zu machen und ihr Leben danach zu gestalten, er will ihre Entwicklung als Persönlichkeit befördern, er will bilden und erziehen! Dabei geht es ihm immer um jeden seiner Schüler, ohne Ausnahme. Das alles macht ein neues Leitbild für Pädagoginnen und Pädagogen dringend, nicht zuletzt für die Neuprofilierung ihrer Ausbildung. Die PDS wird sich an der Diskussion darüber aktiv beteiligen.



Eine langfristig angelegte Bildungsreform erfordert auch eine umfassende Reform der Lehrerbildung, und zwar sowohl der Aus- als auch der Fort- und Weiterbildung der Pädagoginnen und Pädagogen. Die PDS will dazu eigene Vorschläge unterbreiten.

Die Ausbildung muss sich an den Anforderungen einer modernen Schule – der Gemeinschaftsschule – orientieren, ohne dabei Erfordernisse der Gegenwart aus dem Auge zu verlieren. Sie muss an Universitäten auf hohem wissenschaftlichem Niveau in einem von Studienbeginn an eigenständigen, d.h. von Anbeginn an auf die zukünftige pädagogische Tätigkeit orientierten, Ausbildungsgang erfolgen. Die bisherige Ausbildung für verschiedene Schulformen soll durch eine einheitliche Ausbildung aller Lehrerinnen und Lehrer ersetzt werden, die im Studiengang einschließlich der praktischen Ausbildungsabschnitte Spezialisierungsmöglichkeiten nach Schulstufen vorsieht. Mit Recht fordert die pädagogische Praxis, neben der Vermittlung solider fachwissenschaftlicher Kenntnisse eine Erweiterung und Qualifizierung in den pädagogischen und psychologischen Disziplinen sowie der Didaktik und der Methodik sowie eine engere Verzahnung von theoretischen und praktischen Ausbildungselementen während des Studiums und die Einbeziehung von pädagogischen Praktika in den Ausbildungsgang. Dabei gilt es, Erfordernissen integrativer pädagogischer Arbeit und der Befähigung zu differenzierter pädagogischer Arbeit in heterogenen Gruppen im Unterricht, der Orientierung der jungen Pädagoginnen und Pädagogen auf die Entwicklung der Gesamtpersönlichkeit der ihnen anvertrauten jungen Menschen und ihrer Befähigung, die Fähigkeiten und Begabungen eines jeden Schülers/einer jeden Schülerin zu erkennen und sie wirkungsvoll zu fördern, besondere Aufmerksamkeit in allen Phasen der Ausbildung zu widmen.

Die Fortbildung der Pädagoginnen und Pädagogen ist ein unverzichtbarer Bestandteil ihrer beruflichen Tätigkeit und wichtiges Element ihres Berufsbildes. Sie ist vor allem auf die Entwicklung des Schöpferturns, der Souveränität und der beruflichen Kompetenz der Pädagoginnen und Pädagogen gerichtet. Sie ist gerade in der Gegenwart besonders bedeutsam, sind doch die derzeit in den Bildungseinrichtungen Tätigen die wesentlichen Träger der Bildungsreform. Das aber verweist darauf, dass im Rahmen entsprechender tarif- und arbeitsrechtlicher Regelungen das notwendige Zeitbudget gesichert und auch die erforderlichen finanziellen Mittel bereitgestellt werden müssen. Die PDS hält es für erforderlich, dass in allen Bundesländern mehrere Jahre umfassende Konzepte für die Fort- und Weiterbildung erarbeitet werden, die sowohl innerschulische Fortbildung als auch den Besuch von Lehrgängen und Kursen vorsehen und so den Pädagoginnen und Pädagogen ermöglichen, ihre Teilnahme langfristig zu planen. Dabei sollten neue Erkenntnisse zur Entwicklung und den Entwicklungsbedingungen von Kindern und Jugendlichen und daraus abzuleitende pädagogische Konsequenzen, neue fachwissenschaftliche und didaktisch-methodische Probleme, die mit der Einführung neuer Rahmenpläne und Bildungsstandards entstehen, Fragen einer neuen Lehr- und Lernkultur sowie neue Bedingungen für die Arbeit der Schule insgesamt besondere Beachtung finden.

## Bildungspolitik als gesamtgesellschaftliche Aufgabe

Beschluss Parteivorstand vom 28.8.2006

1.) Der Parteivorstand fordert alle Mitglieder und Sympathisantinnen und Sympathisanten, den bundesweiten Jugendverband [ `solid], sowie die Mandatsträgerinnen und Mandatsträger der Partei dazu auf, sich weiterhin aktiv in bildungspolitische Auseinandersetzungen und regionale und bundesweite bildungspolitische Bündnisse sowie in die Arbeit der AG Bildungspolitik einzubringen. **Inhaltliche Orientierung bieten dabei die „Bildungspolitischen Leitlinien“ und die „Weimarer Erklärung“**, die als direkter Link auf der Internetseite der Partei zu veröffentlichen sind, sowie die im Herbst 2006 zu verabschiedenden Thesenpapiere.

2.) Der Parteivorstand setzt sich dafür ein, dass die bildungspolitische Programmatik der neuen linken Partei mit an die in der Linkspartei erarbeiteten Beschlüsse und Leitlinien – insbesondere die Bildungspolitischen Leitlinien und die Weimarer Erklärung– anknüpft. Bei der weiteren inhaltlichen Ausarbeitung der Programmatik soll der Kontakt zu den thematischen Arbeitsgruppen der Partei gesucht werden. Für die mittelfristige Planung der neuen linken Partei schlägt der Parteivorstand einen Parteitag zum Thema Bildungspolitik vor.

3.) Der Parteivorstand prüft die Veröffentlichung einer eigenen Massenzeitung für die auf dem **Europäischen Sozialforum in Athen beschlossene „Aktionswoche gegen Bildungsprivatisierung“** (12.-18. November). Die inhaltliche Ausgestaltung obliegt der AG Bildungspolitik. Er setzt sich in diesem Zusammenhang außerdem dafür ein, dass in der geplanten Anti-Privatisierungskampagne der beiden Parteien Privatisierung und Ökonomisierung im Bildungsbereich ein Schwerpunkt sind.

4.) Der Parteivorstand bringt sich in den kommenden Monaten mit eigenen Schwerpunkten in aktuelle bildungspolitische Diskussionen ein. Dazu legt ihm die AG Bildungspolitik in Zusammenarbeit mit der AG Wissenschaftspolitik und dem Hochschulgruppennetzwerk sowie den Verantwortlichen in den Fraktionen für seine kommenden Sitzungen zu den folgenden Themen Thesenpapiere zur Bestätigung vor.

- Recht auf einen Kita-Platz und Stärkung der frühkindlichen Bildung  
V.: R. Hein  
T.: September 2006
- Länger gemeinsam Lernen  
V. R. Hein und Gerrit Große und Horst Bethge  
T.: November 2006
- Ausbildungsplatzumlage einführen und Ausbildungsmisere überwinden  
V.: R. Hein, Nele Hirsch und Bärbel Holzheuer-Rothensteiner  
T.: Oktober 2006
- Gegen elitäre Ausgrenzung im Studium  
V.: R. Hein und Nele Hirsch  
T.: Oktober 2006
- Recht auf Weiterbildung  
V.: R. Hein und Andreas Klepp  
T.: Dezember 2006

5.) Der Parteivorstand begrüßt die große Bedeutung, die der Bildungspolitik in den aktuellen Wahlkämpfen in Mecklenburg-Vorpommern, Berlin und Niedersachsen beigemessen wird. Er fordert die zukünftigen Mandatsträgerinnen und Mandatsträger dazu auf, sich in eventuell anstehenden Koalitionsverhandlungen mit besonderem Nachdruck für die bildungspolitischen Ziele der Linkspartei einzusetzen. Hierbei ist unter anderem der auf der 1. Tagung des 10. Parteitages beschlossene Antrag zur Gebührenfreiheit des Studiums zu berücksichtigen und auch in den anderen Bildungsbereichen eine weitere Ökonomisierung und Privatisierung der Bildung zu verhindern.

6.) Der Parteivorstand nimmt zur Kenntnis, dass die AG Bildungspolitik der Tätigkeit von AG, IG und Plattformen einen hohen Stellenwert einräumt und die Absicherung ihrer Rechte und Arbeitsmöglichkeiten im Statut der neuen Partei fordert. Er bittet die Arbeitsgruppe Statut diese Überlegungen in die Diskussion einzubeziehen.

## Begründung

Bildungspolitik ist in den letzten Jahren zu einem Thema von höchster Priorität in der gesellschaftlichen Debatte geworden. Ungeachtet dessen sind die Defizite in der gesellschaftlichen Wirklichkeit der Bundesrepublik unübersehbar.

Die herrschende Bildungspolitik beschränkt sich seit Jahren auf halbherzige Reparaturversuche, ohne die grundlegenden Mängel des deutschen Bildungssystems ernsthaft anzugehen. Die von SPD, Grünen, FDP und CDU/CSU betriebene zunehmende Ökonomisierung und Privatisierung der Bildung verschlechtert die Qualität und schränkt den Zugang und die Teilhabe auf allen Ebenen ein. Insbesondere nach den Entscheidungen zur Föderalismusreform wird darauf zu achten sein, dass die Finanzierungsbedingungen der Länder und Kommunen im Interesse einer erhöhten Finanzierung öffentlicher Bildungsangebote von der frühkindlichen Bildung bis zur Erwachsenenbildung verbessert und nicht noch weiter eingeschränkt werden.

Vor diesem Hintergrund ist es höchste Zeit, dass die Linkspartei ihr bildungspolitisches Profil öffentlich nachvollziehbar schärft und die zahlreichen Bemühungen in den einzelnen Landesverbänden bündelt. Die Linkspartei betrachtet Bildungspolitik dabei als eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

## Bildungspolitische Leitlinien und Bildungsparteitag

In den letzten Jahren wurde von den BildungspolitikerInnen der AG gegenüber dem Parteivorstand immer wieder eingefordert, einen Parteitag oder wenigstens eine Tagung eines Bundesparteitages zu Bildungspolitik durchzuführen, wie es diesen inzwischen zur Kommunalpolitik und auch zum Mindestlohn gegeben hat. Angesichts der Zeitleiste zum Parteibildungsprozess ist es unrealistisch, auf einen Bildungsparteitag der Linkspartei.PDS noch zu hoffen. Vielmehr wird es notwendig sein, mit klaren und sehr konkreten Vorstellungen der Linkspartei in den Parteibildungsprozess zu gehen.

**Grundlage** sollten die „Bildungspolitischen Leitlinien“ und die „Weimarer Erklärung“ sein. Diese Leitlinien wurden im Frühsommer vergangenen Jahres vor der Bildungspolitischen Konferenz in Weimar maßgeblich von Günther Wilms erarbeitet. Allerdings sind eine Reihe von Punkten noch nicht ausdiskutiert. Leitlinien wurden auf der Konferenz vorgelegt und sollten in

die Debatte gegeben werden. Immer stand auch die Hoffnung im Raum, das dieses Papier dann zu einer Beschlussgrundlage eines bildungspolitischen Parteitages würde, wie es die Kommunalpolitiker geschafft haben und wie es andere Parteien uns längst vorgemacht haben.

Eine Überarbeitung der „Leitlinien“ in der Weise, dass sie zu einem Grundsatzdokument der Gesamtpartei werden, erscheint aus dem derzeitigen Debattenstand heraus nicht leistbar und auch unnötig, da wir uns eben in einem Parteibildungsprozess befinden. Allein die in den gemeinsamen Dokumenten nicht angesprochenen Fragen (Siehe Anlage 1) machen deutlich, dass im Detail mit einer intensiven Debatte zu rechnen ist. Für den weiteren Meinungsbildungsprozess bedarf es dabei durchaus eines längeren argumentierenden und herleitenden Papiers. Die „Leitlinien“ können unter diesen Gesichtspunkten dafür durchaus eine Grundlage bilden. Sie taugen zur Herleitung und Weiterentwicklung solcher Vorstellungen. Dazu aber müssten sie allen zugänglich sein. Darum sollten sie auf der Internetseite [www.sozialisten.de](http://www.sozialisten.de) über einen direkten Link veröffentlicht werden. Ein künftiges Papier kann sicher darauf aufbauen, wird aber schon wegen des fortgeschrittenen Zeitrahmens und teilweise neuer Problemsichten – nicht nur in der Linkspartei oder in der neuen Linken – ein neues Papier werden müssen. Nach erfolgreichem Parteibildungsprozess sollte aber zügig auf einen solchen Bildungsparteitag gedrängt werden.

#### Bildungspolitische Schwerpunkte der kommenden Monate

Nicht nur weil im Herbst wieder die nächsten PISA-Ergebnisse auf der Tagesordnung stehen und im Zuge der Neuordnung der Finanzen zwischen Bund, Ländern und Gemeinden die Bildungsfinanzierung erneut unter Druck geraten wird, sondern weil es auf wichtigen Feldern der Bildungspolitik zitierbarer konkreter Äußerungen der Linkspartei bedarf, sollen zu fünf Themenbereichen kurze Grundsatzpapiere (wahrscheinlich in Thesenform) dem Parteivorstand zur Bestätigung vorgelegt werden, die dann als gemeinsame bildungspolitische Positionierung kommuniziert werden können. Dabei werden wir Mut zur Lücke aufbringen müssen und uns auf jene Fragen beschränken, die aktuell in der öffentlichen Debatte sind und dadurch eine größere Chance auf Reflektierung haben. Wir wollen auch nicht den Versuch unternehmen, dem Parteivorstand Äußerungen zuzueignen, die vor Fachkompetenz nur so strotzen, die aber auch nur dort verstanden werden.

Bei der Erarbeitung der Thesenpapiere wollen wir auf die zahlreichen Vorarbeiten – etwa aus der AG Bildungspolitik und den Landtagsfraktionen und der Bundestagsfraktion – zurückgreifen. Es sollen auch bildungspolitische Vorschläge der WASG einbezogen werden.

Zu folgenden fünf Themenkreisen sollen dem Parteivorstand thesenartige Papiere zur Bestätigung vorgelegt werden:

1. Recht auf einen Kita-Platz und Stärkung der frühkindlichen Bildung: Schon vor Schuleintritt werden wesentliche Weichenstellungen für den weiteren Bildungserfolg gelegt. Diese Tatsache ist mittlerweile zwar in der bildungspolitischen Fachöffentlichkeit ausreichend bekannt. Allerdings wird sie in der Politik – wie aktuelle Untersuchungen belegen – immer noch zu wenig berücksichtigt. Die Linkspartei möchte das ändern. Sie fordert deshalb eine bessere Versorgung mit in den Kita-Plätzen in allen Ländern und überall einen Rechtsanspruch auf einen Ganztagsplatz vom ersten Lebensjahr an. Die Betreuungsqualität soll in den Einrichtungen auf hohem Niveau gewährleistet werden und

Betreuung und Bildung vereinen. Dazu ist erforderlich, dass die Ausbildung zur Erzieherin/ zum Erzieher auf ein Fachhochschulstudium aufgewertet wird und die Gruppengrößen auf den internationalen Standard reduziert werden. Kinderbetreuung soll in Zukunft kostenfrei für alle Eltern, die es wollen, angeboten werden. Dort, wo die Linkspartei Regierungsverantwortung übernimmt, sollen Schritte dahin geprüft und gegangen werden.

2. Länger gemeinsam Lernen: Das gegliederte Schulsystem ist eine der Hauptursachen für die bestehende Ausgrenzung des Bildungssystems. Anstatt jeden und jede individuell zu fördern, wird aussortiert und „nach unten“ abgeschoben. Das Sitzenbleiben, eine deutsche Besonderheit, kostet nicht nur jährlich 1,25 Mrd. €, sondern stempelt rd. 250.000 Betroffene zu „Versagerinnen und Versagern“. Das ist nicht unser Ansatz von besserer Bildung. Wir geben uns auch nicht damit zufrieden, dass mehr Schülerinnen und Schüler den Hauptschulabschluss erhalten. Bessere Schulbildung und höhere Schulabschlüsse für alle führen nur über den Weg längeren gemeinsamen Lernens in „Einer Schule für alle Kinder“ und niedrigere Klassenfrequenzen – vor allem in der Grundschule. Die Sackgassen früher Bildungswegentscheidungen müssen weg und durch individuelle Förderung und zielgerichteten Nachteilsausgleich ersetzt werden. Das geht nicht ohne zusätzliche personelle und materielle Mittel und Fördermaßnahmen. Zurückgehende Schülerzahlen müssen dafür und nicht für Einsparungen genutzt werden – wie es in Mecklenburg- Vorpommern und Berlin vorgesehen ist. Höchstmögliche Bildungsbeteiligung ist das Ziel. Die Linkspartei geht in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern deshalb erste konkrete Schritte zur Überwindung des gegliederten Schulsystems hin zu **“Einer Schule für alle“**. In vielen weiteren Bundesländern arbeitet sie an alternativen Schulgesetzen und bringt diese – teilweise über eigene Kampagnen – in die Öffentlichkeit und in die Landtage ein.
3. Ausbildungsumlage einführen und Ausbildungsmisere überwinden: Fast jeder zweite Jugendliche durchläuft inzwischen nach der Schule eine oder mehrere Warteschleifen, anstatt eine qualifizierte Berufsperspektive zu erhalten. Immer mehr Jugendliche bleiben vollkommen ohne einen Berufsabschluss. Dies gilt insbesondere für Migrantinnen und Migranten. Eine der Hauptursachen für die angespannte Situation auf dem Ausbildungsstellenmarkt ist der immer weitere Rückzug der Arbeitgeber aus ihrer Verantwortung für die Bereitstellung von Ausbildungsplätzen. Die Linkspartei hält an ihrer Forderung nach einer gesetzlichen Ausbildungsumlage fest und wird einen entsprechenden Gesetzesentwurf in den Bundestag einbringen. Sie wehrt sich gegen die zunehmenden Angriffe auf die Rechte von Auszubildenden und setzt sich dafür ein, anstelle von Warteschleifen, qualifizierte Alternativangebote – auch durch Berufsschulen und überbetriebliche Ausbildungsstätten für die jetzt von der Misere betroffenen Jugendlichen zu schaffen.
4. Gegen elitäre Ausgrenzung im Studium: Der Zugang zur Hochschule wird immer weiter eingeschränkt. Kritik verdient nicht nur die Einführung von Studiengebühren in immer mehr Bundesländern, sondern auch die zunehmende Aushöhlung des BAföG durch die Große Koalition. Ferner verschärfen sich Zulassungsbedingungen und werden weitere Hürden im Studium – etwa beim Übergang vom Bachelor in den Master – etabliert. Wir fordern stattdessen eine umfassende Gebührenfreiheit, wozu auch die Ablehnung von Studienkonten bzw. so genannter Langzeitgebühren gehört, und eine elternunabhängige, repressionsfreie Grundsicherung. Der Zugang zum Studium muss ausgeweitet werden. Zugangsbeschränkungen zum Master-Studiengang lehnen wir ab.

5. Recht auf Weiterbildung: In den letzten Jahren wurden die Angebote in der beruflichen Weiterbildung in einem skandalösen Ausmaße zurückgefahren. Freie und kommunale Anbieter von allgemeiner und beruflicher Weiterbildung müssen mit immer weniger finanziellen Zuschüssen auskommen. Damit haben sich nicht nur die Chancen auf dem Arbeitsmarkt, besonders für Erwerbslose und benachteiligte Gruppen weiter verschlechtert und Bildungsangebote freier wie kommunaler Bildungsträger für die Nutzer verteuert, sondern zugleich gingen Bildungsträger in Konkurs und mehr als 30.000 Beschäftigte der beruflichen Weiterbildung wurden arbeitslos. Die Beschäftigungsbedingungen der verbliebenen Lehrenden sind prekär. Lebenslanges Lernen wird unter neoliberalen Vorzeichen zu sehr reduziert auf die Eigenverantwortung der Menschen, per Weiterbildung ihre Beschäftigungsfähigkeit zu sichern. Unter dem Appell an die Eigenverantwortlichkeit der Lernenden soll jeder und jede die flexible Anpassung an den Arbeitsmarkt jederzeit sicherstellen. Dies geschieht schon jetzt auf einem weitgehend privatisierten Weiterbildungsmarkt. Es fehlen bundesgesetzliche Regelungen und Qualitätsstandards. Weiterbildung tatsächlich zu einer "vierten Säule" des Bildungssystems zu machen, heißt für die Linkspartei.PDS ein umfassendes Recht auf und möglichst kostenfreien Zugang aller zu allgemeiner, kultureller, politischer und beruflicher Bildung auch im Erwachsenenalter. Davon sind wir in Deutschland weit entfernt - im Gegenteil, die Weiterbildungsbeteiligung sinkt, auch wegen des weitgehend privatisierten Weiterbildungsmarktes und der weiter zunehmenden Abwälzung der Kosten auf die Lernenden und ihre Familien. Daher streitet die Linkspartei.PDS für Erhalt und Ausbau der öffentlichen und frei gemeinnützigen Weiterbildungseinrichtungen und für ihre ausreichende, verlässliche und nachhaltige finanziellen Förderung auf Ebene der Kommune und der Länder. Sie setzt sich ein für ein seit langem von den Gewerkschaften geforderte Bundesgesetz zur Weiterbildung sowie für ausreichende Mindeststandards in der Qualität und den Beschäftigungsbedingungen der Weiterbildungseinrichtungen.

## 1. Länger gemeinsam Lernen - Worauf begründet sich unser Ansatz?

### 1.1. Unser Bildungsziel:

Freier und gleicher Zugang zu allen Bildungsangeboten ist heute unabdingbare Voraussetzung für ein selbstbestimmtes Leben von Menschen, für die Entfaltung ihrer Persönlichkeit, für ihre Teilhabe an der Gestaltung der gesellschaftlichen Entwicklung und für ihr persönliches Wohlergehen. Er muss für alle Menschen gleich welchen Alters und ohne Diskriminierung möglich sein.

Bildungserwerb ist für uns ein Menschenrecht.

Bildungsgüter sind öffentliche Güter und Bildungseinrichtungen für alle Bildungsebenen vorzuhalten und zugänglich zu machen ist eine Aufgabe der öffentlichen Daseinsvorsorge.

Ein zentraler Teil des öffentlichen Bildungssystems ist die Schule. Sie ist der Hauptort, in dem Kinder und Jugendliche Bildung erwerben. Darum wollen wir eine Schule, in der alle Kinder erfolgreich lernen können.

### 1.2. Was kritisieren wir am derzeitigen Bildungssystem?

In der Bundesrepublik Deutschland ist die Abhängigkeit des Bildungserfolges von der sozialen Herkunft so groß wie in kaum einem anderen europäischen Staat.

In einer Zeit, in der wirtschaftliche Entwicklung gerade auch unseres Landes immer mehr von einem hohen Bildungsstand der Menschen abhängt, die in ihm leben, bedeutet diese Abhängigkeit einen Ausschluss von Lebensperspektiven für Menschen, die nicht über die sozialen Bedingungen für erfolgreichen Bildungserwerb verfügen.

Das gegliederte Schulsystem in Deutschland hat sich als ungeeignet erwiesen, dieser Misere abzuhelpfen. Im Gegenteil: Mit der Zuweisung von Bildungsmöglichkeiten und Bildungsgegenständen nach Maßgabe vermeintlicher Leistungsfähigkeit wird die starke soziale Segregation reproduziert und verstärkt.

Konservative Bildungspolitik geht immer noch davon aus, dass Menschen nur soviel staatlich finanzierte Bildung zuteilwerden soll, wie es für den ihnen zugewiesenen Platz in der Gesellschaft erforderlich erscheint. Diese Zuteilung von Bildung und damit von Lebenschancen kann man bis in Lehrpläne hinein nachvollziehen. Frühzeitige Einordnung in unterschiedliche Bildungsgänge mit unterschiedlichen Abschlusszielen, mangelhafte Förderung mit dem Ziel höherer Bildungsbeteiligung und vielerorts schlechte Lehr- und Lernbedingungen haben zur Folge, dass Kinder und Jugendliche die ihnen möglichen Bildungsabschlüsse gar nicht oder erst über Umwege erreichen, dass vielen Lebenschancen verwehrt bleiben.

Die Durchlässigkeit im gegliederten Schulsystem ist völlig unzureichend ausgeprägt. Viele, zu viele verlassen die Schule ohne Abschluss oder mit einem schlechten Kompetenzniveau, mit dem sie keinen Ausbildungsplatz finden können. Im Gegenzug wirken die mangelhafte Ausbil-

dungsplatzsituation und die hohe Arbeitslosigkeit demotivierend auf Lernbereitschaft in der Schule.

Die herrschende Politik hat in Auswertung der vielfältigen internationalen Vergleiche und Bildungsstudien zu Reparaturmaßnahmen innerhalb des bestehenden Systems gegriffen. Wir zweifeln nicht an, dass dabei auch Fortschritte für die Bildung junger Menschen realisiert werden können. Wir zweifeln aber an, dass diese Flickschusterei an einem überlebten System geeignet ist, durchgreifende Veränderungen der Bildungswirklichkeit zu realisieren. Die Hauptschule bleibt auch mit diesen Maßnahmen eine Hauptschule. Ihr Abschluss findet längst keine breite gesellschaftliche Anerkennung mehr, was man nicht nur an den Entscheidungen von Ausbildungsbetrieben gegenüber BewerberInnen mit einem solchen Abschluss nachweisen kann.

Die jahrzehntelange Verweigerung einer Schulreformdebatte, die nicht in den Schranken der Gliederung verhaftet bleibt, ist nicht nur für die Betroffenen zu einem erheblichen Problem geworden, sie ist zugleich ein maßgebliches Hemmnis für die erfolgreiche Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft. Die Ausgrenzung eines beträchtlichen Teils von Menschen aus dem gesellschaftlichen Leben, aus Arbeit, Teilhabe Kultur belastet mittlerweile auch die sozialen Sicherungssysteme, den Generationenvertrag und den sozialen Frieden in der Gesellschaft. Die notwendigen gesellschaftlichen Veränderungen dürfen sich nicht auf Bildung beschränken, aber eine Reform des Bildungssystems ist keine zweitrangige Frage. Für die Linkspartei ist sie darum Bestandteil der „Agenda Sozial“.

### 1.3. Was ist unser Konzept?

Eine grundlegende Schulreform, die sich nicht nur auf Schulstrukturen beschränken darf, ist somit keine hinreichende, aber eine unverzichtbare Bedingung, gesellschaftliche Teilhabe und Selbstverwirklichung für alle zu ermöglichen. Die Umgestaltung des Schulsystems zu einer Schule, die alle Kinder und Jugendlichen aufnimmt, kann darum nur ein Schritt sein, die gesellschaftliche Ausgrenzung eines großen Teils der Bevölkerung zu beenden.

**Wir wollen Schluss machen mit der Praxis, Schülerinnen und Schüler vermeintlich „geeigneten“ Schulformen zuzuweisen. Die Hauptschule ist für uns, trotz aller Bemühungen von Pädagoginnen und Pädagogen keine erstrebenswerte, weil keine zukunftsfähige Schulform.**

Wir gehen davon aus, dass alle Kinder in ihrer Individualität gefördert und zu einem höchstmöglichen Schulabschluss geführt werden können. Dazu brauchen wir ein integratives Schulsystem, das alle Kinder, gleich welcher Herkunft, aufnimmt und optimal fördert.

Wir nennen diese Schule Gemeinschaftsschule.

Ein integratives Bildungssystem kann nicht in Konkurrenz zu einem gegliederten System entstehen. Veränderungen müssen notwendiger Weise über die Frage der bloßen Schulform hinausgehen und zu einer neuen Kultur des Lernens und Lehrens.

Wir sehen im integrativen Lernen, im bewussten Umgang mit der Unterschiedlichkeit der Schülerinnen und Schüler im gemeinsamen Lernprozess eine Chance, von der Kinder mit schwächeren Lernleistungen ebenso profitieren wie leistungsstarke Kinder. Die Gemeinschaftsschule ist darum für Kinder mit schlechteren Lernausgangslagen ebenso vorteilhaft wie für Kinder mit Hochbegabungen. Dafür müssen Schülerinnen und Schüler zu Subjekten des Lernprozesses gemacht werden. Wir sehen über diesen Weg nicht nur die Möglichkeit des Erwerbs sozialer Kompetenzen, sondern auch die Chance für mehr Nachhaltigkeit des Gelernten. Kinder lernen von Kindern am besten und am schnellsten. Darum haben solidari-



sche Lern- und Arbeitsformen in einer Gemeinschaftsschule für uns ebenso ihre Berechtigung wie zusätzliche individuelle Förderung. Zielgerichteter Nachteilsausgleich und individuelle Förderung besonderer Begabungen schließen sich nicht aus, sondern sie bedingen einander.

## 2. Veränderungen in der Schulstruktur, in den Bildungswegen und Abschlüssen:

Die neue Gemeinschaftsschule umfasst die Primarstufe (1-4) und die Sekundarstufe I (5-10). Mindestens bis zum Abschluss der Klasse 8 sollen Schülerinnen und Schüler gemeinsam unterrichtet werden.

In der Gemeinschaftsschule sollen die Schülerinnen und Schüler nicht in abschlussorientierte Klassen oder Lerngruppen sortiert werden. Den Hauptschulbildungsgang wird es nicht mehr geben. Die Vollzeitschulpflicht soll 10 Jahre betragen. Die Gemeinschaftsschule soll, soweit dies möglich ist, Kinder mit Behinderungen aufnehmen und individuell fördern. Schulen für Lernbehinderte sollen künftig der Vergangenheit angehören.

Am Ende der 10. Klasse wird ein solider Schulabschluss erreicht, der den Zugang zu allen beruflichen Bildungsgängen ermöglicht, aber auch den direkten Bildungsweg zum Abitur. In der Bundesrepublik heißt dieser Abschluss heute meist Realschulabschluss oder mittlere Reife. Ein Schulabschluss unter diesem Niveau soll die Ausnahme bleiben.

Wir wollen ein möglichst wohnortnahes Schulangebot sichern, kurze Wege für kurze Beine gilt darum für uns in besonderem Maße. Darum sollen Grundschulen als Schulen der Primarstufe möglichst wohnortnah angeboten werden. Wir plädieren aber ebenso für Kontinuität in der Bildung von Klassenstufe 1 bis 10. Wo immer es möglich ist, sollen darum Grund- und Sekundarstufe in einer Schule nicht nur räumlich, sondern auch organisatorisch zusammengeführt werden. Mindestens aber sollen Grundschulen mit den weiterführenden Schulen der Sekundarstufe I eng zusammenarbeiten.

Die Klassen 11-12 oder 13 sind die Sekundarstufe II. Der Übergang in einen Bildungsgang, der zur Hochschulreife (Abitur) führt (Gymnasiale Oberstufe oder Oberstufenzentrum), soll frühestens nach erfolgreichem Abschluss der Klasse 8 erfolgen. In den meisten europäischen Ländern erfolgt dieser Übergang nach Klassenstufe 9. Auch diese Möglichkeit kann in Erwägung gezogen werden. Aber auch nach dem erfolgreichen Abschluss der 10. Klasse soll ein Übergang zur gymnasialen Bildung noch möglich sein.

Wir setzen uns dafür ein, dass im Anschluss an die neue Gemeinschaftsschule bis Klasse 10 auch doppeltqualifizierende Bildungsgänge angeboten werden können. Es entspricht den Anforderungen an das Bildungsniveau in vielen modernen Berufen, dass anspruchsvolle berufliche Ausbildung mit einer hohen Allgemeinbildung verbunden sind. Die Berufsausbildung mit Abitur ist darum nicht nur ein Beitrag zu mehr Durchlässigkeit im Bildungswesen, sondern unter Umständen ein Gebot der Zeit.

Möglichst alle Schulen sollen ein ganztägiges Bildungsangebot vorhalten können. Ob sie dies in offener Form (Unterricht in der Regel am Vormittag, nachmittags Zusatzangebote) oder in gebundener Form (für alle verpflichtendes Bildungsangebot bis zum Nachmittag, bestehend aus Unterricht und Wahlangeboten) vorgehalten wird, sollen die Schulen unter Beachtung des Bedarfs und der kulturellen Entwicklung in der jeweiligen Region entscheiden.

### 3. Moderne Bildung in einer Gemeinschaftsschule – Inhaltliche Ansprüche und Gestaltung

Auf der Basis von bundesweit für alle Gemeinschaftsschulen geltenden inhaltlichen Mindeststandards zu Bildungsinhalten und der dafür erforderlichen Stundentafel sollen Schulen mehr Freiräume bei der Auswahl der Stoffe, zusätzliche Bildungsinhalte und über die Unterrichtsformen erhalten, ihr pädagogisches Profil selbst bestimmen und über den Einsatz von finanziellen Mitteln sowie Personal selbst entscheiden können.

Ziel der Gemeinschaftsschule ist nicht Gleichmacherei. Sie gewährleistet eine den einzelnen Schülern angemessene Förderung von Fähigkeiten, Interessen und Neigungen. Sie zielt auf eine umfassende Stärkung der Persönlichkeit von Kindern und Jugendlichen.

Die Förderung besonderer Begabungen soll bereits in der Grundschule beginnen und über den gesamten Bildungszeitraum durch individuell zu nutzende erweiterte Angebote möglich sein. Gleichermaßen sollen Unterstützungssysteme für Schülerinnen und Schüler, deren Lernvoraussetzungen ungünstiger sind, über den gesamten Zeitraum der allgemeinbildenden Schule entwickelt werden. Schülerinnen und Schüler sollen auf die individuellen Erfordernisse der Persönlichkeit ausgerichtete Förderangebote und Nachteilsausgleich erhalten. Dazu sollen Schulen allen Schülerinnen und Schülern zum Beispiel die Nutzung von Schulbibliotheken und Computerkabinetten auch am Nachmittag ermöglichen.

In der Grundschule soll zum Beispiel dazu die flexible Schuleingangsphase weiter profiliert werden, um Nachteile, die aus der individuellen Entwicklung und dem häuslichen Umfeld erwachsen, auszugleichen. Auch unter diesem Gesichtspunkt ist es notwendig, Kindertagesstätten endlich bewusst zu Orten eines altersgerechten Lernens zu machen und dafür zu sorgen, dass für alle Kinder von 0 bis 6 ausreichend Plätze zur Verfügung stehen. Damit sie auch von allen genutzt werden können, müssen sie zukünftig beitragsfrei zugänglich sein.

Gemeinsam lernt man besser. In der Gemeinschaftsschule sollen die Vorteile heterogener Lerngruppen für das gemeinschaftliche Lernen erschlossen werden. Der Unterricht findet in verschiedenen, gleichberechtigt nebeneinander stehenden Lernformen, statt. Diese Lernformen können z.B. Frontaleinheiten, Kleingruppenarbeit, Einzelarbeit, Projektarbeit und andere sein. Methoden, die forschendes und entdeckendes Lernen befördern, werden sich für alle Schülerinnen und Schüler als Vorteil erweisen. Gleichzeitig verbessert sich so das Schulklima und die Freude an der schulischen Arbeit für Lehrerinnen und Lehrer sowie für Schülerinnen und Schüler. Die Schule des 21. Jahrhunderts ist eine allgemeinbildende Schule, in der das polytechnische Prinzip einen modernen praxisnahen Unterricht ermöglicht.

Die Gemeinschaftsschule ist im besten Sinne eine Schule gemeinschaftlicher Bildungsarbeit. Hier wollen wir an positive Erfahrungen aus den skandinavischen Ländern anknüpfen. Unterricht, weiterführende Angebote im Wahlpflichtbereich und in zusätzlichen attraktiven Arbeitsgemeinschaften, Schulsozialarbeit und schulpsychologische Angebote sollen den Rahmen für erfolgreiches Lernen schaffen. Um die Bildungsarbeit intensiver zu gestalten schlagen wir vor, speziell ausgebildetes pädagogisches Fachpersonal neben Lehrerinnen und Lehrern im Unterricht einzusetzen. Individuelle Hilfen im Unterricht und zeitweise Arbeit in kleinen Lerngruppen werden so ermöglicht.

Die Gemeinschaftsschule schätzt den Wert der Integration von Kindern und Jugendlichen mit und ohne Behinderungen und unterschiedlicher ethnischer Herkunft. Alle sollen nach Maßgabe ihrer individuellen Entwicklungsmöglichkeiten gefördert werden. Ein Abschieben von Ler-

nenden in andere Schulformen soll in der Gemeinschaftsschule ebenso fremd werden wie das Sitzenbleiben.

Für das Lernen in kleinen Lerngruppen bedarf es eines angemessenen Einsatzes von Fachlehrerinnen und Fachlehrern. Dort wo in Klassen gearbeitet wird, sollten die Klassengrößen 25 Schülerinnen und Schüler, an den Grundschulen 20 nicht überschreiten.

Schule soll sich dem regionalen Umfeld, der Stadt oder dem Stadtteil öffnen. Eine gute Schule pflegt zahlreiche Verbindungen zu Vereinen, Verbänden, öffnet sich kulturellen Angeboten der Region und bereichert damit das schulische Angebot.

#### 4. Wie kommen wir zu einer solchen neuen Schule?

Auf Grund der föderalen Struktur der Bundesrepublik Deutschland haben sich in allen Ländern besondere Strukturen in der Bildungslandschaft entwickelt. Die Schulpolitik ist in besonderem Maße der alleinigen Verantwortung der Länder unterworfen. In der über 50-jährigen Geschichte der Bundesrepublik Deutschland hat sich das allgemeinbildende Schulwesen an vielen Stellen auseinander entwickelt. Aus diesem Grunde differieren hier Schulformen, Schulstruktur, Stundentafeln und Bildungsinhalte besonders stark. Die zahlreichen Beschlüsse der Kultusministerkonferenz schaffen wenig Vergleichbarkeit, zementieren aber den Grundsatz der Gliederung und bilden insgesamt ein zu enges Korsett für eine wirkliche durchgreifende Bildungsreform. Für eine grundlegende Bildungsreform im Bereich der allgemeinen Schulbildung müssen darum wesentliche einengende Bestimmungen der Kultusministerkonferenz aufgehoben werden. Dazu zählt die zwangsweise Gliederung in unterschiedliche Leistungsstufen und ihre Ausrichtung auf unterschiedliche Abschlüsse. Auch ein vielerorts eingefordertes Bildungsrahmengesetz kann diese Mängel nur heilen, wenn es auf gliedernde Vorgaben verzichtet und auf der Grundlage einheitlicher Bildungsziele vielfältige Entwicklungsmöglichkeiten für die Schulen eröffnet.

Aus diesem Grunde werden die Wege zu einer neuen Gemeinschaftsschule in den Bundesländern verschieden sein. Die derzeit vorliegenden Konzepte zielen auf die flächendeckende Einführung neuer gemeinschaftlicher Schulformen oder auf Schritte der Öffnung hin zu längerem gemeinsamen Lernen über die Öffnung und Umgestaltung der bestehenden Schulen oder auch über Pilotschulen, die nach dem neuen Konzept arbeiten. Die Linkspartei befördert alle Wege, die in absehbarer Zukunft eine neue Gemeinschaftsschule in ganz Deutschland möglich machen.

#### 5. Demokratische Ausgestaltung

Die Gemeinschaftsschule ist eine demokratische Schule. Das prägt ihre Inhalt und ihre innere Organisation. Wir wollen eine Schule, in der die Konferenzen drittelparitätisch zusammengesetzt sind. Lehrerinnen und Lehrer, Schülerinnen und Schüler sowie Eltern sollen gleichberechtigt die Gestaltung der schulischen Arbeit mitbestimmen und nach Maßgabe ihrer Möglichkeiten mitwirken können.

Mitspracherechte sollen darüber hinaus alle an der Schule tätigen pädagogischen Fachkräfte haben. Auch das technische Personal soll sich einbringen können.

Wichtige Partner bei der erfolgreichen Gestaltung schulischer Arbeit sind die Eltern. Der vertrauensvollen Zusammenarbeit von Elternhaus und Schule soll darum große Aufmerksamkeit geschenkt werden. Ihre Mitwirkung bei schulischen Angeboten ist ausdrücklich erwünscht.

Schülervertretungen sollen sich mit allen sie Schülerinnen und Schüler interessierenden Fragen befassen können. Schülerinnen und Schüler sollen im Unterricht in die Entscheidungen über die Auswahl der Unterrichtsstoffe und der Unterrichtsmethoden einbezogen werden.

## 6. Das Geld sinnvoll einsetzen

Die Umgestaltung der Schulstruktur in eine Gemeinschaftsschule dient auch dem Ziel, die Mittel für das öffentliche Schulwesen, das durch die Länder und die Kommunen aufgebracht wird, mit größtmöglichem Nutzen für alle einzusetzen. Wir gehen davon aus, dass so ein dichteres Schulnetz für weiterführende Bildungsgänge als mit dem gegliederten Schulwesen vorgehalten werden kann.

Durch zurückgehende Schülerzahlen frei werdende Mittel sollen genutzt werden, um die Bedingungen für Bildung weiter zu verbessern. Dazu gehören für uns sanierte Schulgebäude, eine angemessene bauliche Ausstattung sowie mit Lehr- und Lernmitteln, ausreichendes Lehrpersonal und zusätzliches pädagogisches Personal zur Begleitung der Bildungs- und Erziehungsarbeit.

Wir stehen auf dem Standpunkt, dass Schülerinnen und Schüler auch gleiche materielle Zugangsbedingungen zu Bildung haben müssen. Darum plädieren wir für die kostenlose Bereitstellung von Lehrbüchern und anderen Lehrmaterialien, eine für die NutzerInnen kostenlose Schülerbeförderung für Schülerinnen und Schüler der allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen.

Wir wissen, dass die öffentlichen Haushalte durch die Finanz- und Steuerpolitik der Bundesregierungen seit vielen Jahren stark belastet worden sind und Haushaltsspielräume dadurch stark eingeschränkt wurden. Darum können auch bei gutem Willen der Verantwortlichen in Parlamenten und Verwaltungen nicht alle diese Forderungen auf einen Schlag umgesetzt werden. Wir stehen jedoch dafür, bei Haushaltsentscheidungen den Fragen der Bildungsfinanzierung durch die öffentlichen Haushalte Priorität einzuräumen und der weiteren Privatisierung von Bildungskosten entgegenzuwirken.

Insgesamt sind wir sicher, dass die von uns angestrebten Veränderungen in der Schullandschaft in der gesellschaftlichen Gesamtrechnung auszahlt und sogar zusätzliche Mittel für den Einsatz in anderen Bildungsbereichen oder für andere soziale Aufgaben gewonnen werden können.

Hinweis:

Die Forderung nach dem Zusammenführen von Grund- und Sekundarschulen hat mindestens zwei Probleme:

- a) Sekundarschulen müssen, sollen sie individuelle Bildung ermöglichen und über ausreichendes Fachpersonal verfügen, eine relativ viele Klassen haben (mindestens zweizügig, alles andere muss die Ausnahme bleiben) Grundschulen sind in den Flächenländern oft nur einzügig und können auch nur so noch wohnortnah angeboten werden.
- b) Der freie Einzugsbereich für Sekundarschulen (von Thüringen gefordert) den wir aber auch wollen sollten, wenn Schulen sich inhaltlich profilieren sollen, widerspricht dieser geforderten Kontinuität von Grund- und Sekundarschulbildung ebenfalls, jedenfalls wenn man sie auch die einzelnen Schüler bezieht.

Regelungen, die nicht in allen Ländern vergleichbar vorkommen, können nur in verallgemeinerter Form aufgenommen werden. Hierzu zählen die speziellen Schulbezeichnungen ebenso wie die besonderen Entwicklungswege.

Rosemarie Hein

Gute Betreuungsangebote für alle Kinder - ein wichtiger Beitrag zur  
frühkindlichen Förderung und zur sozialen Integration  
- Standpunkte der Linkspartei.PDS -

Günstige Entwicklungsbedingungen für alle Kinder in ihren ersten Lebensjahren sind eine wesentliche Voraussetzung für die Sicherung wirklicher Chancengleichheit beim Zugang zu Bildung und Kultur. Bereits im frühen Kindesalter werden wichtige Weichen dafür gestellt, wie Lebenspläne reifen und realisiert werden können.

Daraus erwächst eine große Verantwortung nicht nur für die Eltern; auch die Gesellschaft als Ganzes muss besser dafür sorgen, dass die notwendigen Voraussetzungen für eine optimale Entwicklung der Kinder geschaffen werden können.

### 1. In Deutschland ist eine zunehmende Zahl von Kindern durch Armut bedroht.

Das Armutsrisiko verbindet sich in erschreckendem Maße mit Kindern. Der Kinderschutzbund hat im Sommer dieses Jahres festgestellt, dass mittlerweile 2,5 Millionen Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren auf Sozialhilfeniveau leben. Das Armutsrisiko wächst auch für Familien bisher mittlerer Statusgruppen. Die Logik, dass Reich immer reicher und Arm immer ärmer wird, muss aufgebrochen werden.

Wenn das vermeintlich gesellschaftlich Normale nicht mehr bezahlbar wird, führt das gerade für Kinder zu erheblichen Problemen. Für viele ist mit Armut auch der Ausschluss aus wichtigen sozialen und kulturellen Lebensbereichen verbunden. Gesundheitliche Risiken sind für diese Kinder größer. Die sich vertiefende soziale Spaltung der Gesellschaft spiegelt sich zunehmend auch hier wider. Bildungschancen werden eingeschränkt, Zukunftsperspektiven nachhaltig zerstört.

Kinderarmut ist kein Generationenproblem, kein Problem der Umverteilung zwischen Bürgerinnen und Bürgern mit Kindern und solchen ohne, es ist ein Problem der Gesellschaft. Die unterschiedliche Partizipation von Kindern schon im frühen Alter an Kultur und Bildung, die unterschiedlichen Milieus, in denen sie aufwachsen, der unterschiedliche Grad von Wärme und Zuwendung, die sie erfahren, wirken weit in ihre Lebenschancen hinein und drohen immer mehr, ihrerseits die soziale Segregation der Gesellschaft zu vertiefen.

Der umfassenden vorschulischen Förderung von Kindern durch Angebote der Bildung, Erziehung und Betreuung wird in den letzten Jahren von Öffentlichkeit und Wissenschaft wachsendes Interesse entgegengebracht. Für die Linkspartei.PDS ist die umfassende Förderung im frühen Kindesalter seit Jahren ein wichtiges Politikfeld. Heute gibt es einen deutlich breiteren gesellschaftlichen Konsens, dass der Bildung im Vorschulalter große Bedeutung für die gesamte Persönlichkeitsentwicklung zukommt. Gewachsen ist die Einsicht, dass in Deutschland auf diesem Gebiet mehr getan werden muss.

### 2. Der Anspruch auf umfassende Förderung ist ein Recht des Kindes.

In Übereinstimmung mit der UN-Konvention über die Rechte des Kindes, insbesondere des Artikels 3 und dem § 1 des Kinder- und Jugendhilfegesetzes, ist es für die Linkspartei.PDS ein verpflichtendes Gebot, dass alle Kinder das Recht auf umfassende Förderung haben und an Bildung und Erziehung in Gemeinschaft mit anderen Kindern auf freiwilliger Grundlage teilhaben können. Das muss unabhängig vom Geldbeutel der Eltern und unabhängig davon gewährt werden, inwieweit die Erziehungsberechtigten zeitlich und sachlich in der Lage sind,

die Betreuung, Bildung und Erziehung selbst zu gewährleisten. Wir sprechen uns gegen die Einführung einer Kita-Pflicht aus. Eltern sollen sich ganz bewusst für die Förderung ihres Kindes in einer Kindertagesstätte entscheiden können – ohne Zugangsbeschränkung und Bedarfsprüfung. Jedes Kind muss einen Ganztagsplatz beanspruchen können. Die Linkspartei.PDS tritt dafür ein, das Kinder- und Jugendhilfegesetz nach Geist und Buchstaben konsequent umzusetzen.

### 3. Kindertagesstätten sollen einen aktiven Beitrag zur Förderung von Kindern leisten.

Wenn Kindertagesstätten ihrer Verantwortung für soziale Chancengleichheit und Integration gerecht werden sollen, müssen sie nach Meinung der Linkspartei.PDS einen eigenständigen und aktiven Beitrag zu Bildung, Erziehung und Betreuung und damit zur Förderung der ihnen anvertrauten Kinder leisten. Sie sollen nicht nur, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf unterstützen.

Kindertagesstätten sollen als Bildungseinrichtungen profiliert werden. Förderung durch, Bildung, Erziehung und Betreuung sind dabei im Zusammenhang zu sehen. Die Linkspartei.PDS setzt sich für die Erarbeitung flexibler an der Entwicklung kindgerechter Bildungspläne für den Vorschulbereich in den Ländern ein.

In unserem Verständnis von Bildung und Erziehung im frühen Kindesalter wollen wir konsequent vom Kind, seinen sich entwickelnden Interessen und Bedürfnissen ausgehen. Jedes Kind ist einzigartig. Jedes will Schritt für Schritt auf individuelle Art und Weise die Welt begreifen und mitgestalten lernen. Erwachsene müssen lernen, Kinder ernst zu nehmen, ihnen Räume zu öffnen, in denen sie spielen, lernen und ihre Freundschaften gestalten können und Geborgenheit finden. So kann das Kind im Dialog mit Erwachsenen und gemeinsam mit anderen Kindern seinen Zugang zur Welt finden, sein Wissen von ihr und der eigenen Person entwickeln, sich als soziales Wesen begreifen lernen und die Strukturen seines Denkens entfalten.

Die Linkspartei.PDS favorisiert die gemeinsame Bildung, Erziehung und Betreuung von Kindern, ob behindert oder nicht behindert, ob deutscher oder anderer Muttersprache und unabhängig von ihrer sozialen Herkunft.

Aufgabe von Kindertagesstätten ist es, Benachteiligungen früh zu erkennen und auszugleichen, die besonderen Talente jedes Kindes zu entdecken und ihnen Raum zur Entfaltung zu geben.

Neben der Förderung der kognitiven und sprachlichen Fähigkeiten ist die Ausbildung von Gefühlen, Kreativität und Phantasie entscheidend.

Wir legen Wert auf ein vollwertiges und gesundheitsförderndes Speisenangebot in den Kindertagesstätten, auf eine altersentsprechende Gesundheitserziehung und -vorsorge. Kinder sollen lernen, wie man sich gesund ernähren kann.

Zu einer Kindereinrichtung, in der sich Kinder wohl fühlen, gehören auch vielfältige Möglichkeiten zur Bewegung, zu Sport und Spiel wie Räume zur Besinnung und Erholung.

Von Kindereinrichtungen müssen Kinder Besitz ergreifen können, sie mitgestalten. Das verlangt Ideenreichtum im Umgang mit dem Vorhandenen, eine kluge Architektur, wo Neues entsteht, und eine pädagogisch sinnvolle Ausstattung.

#### 4. Die pädagogische Qualität der Kinderbetreuung muss gesichert werden.

Für diese Arbeit ist besonders in den Kindertagesstätten eine ausreichende Anzahl qualifizierter Pädagoginnen und Pädagogen erforderlich. Die Linkspartei.PDS tritt dafür ein, schrittweise das Qualifikationsniveau der pädagogischen Fachkräfte anzuheben. Deshalb schlägt die Linkspartei.PDS vor, die Inhalte der Ausbildung von pädagogischen Fachkräften den gewachsenen Anforderungen anzupassen und das Niveau der Ausbildung von ErzieherInnen für Kindertageseinrichtungen auf Hochschulniveau anzuheben. Modelle in einigen Bundesländern, die ErzieherInnen-Ausbildung auf Fachhochschulniveau zu organisieren, unterstützen wir. Der Beruf der Erzieherin bzw. des Erziehers soll aus einer gewissen Perspektivlosigkeit herausgeführt, Brücken zwischen Berufsausbildung und Hochschulausbildung sollen geschlagen werden.

Die Linkspartei.PDS tritt darüber hinaus für den Ausbau der Fort- und Weiterbildungsangebote und des Erfahrungsaustauschs ein. Dazu müssen finanzielle Mittel und ein angemessener Zeitfonds zur Verfügung stehen.

Für die Arbeit in den Einrichtungen braucht es ein pädagogisches Beratungs- und Unterstützungssystem, Möglichkeiten für Konsultationen und Erfahrungsaustausch, eine Kultur der externen und internen Evaluierung.

Qualitätsstandards sollen für alle öffentlichen Angebote der vorschulischen Förderung gelten, gleich ob in Kindertagesstätten, bei Tagesmüttern, in Kinderkreisen oder anderen Formen.

#### 5. Kita, Schule und Eltern sollen enger zusammenrücken.

Das Zusammenwirken der öffentlichen und freien Kinder- und Jugendhilfe, die Koordination der verschiedenen Verantwortungsebenen soll verbessert werden. Das gilt auch für das konkrete Miteinander von Eltern, Kindertagesstätte, Schule und Jugendhilfe vor Ort.

Vor allem die Arbeit im letzten Kindergartenjahr vor der Einschulung muss inhaltlich mit den Grundschulen abgestimmt werden. Besondere Beachtung verdienen dabei die flexiblen Schuleingangsphasen, wie sie in einigen Bundesländern praktiziert werden. Ziel ist es dabei, Kindern mit unterschiedlichen Lernausgangslagen in einem Zeitraum von ein bis drei Jahren ohne die Gefahr des Sitzenbleibens individuell soweit zu fördern, dass sie erfolgreich in die dritte Klasse wechseln können.

#### 6. Ein bedarfsgerechtes Netz von Kindertagesstätten in Stadt und Land ist nötig.

Um all diese Aufgaben gut erfüllen zu können, braucht es überall niveauvolle, vielfältige und gut erreichbare wie bedarfsgerechte Angebote zur Bildung, Erziehung und Betreuung der Kinder. Dabei finden die Angebote von Tagesmüttern und Tagesvätern, die über eine den Fachkräften in den Kindereinrichtungen vergleichbare Ausbildung verfügen, genauso einen anerkannten Platz wie betriebliche Kindergärten. Die Linkspartei.PDS plädiert für ein ausgewogenes Angebot von Kindereinrichtungen in kommunaler und freier Trägerschaft.

Für die gesamte Bundesrepublik trifft immer noch zu, dass die Aufwendungen für die frühkindliche Entwicklung hinter den Standards der OECD-Länder deutlich zurückbleiben. Noch 16 Jahre nach der deutschen Einheit haben Kinder in Ost und West sehr unterschiedliche Möglichkeiten, Bildungsangebote im frühen Kindesalter nutzen zu können. Zwar liegt der Versorgungsgrad mit Kindertagesstättenplätzen für die Drei- bis Sechsjährigen in den westlichen Bundesländern inzwischen bei 80 bis 90 %, aber weniger als ein Viertel davon wird



als Ganztagsplatz angeboten. Während in den östlichen Bundesländern für fast 40 % der unter Drei-Jährigen ein Platz zur Verfügung steht, haben im Westen nur ca. 10 % der Kinder diesen Alters eine solche Chance. Wenn, wie das Gesetz es vorschreibt, bis zum Jahre 2010 für alle Kinder in Ost und West ein bedarfsgerechtes Angebot aufgebaut werden soll, muss es erhebliche Anstrengungen insbesondere in den westlichen Bundesländern geben.

In den neuen Bundesländern gibt es immer noch ein relativ dichtes Einrichtungsnetz. Es steht im Wesentlichen solide qualifiziertes Personal in großer Zahl mit einem reichen Erfahrungsschatz zur Verfügung. Darüber hinaus kann auf verbreitete Akzeptanz zu Bildungsangeboten in Kindereinrichtungen und auf frühere Bildungskonzepte für den Kindergarten zurückgegriffen werden. Allerdings wirken sich die zunehmenden Defizite in den öffentlichen Haushalten der Länder und Kommunen auch hier negativ auf die Angebotsstruktur aus.

In den alten Bundesländern hat sich eine breitgefächerte Trägervielfalt über lange Jahre herausgebildet. Damit ist oft die Entwicklung großen Engagements der Bürgerinnen und Bürger, ein hoher Grad der Identifikation mit ihren Einrichtungen und die Entwicklung und Erprobung verschiedener pädagogischer Konzepte verbunden.

Es ist sinnvoll, die Erfahrungen aus West und Ost zusammenzuführen. Im gesamtdeutschen Kontext sehen wir den Schwerpunkt im Aufbau leistungsfähiger Angebotsstrukturen in den westlichen Bundesländern und die Sicherung und Weiterentwicklung der quantitativ und qualitativ noch bestehenden Struktur der Tagesbetreuung in den neuen Bundesländern.

#### 7. Gute vorschulische Förderung erfordert verlässliche öffentliche Finanzierung

Das finanzielle Engagement in der Bundesrepublik auf dem Gebiet frühkindlicher Bildung, Erziehung und Betreuung muss insgesamt erhöht, der Anschluss an das Niveau anderer erfolgreicher europäischer Länder muss gefunden werden. An der Erweiterung und Ausgestaltung der Angebote im frühen Kindesalter müssen sich Bund, Länder und Kommunen stärker beteiligen. Es ist das Ziel der Linkspartei.PDS, dass diese Angebote schrittweise, beginnend mit einem Vorschuljahr und der Hortbetreuung, unentgeltlich zur Verfügung gestellt werden.

Die öffentliche Finanzierung soll für ein enges Netz bedarfsgerechter Angebote sorgen, das vom ersten Lebensjahr an in ganz Deutschland allen Kindern in hoher Qualität zur Verfügung steht. Öffentliche und freie Träger müssen ausreichende Spielräume haben, damit sich ein plurales Angebot entwickeln kann, das den Eltern ein Wunsch- und Wahlrecht garantiert. Ziel ist es, dass bundes- und europaweit vergleichbare, qualitativ hochstehende Standards der Bildungsqualität erreicht werden. Der Anteil höher qualifizierten Personals muss schrittweise gesteigert werden und Mittel zur Qualitätssicherung, für pädagogische Beratungs- und Unterstützungssysteme sowie für die Fort- und Weiterbildung des Personals müssen ausreichend zur Verfügung stehen.

#### 8. Familien müssen gestärkt werden.

Die Linkspartei.PDS geht von einem modernen Familienbild aus, das alle Formen des Zusammenlebens mit Kindern umfasst: Neben den traditionellen Familien gehören vielfältige Formen von Lebensgemeinschaften und Alleinerziehende dazu. Wir erachten es für eine wichtige Aufgabe, Erziehende bei der Bildung, Erziehung und Betreuung ihrer Kinder zu unterstützen, damit sie ihr hohes Recht und ihre große Verantwortung, die im Grundgesetz verankert sind, wahrnehmen können. Vor allem diejenigen, die mit Kindern leben, die Verantwort-

tung für ihr Aufwachsen übernommen haben, brauchen in erster Linie soziale Sicherheit und die Perspektive einer lohnenden Entwicklung für die ganze Familie. Gleichzeitig erwarten immer mehr Familien kompetenten Rat und Hilfe zu Erziehungs-, Bildungs- und Lebensfragen. Auch dafür sind qualifizierte und gut erreichbare öffentliche Angebote nötig. Kindertageseinrichtungen müssen hier eine verantwortungsvolle Aufgabe wahrnehmen.

Die Linkspartei.PDS hält es darüber hinaus für geboten, Angebote für Kinder auch in einer solchen Form vorzuhalten, dass Väter und Mütter und alle, die mit Kindern zusammenleben, nicht nur ihre Aufgaben in einer zunehmend flexibilisierten Arbeitswelt erfüllen, sondern auch sozial, politisch und kulturell an der Gesellschaft teilhaben können. Dazu sind flexible Angebote, Angebote auch außerhalb der üblichen Betreuungszeiten bedarfsgerecht auszubauen.

#### 9. Wir unterstützen breite Bündnisse für ein kinderfreundliches Land.

Ob in Regierungsverantwortung oder in der Opposition trägt die Linkspartei.PDS dazu bei, Bildung, Erziehung und Betreuung von Kindern eine hohe Priorität zu geben. Sie nutzt ihre Möglichkeiten, die Arbeit der Jugendhilfe auf Landes- und kommunalpolitischer Ebene zu qualifizieren, Jugendhilfe und Bildungsbereich enger miteinander zu verbinden, Lösungswege für brennende Probleme zu finden und über Ländergrenzen zu propagieren.

Die Linkspartei.PDS initiiert und unterstützt breite gesellschaftliche Bündnisse, die sich für die qualitative Entwicklung und den Ausbau von öffentlichen Angeboten zur Förderung von Kindern engagieren. Das schließt kritische Positionen zu konkreten Forderungen einzelner Bündnispartner nicht aus. Sie tritt entschieden den neoliberalen Reformbestrebungen entgegen, die Sozialschwächere benachteiligen und vor allem Kinder schon früh soziale Notlagen und Konflikte spüren lassen und sie ausgrenzen.

Die Linkspartei.PDS verbündet sich mit allen, denen gute Bildung, Erziehung und Betreuung der Kinder am Herzen liegen. Dazu gehören in erster Linie Eltern, Erzieherinnen und Erzieher, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler und viele andere. Vor allem aber tritt sie dafür ein, dass Kinder selbst gehört werden, sich artikulieren können und ihr junges Leben demokratisch mitgestalten.

Seit Jahren scheint ein primäres Ziel der hochschulpolitischen Bemühungen auf Bundes- und Länderebene die Erhöhung der Studierendenquote zu sein. Die reale Politik weist aber in eine andere Richtung. So wird der Zugang zur Hochschule immer weiter eingeschränkt, statt ausgebaut: Die Einführung von Studiengebühren in einigen Bundesländern, die zunehmende Aushöhung des BAföG durch die Große Koalition und immer schärfere Zulassungsbedingungen stellen weitere Hürden bei der Aufnahme eines Studiums dar. Die Linkspartei.PDS fordert ein gebührenfreies Studium und eine elternunabhängige, repressionsfreie Grundsicherung. Der Zugang zum Studium muss ausgeweitet werden. Zulassungsbeschränkungen zum Master lehnen wir ab.

### 1. Soziale Öffnung

Ausbildungsförderung reformieren und ausbauen

Studieren muss finanzierbar sein - unabhängig vom Geldbeutel der Eltern. Mit der Einführung des BAföG als Vollzuschuss für Studierende und einer umfassenden Förderung für Schülerinnen und Schüler stieg der Anteil der Studierenden aus so genannten bildungsfernen Schichten in den 70er Jahren immerhin auf über 20 Prozent. Heute ist ihr Anteil nur noch halb so groß. Um Chancengleichheit bei der Aufnahme eines Studiums zu erreichen, brauchen wir dringend eine Reform des BAföG: Kurzfristig müssen die Bedarfssätze und Freibeträge den Realitäten entsprechend nach oben angepasst werden.

Mittelfristig fordert die Linkspartei.PDS eine Umwandlung des BAföGs in eine elternunabhängige Grundsicherung, die als Vollzuschuss gezahlt wird. Das BAföG soll ferner zu einer bildungsbereichsübergreifenden Förderung ausgebaut werden: Nicht nur Studierende, sondern auch deutlich mehr Schülerinnen und Schüler in der Sekundarstufe II sowie Erwachsene in der Weiterbildung müssen in den Kreis der Anspruchsberechtigten aufgenommen werden.

Konsequent gegen Studiengebühren

Studiengebühren sind sozial ungerecht. Wenn Hochschulen Eintritt kosten, bleiben sie vielen Menschen verschlossen. Bildungskredite sind hier keine Lösung: Der absehbare Schuldenberg schreckt vor allem diejenigen ab, die nicht auf ein finanzstarkes Elternhaus zurückgreifen können. Sie sind eine Hypothek auf die eigene Zukunft, die unfrei macht und eine selbst bestimmte Studien- und Berufswahl verhindert. Die Linkspartei.PDS lehnt Studiengebühren aber nicht nur aus sozialpolitischen Gründen ab: Bildung ist keine Ware, sondern ein öffentliches Gut und eine wichtige Grundlage für demokratische Teilhabe und gesellschaftlichen Fortschritt. Studiengebühren drängen allgemein bildende Anteile im Studium und kritische Wissenschaft zurück - dies gilt für allgemeine Gebühren und Studienkontenmodelle gleichermaßen.

## Durchlässigkeit statt biographischer Sackgassen

Die Hochschulen sollen Menschen nicht aussortieren, sondern qualifizieren. Die Linkspartei.PDS setzt sich daher für den Abbau von Hürden im Studium ein. Das zweistufige Studiensystem darf nicht zu einem Zwei-Klassen-System werden nach dem Motto: Bachelor für die Masse, Master für die Elite. Stattdessen müssen alle Studierenden so gefördert werden, dass möglichst viele den Masterabschluss erreichen.

Die Hochschulen müssen sich außerdem für Menschen mit Berufsabschluss öffnen. Die Debatten um den nationalen und den europäischen Qualifikationsrahmen müssen dafür genutzt werden, die Durchlässigkeit des Bildungssystems zu erhöhen und neue Bildungswege möglich zu machen. Hierfür müssen Zulassungsverfahren geschaffen werden, die weder nach sozialem Hintergrund, noch nach Geschlecht diskriminieren. Die Linkspartei.PDS setzt sich für eine bundesweit einheitliche Anerkennung eines Berufsabschlusses als fachgebundene Zulassungsvoraussetzung an Hochschulen ein.

## 2. Hochschulkapazitäten ausbauen

### Die Unterfinanzierung beenden

Die Hochschulen in Deutschland sind chronisch unterfinanziert. Es fehlt an Personal, an Räumen, an Büchern, Lehr- und Lernmitteln. Andere Länder machen uns vor, wie man mit mehr Ausgaben für die Bildung mehr Menschen an die Hochschulen bringt und soziale Hürden abbaut. Die Linkspartei.PDS setzt sich deshalb für eine deutliche Erhöhung der Bildungsausgaben ein, um auch die Hochschulen besser auszufinanzieren

**Der von Bundesbildungsministerin Annette Schavan auf den Weg gebrachte „Hochschulpakt“** ist mit der versprochenen einen Milliarde Euro längst nicht ausreichend umgesetzt. Es wird verschleiert, dass zahlreiche Bundesprogramme im Hochschulbereich keine Fortsetzung finden - hiermit stehen sowohl Programme zur Frauenförderung an Hochschulen als auch die Fachhochschulstrukturförderung in Frage. Der geplante Hochschulpakt wird also kaum zusätzliche, sondern lediglich Kompensationsmittel bringen. Durch die steigende Zahl Studieninteressierter aus starken Schuljahrgängen benötigen die Hochschulen aber zusätzliche Mittel. Andernfalls wird die Studierendenquote im internationalen Vergleich unter dem Durchschnitt bleiben.

### Mehr Studienplätze

Da seit Jahren zigtausende Studienplätze fehlen, haben die Hochschulen mittlerweile fast flächendeckend Zulassungsbeschränkungen eingeführt. Vielfach öffnet nur noch ein Einser-Abi den Weg an die Hochschule. Diese Situation ist mit dem Recht auf freie Berufswahl nicht vereinbar. Die Linkspartei.PDS tritt daher für einen massiven Ausbau der Studienplatzkapazitäten und einen Abbau von Zulassungsbeschränkungen ein.

### Bundesweite Verantwortung statt Wettbewerbsföderalismus

Die Linkspartei.PDS tritt für eine gemeinsame Bildungsplanung von Bund und Ländern ein. Bildungspolitik darf nicht als 'Wettbewerb um die besten Köpfe' verstanden werden. Stattdessen brauchen wir Möglichkeiten, die Hochschullandschaft als wichtigen Faktor regionaler

sowie gesamtgesellschaftlicher Entwicklung in öffentlicher Verantwortung zu gestalten und Hochschulen in strukturschwachen Regionen gezielt zu fördern.

Mit der beschlossenen Föderalismusreform sind Bundesprogramme im Hochschulbereich nur noch dann möglich, wenn alle sechzehn Bundesländer hierfür eine Einigung mit dem Bund erzielen. Diese Hürde ist deutlich zu hoch. Die Linkspartei.PDS befürchtet, dass der Bund sich zukünftig auf seine Kompetenz zur Förderung der Forschung zurückzieht und die Hochschullehre allein den Ländern überlässt. Deshalb setzen wir uns perspektivisch für ein Bundesbildungsgesetz ein, das alle Bildungsbereiche umfasst.

### 3. Qualitative Studienreform

#### Bildung und Forschung für gesellschaftlichen Fortschritt

Hochschulen sind Teil der Gesellschaft und damit in gesellschaftliche Entwicklungen und Auseinandersetzungen eingebunden. Sie müssen ein Ort sein, an dem Lösungen für gesellschaftliche Probleme erarbeitet und Grundlagen für gesellschaftlichen Fortschritt entwickelt werden. Dazu gehört auch, dass Hochschulen gesellschaftliche Entwicklungen kritisch hinterfragen und Alternativen sichtbar machen.

Akademische Bildung darf daher weder im Elfenbeinturm erfolgen, noch darf sie sich allein an ihrer kurzfristigen Verwertbarkeit auf dem Arbeitsmarkt messen lassen. Ein Studium muss Menschen in die Lage versetzen, an ihrem späteren Arbeitsplatz soziale, ökologische und gleichstellungspolitische Veränderungen einzuleiten und gesellschaftliche Entwicklungen aktiv mitzugestalten.

#### Solidarisches Lernen statt Ellenbogen

Durch den Abbau von Studienplätzen, Ranking-Noten und neuen Auslesemechanismen werden die Studierenden zunehmend in Konkurrenz zueinander gesetzt. Die Linkspartei.PDS tritt gegen diese Entwicklung und für solidarische Lernformen ein. Bildung lebt davon, dass Wissen weitergegeben, geteilt und gemeinsam fortentwickelt wird. Wenn Studierende ein strukturelles Interesse daran haben, dass ihre Kommilitoninnen und Kommilitonen möglichst weniger wissen als sie selbst, wird ein wechselseitiger Austausch systematisch behindert. Ein produktiver Lernprozess kann dagegen nur durch ein gemeinsames Erkenntnisinteresse befördert werden.

#### Eigenständige Studiengestaltung

Die Studienorganisation muss individuelle und interdisziplinäre Studienwege möglich machen. Hierzu brauchen wir zum einen flächendeckend die Möglichkeit eines Teilzeitstudiums. Zum anderen müssen wir derzeit beobachten, dass im Zuge der Umstellung auf das Bachelor-/Masterstudienystem vielerorts interdisziplinäre Studienanteile mit Hinweis auf den möglichen Fachwechsel nach dem Bachelor abgeschafft oder zumindest stark eingeschränkt werden. Die Fächer fallen damit in eine fast überwunden geglaubte disziplinäre Abschottung zurück. Für den Großteil der Studierenden bleibt der Blick in andere Disziplinen somit verschlossen, denn zum Master soll nur ein Bruchteil der Bachelor-AbsolventInnen zugelassen werden. Die Linkspartei.PDS lehnt diese Entwicklung ab und tritt für flexible Studienstrukturen und eine eigenständige Studiengestaltung ein.

#### 4. Öffentliche Verantwortung und Demokratisierung

Die Linkspartei.PDS setzt sich für die Stärkung der öffentlichen Verantwortung für die Hochschulen ein. Zunehmende Privatisierungstendenzen – sei es über Public Private Partnership-Modelle, die Umwandlung der Trägerschaft in Stiftungshochschulen oder den Aufbau von privaten Hochschulen – weisen wir zurück. Eine öffentliche Verantwortung und eine demokratische Organisation der Hochschulen garantiert eine kritische Gestaltung der Wissenschaft.

Kritische Wissenschaft und demokratisch verfasste Hochschulen gehen Hand in Hand. Die Linkspartei.PDS fordert daher, die akademischen Gremien zu stärken und diese den Statusgruppen nach paritätisch zu besetzen. Die von neoliberalen Organisationen geforderte Entmachtung der akademischen Gremien und die Stärkung der Leitungsebenen lehnen wir ab. Wir fordern stattdessen demokratische Hochschulen.

Studierende als größte Mitgliedergruppe an den Hochschulen müssen das Recht zur Mitbestimmung haben. Die Linkspartei.PDS fordert die Einführung von Verfassten Studierendenschaften mit politischem Mandat in allen Bundesländern. Wir halten es für falsch, Studierenden über das Verbot allgemeinpolitischer Äußerungen einen Maulkorb zu verpassen. Eine Trennung zwischen hochschulpolitischen und allgemeinpolitischen Fragestellungen ist nicht möglich. Hochschulpolitische Entscheidungen müssen und können nur vor dem Hintergrund ihrer gesellschaftlichen Auswirkungen diskutiert werden.

#### 5. Geschlechtergleichstellung

In den letzten Jahren stieg der Anteil von Studentinnen an Hochschulen auf mehr als die Hälfte. Trotzdem sinkt ihr Anteil im Laufe einer weiteren wissenschaftlichen Laufbahn auf einen Anteil von unter 10 Prozent bei den C4-Professuren. Forschungsgegenstände sind immer noch häufiger solche, die tendenziell in der Lebensrealität von Männern verortet sind. Die Linkspartei.PDS fordert deshalb die Fortsetzung und den Ausbau von Förderprogrammen für Frauen in Wissenschaft und Forschung. Unter anderem muss das Hochschulsonderprogramm „**Chancengleichheit von Frauen in Forschung und Lehre**“ fortgesetzt werden. Daneben setzen wir uns für klare Quotierungen bei der Besetzung von Professuren und anderen akademischen Stellen an den Hochschulen ein.

Die Linkspartei.PDS kritisiert, dass die aktuelle Politik der Großen Koalition im Hochschulbereich bereits erreichte gleichstellungspolitische Erfolge zurückdreht und die Benachteiligung von Frauen verschärft. Das gilt beispielsweise für Rückzahlungsmodalitäten bei Studienkrediten, bei denen Frauen durch ihre im Durchschnitt wechselhaftere Arbeitsbiographie und geringere Entlohnung benachteiligt werden. Auch von Zulassungsbeschränkungen zum Master werden vor allem Frauen zu einem Kurzzeitstudium veranlasst.

#### 6. Internationalisierung

Wissenschaft lebt von internationaler Kooperation. Die Linkspartei.PDS begrüßt deshalb die Internationalisierung der Hochschulen. Wir lehnen es aber ab, diese unter den Vorzeichen von **Bildungsmarketing und einem „Kampf um die besten Köpfe“ zu gestalten. Mit einer solidarischen grenzüberschreitenden Bildung und Wissenschaft haben diese Tendenzen nichts zu tun.**

Ein erster Schritt zu einer solidarischen Internationalisierung der Hochschulen sind bessere Studienbedingungen für ausländische Studierende. Insbesondere müssen Studierende aus Nicht-EU-Staaten die Möglichkeit zu einem Studium in der Bundesrepublik haben. Einführende Sprachkurse, Beratungsangebote sowie die für ausländische Studierende zur Verfügung stehenden Studienplätze sind auszubauen. Gebühren für einen „erhöhten Betreuungsaufwand“ ausländischer Studierender weisen wir scharf zurück. Um ausländischen Studierenden ein Studium zu ermöglichen, sind Reformen beim Aufenthaltsrecht zwingend erforderlich. Unter anderem muss ausländischen Studierenden die Arbeitsaufnahme erlaubt werden. Für viele Studierende ist dies die einzige Möglichkeit, ihren Lebensunterhalt während des Studiums zu verdienen. Außerdem müssen die Möglichkeiten zur Verlängerung des Aufenthaltes massiv ausgeweitet werden.

Die Linkspartei.PDS setzt sich dafür ein, dass Auslandsaufenthalte während des Studiums erleichtert werden. Dazu müssen nicht nur Anerkennungsregeln vereinfacht, sondern vor allem auch die sozialen Rahmenbedingungen verbessert werden: Es ist falsch, nur Studierenden aus reichen Elternhäusern einen Auslandsaufenthalt zu ermöglichen. Ein wichtiger Schritt zur Förderung von Auslandsaufenthalten für alle ist die Verbesserung des Auslands-BAföG.

Informationsvorlage im Parteivorstand DIE LINKE 22.1.2007  
Eingereicht: Nele Hirsch, Rosemarie Hein

### Präambel

Ausbildung hat zum einen die Funktion der Vorbereitung und Befähigung für einen Beruf und die Arbeitswelt, die Absicherung der Lebens- und Zukunftsplanung für junge Menschen zu gewährleisten als auch Selbstentfaltung und Persönlichkeitsentwicklung zu ermöglichen. **Zum anderen ist sie Sozialisationsinstrument für das Erleben und Umsetzen „Guter Arbeit“ und damit Weiterentwicklung von Gesellschaft.**

Berufsausbildung betrifft 70 Prozent der Menschen direkt, das heißt 70% aller Menschen **durchlaufen in ihrem Leben eine „klassische“ Berufsausbildung.** Politik in einem System dualer Ausbildung wie in Deutschland begibt sich in ein besonderes Spannungsfeld von unternehmerischen Interessen mit einer möglichst hohen Profitspanne, dem Recht des einzelnen auf ein menschenwürdiges Leben und dem Ziel eines hohen Bildungsniveaus zum Wohle aller. Linke Politik in einem neoliberalen Zeitgeist und unter den Bedingungen neoliberal geprägter Wirtschaftspolitik kann nicht heißen, die Durchkapitalisierung aller Lebensbereiche zu unterstützen, die Verwertungslogik in kapitalistischer Denkweise zu fördern oder sich der Zerstörung des gesellschaftlichen Lebens durch soziale Spaltung und Flexibilisierung der Produktion anzuschließen.

Es gilt aber im derzeitigen Wirtschaftssystem Bedingungen zu schaffen, die tatsächliche Verbesserungen im Leben jeder und jedes einzelnen spürbar machen. Die Diskussion um ausreichende Ausbildungsplatzkapazitäten und ihre Qualität muss zuerst im Sinne der Perspektiven junger Menschen und Gesellschaft im allgemeinen geführt werden und darf keine Verständnisdebatte für nicht ausbildende Unternehmen sein. Aufgaben und Forderungen einer linken Politik im Ausbildungsbereich müssen an den Interessen der Auszubildenden ansetzen – im Mittelpunkt steht der Mensch, nicht das Unternehmen. Dass Eigentum verpflichtet, bildet sich schon im Grundgesetz ab. Immer mehr Jugendliche suchen vergeblich nach einem Ausbildungsplatz. Nur noch jedes vierte Unternehmen bildet aus. Von den Bewerberinnen und Bewerbern in 2008 waren fast 400.000 bereits seit über einem Jahr auf der Suche nach einem Ausbildungsplatz. Mit dieser Zahl hat die Ausbildungspolitik einen neuen Negativrekord erreicht. Der Ausbildungspakt von Bundesregierung und Wirtschaft ist ein Scheitern in Serie. Und die Notprogramme, mit denen die Bundesregierung reagiert, werden allzu oft zu Abstellgleisen für benachteiligte Jugendliche. Die Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise für den Ausbildungsmarkt stehen noch vor uns.

**Konkrete Leitlinien für eine linke Ausbildungspolitik, beschreiben Maßstäbe, die an „Gute Arbeit“ anzulegen sind: Der Mensch ist der Maßstab von Arbeit, nicht der flexible abhängig Beschäftigte.** Unbefristete und sozial- und arbeitsrechtlich abgesicherte Beschäftigungsverhältnisse sind die Grundlage für Lebens- und Zukunftsplanung. Die Benachteiligung von Frauen entbehrt (nicht nur im Arbeitsbereich) jeder Basis, Männer und Frauen müssen gleichberechtigt an Arbeit teilhaben können. Von Arbeit muss man in Menschenwürde leben können, dass bedeutet u.a. Mindestlöhne bundesweit einzuführen. Ein nicht zu vernachlässigendes Kriterium für „Gute Arbeit“ ist die **Stärkung der kollektiven Mitbestimmung und die Stärkung der Rechte von Gewerkschaften und Betriebsräten.** Die qualitativ hochwertige duale Ausbildung ist aus linker Perspektive ein entscheidender Ansatzpunkt, um „Gute Arbeit“ dauerhaft zu



festigen und zur gesellschaftlichen Selbstverständlichkeit auszubauen. Karrierewünsche Jugendlicher müssen dabei als völlig berechtigte Zukunftssicherung und gleichzeitige Bereicherung von Gesellschaft angesehen werden. Die intrinsische Motivation zu Mitbestimmung und Demokratisierung von Arbeits- und Produktionsprozessen sollte Ergebnis einer engen und bewussten gewerkschaftlichen Sensibilisierung Jugendlicher in einer Ausbildung sein.

### „Leitlinien linker Ausbildungspolitik“

1. Das Ziel linker Ausbildungspolitik orientiert sich am **Konzept einer „Guten Ausbildung“ als biografisch betrachtetem Vorläufer „Guter Arbeit“**. Sie will das Recht aller jungen Menschen auf ein selbstbestimmtes Leben und auf berufliche Teilhabe an der Gesellschaft sowie das Interesse der Gesamtgesellschaft an qualifizierten, selbstbewussten und selbstbestimmten Menschen gegen die Dominanz der Verwertungsinteressen des Kapitals durchsetzen. Das bedeutet, das Recht auf Ausbildung verbindlich zu verankern und jedem und jeder eine seinen/ihren Fähigkeiten und Interessen entsprechende berufliche Erstausbildung zu ermöglichen. „Gute Ausbildung“ bedeutet dabei, eine umfassende und moderne Ausbildung zu erfahren, die nach Maßstäben der Jugendlichen die Verwirklichung eigener Interessen und Neigungen, transparente Entwicklungsmöglichkeiten und guten Verdienst mit einem vollwertigen und anerkannten Abschluss verbindet.
2. Die LINKE tritt für ein Recht aller Jugendlichen ein, die berufliche Erstausbildung gebührenfrei zu absolvieren. Alle Auszubildenden in betrieblicher wie in staatlicher Ausbildung haben das Recht auf eine Ausbildungsvergütung. Schulgebühren jeder Art sind auszuschließen. Für in dualer Ausbildung Befindliche werden bundesweit einheitlich Mindestausbildungsentgelte geregelt. Mitbestimmung im Ausbildungsunternehmen und in der Berufsschule ist zu gewährleisten, gewerkschaftliches und gesellschaftliches Engagement zu befördern. Die Nutzung von Auszubildenden als billige Arbeitskräfte ist auszuschließen. Deshalb will die LINKE eine duale Ausbildung unter staatlicher Aufsicht, um Scheinausbildung zu verhindern und die Qualität der beruflichen Bildung von neutraler Stelle zu beaufsichtigen und zu unterstützen.
3. Als Kern beruflicher Ausbildung betrachtet die LINKE nach wie vor das duale Ausbildungssystem mit seinen Vorzügen einer praxisnahen Ausbildung. Es wird ergänzt durch voll berufsqualifizierende schulische Ausbildungsgänge. Über die Entwicklung neuer Berufsbilder und einen in Abstimmung mit Akteuren, Wissenschaft und Sozialpartnern geführten qualitativen Prozess wird es inhaltlich ständig an neue Erfordernisse angepasst. Innerhalb der dualen Ausbildung ist die Stellung der Berufsschule deutlich zu stärken. Gleichzeitig gilt es, den kaum überschaubaren Bereich alternativer Ausbildungsformen zu ordnen und zu entwickeln, wobei die Erfüllung qualitativer Parameter wie reale und möglichst breite Einsetzbarkeit der Abschlüsse, hohe Qualität erworbener Spezial- und Allgemeinbildungen und Stärkung von Sprach- und Sozialkompetenzen Voraussetzung für die Anerkennung von Bildungsgängen werden müssen. Es ist zu prüfen, ob beispielsweise im Dienstleistungsbereich duale Berufsbilder geschaffen werden können. Die Verantwortung für die Berufsbildung soll grundsätzlich in die Hände des Bundes gelegt werden.
4. Die Übergänge aus der Schule in die Ausbildung und aus der Ausbildung in die Berufstätigkeit oder in eine weitere Bildungsphase sind derzeit immer noch von unzähligen Barrieren geprägt. Bildungsgänge, die nicht berufsqualifizierend sind oder sich nicht auf

berufsqualifizierende Bildungsgänge beziehen, sind abzuschaffen. Schulisch erworbene Qualifikationen müssen im Ausbildungssystem anerkannt werden. Wer eine Berufsausbildung abgeschlossen hat, soll auch studieren dürfen - hierzu braucht es ein Hochschulzulassungsgesetz auf Bundesebene. Erforderlich ist hierzu auch eine engere Kooperation der verschiedenen Akteure im Ausbildungsprozess. Die Angebote der Berufs- und Bildungsberatung müssen deutlich ausgebaut werden, Berufsorientierung muss in den allgemeinbildenden Schulen flächendeckend zum Angebot gehören. Praktika müssen gesetzlich geregelt werden, damit sie nicht länger als Deckmantel für Dumping-Löhne für Berufseinsteigerinnen und -einsteiger missbraucht werden. Damit Fort- und Weiterbildung unabhängig vom Geldbeutel zugänglich sind, muss das Meister-BAföG zu einem Erwachsenen-BAföG ausgebaut werden. Für Berufserfahrene ohne Hochschulzugangsberechtigung ist der Zugang zu Hochschulen bundesweit einheitlich zu regeln.

5. Im Europäisierungsprozess der beruflichen Bildung wendet sich die LINKE gegen die eindimensionale Ausrichtung von Bildungsinhalten auf die kurzfristige Verwertbarkeit auf dem Arbeitsmarkt und eine überhastete Verregelung der Bildungsqualifikationen mit einem ausufernden Zertifizierungsgeschäft mit großen Risiken für Beschäftigte und Auszubildende. Die Entwicklung eines nationalen Qualifikationsrahmens muss die europäische Anschlussfähigkeit der dualen Ausbildung gewährleisten. Sie muss dazu genutzt werden, berufliche Abschlüsse europaweit anzuerkennen, soziale Ungleichheit abzubauen und eine verbesserte Durchlässigkeit von beruflicher und akademischer Bildung zu erreichen. Die europäische Debatte muss genutzt werden, um Berufliche Bildung und ihre tatsächliche Einbindung in die vor- und nachgelagerten Bildungsbereiche zu fördern.
6. Die berufliche Erstausbildung legt die Grundlage für individuelle Bildungswege und Erwerbsbiographien. Die Qualität der Ausbildung hat daher oberste Priorität. Um allen Jugendlichen eine gute Ausbildung bieten zu können, braucht es unter anderem eine bessere finanzielle Ausstattung der Schulen, mehr und gut ausgebildete Lehrerinnen und Lehrer, bessere Beschäftigungsbedingungen und Fortbildungsmöglichkeiten. Alle Berufsschulen sind in die Lage zu versetzen, auf die spezifischen Bedürfnisse von Menschen mit Behinderung einzugehen und den im Einzelfall erforderlichen sonderpädagogischen Förderbedarf sicherzustellen. Eine Reform des Ausbildungssystems muss sicherstellen, dass jedes Ausbildungsprogramm auch berufliche Perspektiven eröffnet. Dazu gehört auch, die Breite der Berufspalette zu hinterfragen und gegebenenfalls Kernberufe anzustreben.
7. Die Kammern sind als Körperschaften des öffentlichen Rechts ‚zuständige Stelle‘ im Sinne des Berufsbildungsgesetzes. Ihre Aufgabe ist es, die Berufsbildung zu fördern und die Durchführung zu überwachen. Gleichzeitig verstehen sich die Kammern als Interessenvertreter der Arbeitgeberseite. Diese Doppelfunktion hat sich nicht bewährt. Die Linke fordert deshalb, die Beratungs- und Überwachungsfunktion einer neutralen Institution zu übertragen. Diese neutrale Institution soll sowohl die Ausbildungsfähigkeit der Unternehmen als auch die Qualität der Ausbildung überwachen. Die Qualitätssicherung der beruflichen Bildung ist eine öffentliche Aufgabe und sollte von den Akteuren der beruflichen Bildung gemeinsam wahrgenommen werden. Die Gremien der Institution sollen daher paritätisch besetzt werden. Bis dieses Ziel erreicht ist, soll die Demokratisierung innerhalb bestehender Strukturen vorangetrieben werden. Dazu gehören die klaren Kompetenzen der Berufsbildungsausschüsse in wichtigen Fragen der beruflichen Bildung, ein-

schließlich der Kontrolle der Ausbildungsbetriebe, der Klagemöglichkeit aller Bänke und stärkere Einflussnahme auf das Prüfungswesen und die Personal- und Finanzhoheit.

8. In der beruflichen Bildung sollen inklusive Angebote für Menschen mit Behinderungen Vorrang haben. Eine qualifizierte Berufsausbildung ist für junge Menschen mit Behinderung besonders notwendig. Das Menschenrecht, Beruf, Ausbildungsstätte und Arbeitsplatz frei wählen zu können, darf spätestens mit dem Beschluss der Bundesregierung, die UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen zu ratifizieren, kein rein theoretischer Anspruch bleiben. Darüber hinaus ist derzeit ein flächendeckendes und bedarfsgerechtes Angebot an Berufsförderungswerken und Berufsbildungswerken unerlässlich. Hier müssen hochwertige und angemessene Qualifikationsangebote vorgehalten werden. Ziel muss allerdings sein, Menschen mit Behinderungen zukünftig nicht mehr auszusondern, sondern ein gemeinsames Aufwachsen und Lernen behinderter und nicht behinderter Jugendlicher zu ermöglichen. Menschen mit Behinderungen müssen deutlich mehr Chancen auf dem ersten Arbeitsmarkt eröffnet werden. Dazu gehören auch flexible Übergangsmöglichkeiten von Werkstätten für behinderte Menschen auf den Arbeitsmarkt. Unterstützungsangebote müssen dem im SGB IX verankerten individuellen Wunsch- und Wahlrecht dieser Personengruppe entsprechen. Eine differenzierte und zielstrebige Förderung von Jugendlichen mit Lernbeeinträchtigung oder mit sozialer Benachteiligung gehört nach Auffassung der LINKEN zu den öffentlichen bildungspolitischen Aufgaben. Für die berufliche Inklusion von Menschen mit Behinderung tragen alle öffentlichen und privaten ArbeitgeberInnen eine besondere Verantwortung. Sie müssen ihrer gesetzlich verankerten Beschäftigungspflicht endlich in vollem Umfang nachkommen.
9. Jugendliche mit Migrationshintergrund sind im gesamten Bildungssystem vielfach benachteiligt. Für sie müssen spezifische Förderangebote bereitgestellt werden, hierzu sind konkrete Konzepte der Berufsbildenden Schulen zu entwickeln. Zur Verbesserung der Ausbildungs- und Berufsintegration junger MigrantInnen bedarf es eines qualifizierten Netzes von Beratungsstellen für ausländische Nachwuchskräfte, von Jugendmigrationsdiensten und von Programmen zur Bekämpfung von Fremdenfeindlichkeit und AusländerInnenhass. Umfassende Teilhabe lässt sich nur durch eine rechtliche Gleichstellung in allen Bereichen erreichen. Durch faktische Arbeitsverbote und das Vorrangprinzip darf Jugendlichen mit Migrationshintergrund der Zugang zu betrieblichen Ausbildungen nicht versperrt werden.
10. Das Ausbildungssystem muss aus Sicht der LINKEN zur Überwindung überkommener geschlechtlicher Rollenzuweisungen beitragen. Die Berufswahl ist entscheidend für die späteren Verdienstaussichten und Aufstiegsmöglichkeiten. Die LINKE macht sich dafür stark, dass die Berufsberatung stärker auf individuelle Bedürfnisse ausgerichtet wird. Es gilt junge Frauen und Männer besser dahingehend zu beraten, ihre geschlechtsspezifischen Präferenzen zu überwinden. Hierzu müssen auch die Berufsberaterinnen und -berater fortgebildet werden. Von Frauen dominierte Ausbildungsberufe müssen mehr Anerkennung finden und der schlechten Bezahlung in diesem Bereich entgegen gewirkt werden.
11. Die LINKE hält grundsätzlich an der Beruflichkeit in der Ausbildung fest. Beruf ist dabei mehr als eine aktuelle Arbeitstätigkeit. Mit Berufen werden u. a. Tradition, Gemeinsamkeit, Ganzheitlichkeit, umfassende Kompetenz, Sinn und Ordnung assoziiert. Gelernte Berufe unterstützen die berufliche Sozialisation und Identität und wirken sich

positiv auf die soziale und tarifliche Absicherung aus. Bestrebungen der Arbeitgeber, die Berufsausbildung durch Modularisierung in isolierte Abschnitte zu zerschlagen und Kurzausbildungen zu stärken, erteilt die LINKE eine klare Absage.

In einer sinnvoll umgesetzten didaktischen Modularisierung sieht die LINKE in bestimmten Bereichen der beruflichen Bildung Chancen, insbesondere für die lebenslange Weiterbildung, die horizontale und vertikale Verknüpfungen von Bildungsgängen, die Anerkennung von beruflicher Bildung beim Übergang zur Hochschule oder umgekehrt oder auch in der Anwendung modularisierter Qualifizierungsbausteine für benachteiligte SchülerInnengruppen. Eine Binnendifferenzierung von Ausbildungsgängen durch die Bildung von Modulen kann didaktische Reformen begünstigen. Modularisierte Ausbildungen beinhalten allerdings die Gefahr der einseitigen Ausrichtung an betrieblichen Bedarfen, der Vernachlässigung von allgemeinbildenden Inhalten und der Einschränkung von Freiräumen für selbstbestimmtes Lernen. Modularisierung darf nicht zu Schmalspurausbildung und einer Qualifizierung in den Niedriglohnsektor führen. Die LINKE hält an einer geschlossenen beruflichen Erstausbildung fest.

12. Die Weiterbildung ist eine tragende Säule der lebenslangen beruflichen Bildung. An eine berufliche Erstausbildung muss sich ein umfassendes berufliches Fort- und Weiterbildungssystem anschließen. Für die berufliche Fort- und Weiterbildung sind in erster Linie die Arbeitgeber zuständig, Politik schafft hierfür die Rahmenbedingungen, zum Beispiel mit Freistellungsregelungen. In der beruflichen Weiterbildung muss insbesondere in den Vergabeverfahren der Bundesagentur für Arbeit erreicht werden, dass nicht Kostenminimierung, sondern Qualität als Maßstab dient.

Berufliche Fort- und Weiterbildung steht in engem Zusammenhang mit allgemeiner und politischer Weiterbildung. DIE LINKE fordert ein Bundesweiterbildungsgesetz, das Weiterbildung als öffentliche Aufgabe definiert und einen Rechtsanspruch sichert. Wir wollen die vielfältige Trägerstruktur erhalten und die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten in der Weiterbildung verbessern. Weiterbildungsangebote können modularisiert und kompetenzorientiert sein, dabei kommt es darauf an, dass Zertifikate horizontal wie vertikal anerkannt werden können. Umkehrt sollte ein modulartiger Charakter des Hochschulstudiums eine Anerkennung einer Teilausbildung und einen leichteren Einstieg in die Fort- und Weiterbildung ermöglichen.

13. Für die LINKE besteht der finanzielle Kern eines künftigen europäischen und deutschen Ausbildungssystems in einer solidarischen Finanzierung dualer Ausbildungsplätze durch die Unternehmen selbst. Als geeignete Grundlage sieht sie eine Umlagefinanzierung an, die alle Unternehmen und Institutionen nach ihren Möglichkeiten einbezieht und an alle Auszubildenden ausgeschüttet wird. In öffentlicher Verantwortung liegen im Bereich der beruflichen Bildung insbesondere die institutionelle Gewährleistung von Ausbildung, ihre infrastrukturelle Unterstützung und juristische Absicherung sowie die finanzielle Förderung. Die vorhandenen Mittel müssen gezielt gebündelt und für umfassend qualifizierende und qualitativ hochwertige Ausbildung eingesetzt und alternative Modelle der Mittelaufbringung entwickelt werden, die alle Unternehmen in die Pflicht nehmen.

Berufsbildungspolitische SprecherInnen der LINKEN in den Landtagen und dem Bundestag,  
Februar 2009

## MEHR UND BESSERE BILDUNG FÜR ALLE

Abschlussklärung der 1. Bildungspolitischen Konferenz der Partei DIE LINKE.  
Hamburg 2007

DIE LINKE fordert die Verwirklichung des Rechtes auf Bildung für alle. Sie ist Grundvoraussetzung dafür, dass sich Menschen solidarisch selbstbestimmt entwickeln und alle Formen von Ausbeutung und Unterdrückung überwinden können. Bildung dient damit der Emanzipation des Menschen. Sie ist Voraussetzung für eine erfolgreiche Teilhabe aller an der Gestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse, für eine Beendigung des Raubbaus an der Natur und für die Schaffung international friedlicher Verhältnisse. Bildung gehört in die öffentliche Hand und muss demokratisch gestaltet werden. Privatisierungstendenzen im Bildungsbereich sind entschieden entgegen zu wirken. Bildung ist keine Ware!

Davon ausgehend setzt DIE LINKE aktuell folgende Schwerpunkte im Kampf für mehr und bessere Bildung:

### 1. Mehr Geld für Bildung

DIE LINKE fordert mehr Geld für Bildung. Ein besseres Bildungssystem lässt sich nicht erreichen, wenn Kitas, Schulen und Hochschulen weiterhin chronisch unterfinanziert und personell unzureichend ausgestattet bleiben. Durch eine grundlegende Umkehr in der herrschenden Steuer- und Finanzpolitik lassen sich für die Öffentlichen Kassen deutlich mehr Mittel mobilisieren, die unter anderem für das Bildungssystem bereitgestellt werden können.

DIE LINKE fordert:

- Festlegung der Bildungsausgaben auf mindestens 6 Prozent des Bruttoinlandsprodukts
- Bildungsfinanzierung muss Gemeinschaftsaufgabe von Bund und Ländern sein
- Verständigung unter den Ländern und mit dem Bund über Bildungsbeteiligungsquoten und Ausstattungsstandards in einem bundesweiten Bildungspakt
- Gebührenfreiheit in Kindertagesstätten, Schulen, Hochschulen sowie in der Aus- und Weiterbildung

### 2. Bessere Entwicklungsbedingungen für alle Kinder - gegen Kinderarmut

DIE LINKE will ein gesundes Aufwachsen aller Kinder ohne Armutsrisiko. Wir setzen uns für eine kinderfreundliche Gesellschaft ein. Das Recht auf Bildung und die Kinderrechte gehören ins Grundgesetz.

DIE LINKE fordert:

- eine bedarfsdeckende Kindergrundsicherung
- in einem ersten Schritt die Nichtanrechnung des Kindergeldes bei HARTZ IV
- für jedes Kind ein gutes Essen in Kita und Schule, das die Eltern nicht bezahlen müssen und das eine gesunde Lebensweise fördert

### 3. Bessere Bildung von Anfang an

DIE LINKE sieht die frühkindliche Förderung als einen entscheidenden Beitrag für die allseitige und umfassende Entwicklung einer heranwachsenden Persönlichkeit. Frühkindliche Förderung ist die erste Stufe des Bildungssystems. Wir treten für eine frühzeitige und ganzheitliche Bildung aller Kinder ein.

DIE LINKE fordert:

- einen uneingeschränkten Rechtsanspruch auf einen öffentlichen, steuerfinanzierten, gebührenfreien KITA -Platz für alle Kinder vom ersten Lebensjahr an
- Erhöhung der Qualität der Bildung und Betreuung in Kindergarten und Kindertagesstätte.
- bessere personelle und sächliche Ausstattung der KITA
- gezielte Förderung von Kindern mit Migrationshintergrund

### 4. Längeres gemeinsames Lernen für alle

DIE LINKE fordert den Wandel vom unsozialen mehrgliedrigen Schulsystem zu einem einheitlichen Schulsystem, bei dem jedes Kind individuell in seiner spezifischen Lernfähigkeit unterstützt wird. Wir setzen auf Integration und Inklusion statt auf Selektion. Die Konservativen skandieren: Eine Schule für den Einzelnen, keine Schule für alle! Wir dagegen sagen: Nur in einer Schule für alle können alle Individualitäten umfassend und dem Bedarf des Einzelnen entsprechend differenziert gefördert werden: Eine Schule für alle Kinder, eine Gemeinschaftsschule, ist das Beste für jedes einzelne Kind. Mehr Schülerinnen und Schüler als heute, sollen so die Hochschulreife erreichen können. Das ist zugleich eine Absage an alle Versuche ein zweigliedriges Schulwesen zu installieren.

DIE LINKE fordert:

- längeres gemeinsames Lernen aller Kinder bis zum 9. oder 10.Schuljahrgang in einer Gemeinschaftsschule, die als demokratische Ganztagschule in öffentlicher Hand organisiert ist
- mehr Qualität durch Sicherstellung einer guten allgemeinen und polytechnischen Bildung
- Kleine Klassen und Lerngruppen
- Schaffung von Voraussetzungen für die Integration aller Kinder. Keine Abschiebung von Kindern mit Lernschwierigkeiten in besondere Schulen und Erweiterung der psychologischen und sozialpädagogischen Hilfen sowie das recht auf herkunftssprachlichen Unterricht.
- Öffnung der Schule zum Sozialraum, unter anderem durch Kooperation mit Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit und der Stärkung der Zusammenarbeit von Elternhaus und Schule
- Allgemeine Hochschulreife auf unterschiedlichen Wegen für mindestens 70% der Schüler eines Jahrganges

## 5. Bessere berufliche Bildung für alle

DIE LINKE will, dass allen Jugendlichen ein Recht auf Ausbildung garantiert wird. Kein Jugendlicher darf in Warteschleifen geparkt und auch nicht ohne oder lediglich mit einer Schmalspurausbildung abgespeist werden.

DIE LINKE fordert:

- Einführung einer gesetzlichen Ausbildungsumlage, um alle Unternehmen in Verantwortung für eine qualifizierte Ausbildung zu nehmen. Wer nicht ausbildet muss zahlen!
- Ausweitung ausbildungsbegleitender Hilfen
- Verbesserung des Berufsschulunterrichts und Zulassung vollzeitschulischer Ausbildungsgänge zur Kammerprüfung
- Abschaffung der Einstiegsqualifizierungen und aller weiteren Warteschleifenangebote und Ausweitung vollqualifizierender Ausbildungsangebote
- Verbesserte Übernahme nach der Ausbildung
- ein öffentliches Sofortprogramm mit überbetrieblichen Ausbildungsangeboten, um dem Rückstau der letzten Jahre entgegen zu wirken.

## 6. Offene, soziale und demokratische Hochschulen

DIE LINKE möchte mehr jungen Menschen ein Studium ermöglichen und der sozialen Selektivität beim Hochschulzugang entgegenwirken. Die Studierendenquote soll auf mindestens 50 Prozent gesteigert werden. Die Qualität der Lehre und Forschung muss verbessert werden. Wir wollen, dass ein Studium und Wissenschaft auf die volle Entfaltung der menschlichen Persönlichkeit gerichtet werden und sich am gesellschaftlichen Nutzen orientieren.

DIE LINKE fordert:

- Konsequente Gebührenfreiheit im Studium
- Ausbau des BAföG zu einer elternunabhängigen, repressionsfreien Grundsicherung mit Vollzuschuss
- Steigerung der Studienplatzkapazitäten; Schluss mit Auswahlverfahren und NC
- Stärkung kritischer Wissenschaft und Forschung an den Hochschulen
- Abschaffung von Hürden im Studienverlauf z.B. durch Begrenzung beim Masterzugang

## 7. Öffentliche Weiterbildung für alle

DIE LINKE setzt sich für das Recht auf allgemeine, berufliche, kulturelle und politische Weiterbildung ein. Die öffentliche Gestaltung der Weiterbildung muss ausgebaut sowie ausreichend und verlässlich finanziert werden, um die Weiterbildungsbeteiligung nachhaltig zu erhöhen, der verschärften sozialen Selektion in der Weiterbildung entgegenzuwirken, qualitativ hochwertige Angebote für alle zu gewährleisten und die oft untertariflichen und prekären Beschäftigungsbedingungen der Lehrkräfte zu verbessern.

DIE LINKE fordert:

- Sofortprogramme für ein verbessertes Angebot in Grundbildung, Zweitem Bildungsweg und Bildungsangeboten für MigrantInnen
- Ein Weiterbildungsrahmengesetz auf Bundesebene
- Verstärkte Anstrengungen von Ländern und Kommunen zur Sicherung der öffentlichen Weiterbildungseinrichtungen und des Grundangebotes, einschließlich der Garantie von Bildungsfreistellung – nicht nur zum Zwecke beruflicher Weiterbildung
- Tarifvertragliche Regelungen zur Förderung der betrieblichen Fort- und Weiterbildung für alle lohnabhängig Beschäftigten
- Aufbau einer qualifizierten Weiterbildungsberatung

8. Qualifiziertere Ausbildung und bessere Beschäftigungsbedingungen für PädagogInnen

DIE LINKE setzt sich für qualifiziertere Erstausbildung, Fort und Weiterbildung und bessere Arbeitsbedingungen von PädagogInnen und WissenschaftlerInnen ein. Das ist unerlässliche Voraussetzung für eine bessere Bildung und gesellschaftliche Anerkennung für ihre Arbeit.

DIE LINKE fordert:

- schrittweise Durchsetzung einer Hochschulausbildung der ErzieherInnen
- eine bundesweite einheitliche, gleichwertige, wissenschaftlich fundierte und praxisorientierte LehrerInnenausbildung aller Schulstufen
- eine deutliche Ausweitung der Kapazitäten aller Lehramtsstudiengänge, um dem drohenden LehrerInnenmangel entgegenzuwirken
- Intensivierung der Fort- und Weiterbildung von LehrerInnen
- Tariflich abgesicherte Arbeitsbedingungen für Weiterbildnerinnen und Weiterbildner

Für eine grundlegende Bildungsreform!

Die Partei DIE LINKE ist angetreten, um mit der Hegemonie des Neoliberalismus zu brechen, Spielräume für eine andere Politik zu öffnen und für eine grundlegend andere Gesellschaft zu kämpfen. Damit schafft sie auch Spielräume für eine grundlegend demokratische Bildungsreform, die sie und mit ihr Eltern, SchülerInnen und WissenschaftlerInnen sowie die Gewerkschaften schon seit langem fordern. Jetzt geraten konservative Bildungsvorstellungen ins Wanken. Mehr und mehr wird beispielsweise das gegliederte Schulsystem hinterfragt und quer durch alle Parteien mehr Geld für Kitas, Schulen und Hochschulen gefordert. Dies ist Anlass, gerade jetzt lautstark unsere Stimmen zu erheben und dabei die soziale Frage in den Vordergrund unserer Forderungen zu stellen. Notwendig sind offene Diskussionen und ein gemeinsamer Kampf in den Bildungseinrichtungen, auf der Straße und in den Parlamenten.

Lasst uns die Zukunft der Bildungslandschaft gemeinsam gestalten und jetzt aktiv werden!

DIE LINKE. 1. BILDUNGSPOLITISCHE KONFERENZ, Hamburg, 23. - 25.11.2007



## DIE LINKE. BUNDESARBEITSGEMEINSCHAFT BILDUNGSPOLITIK KOORDINIERUNGSGRUPPE

Zur Vervollständigung der Arbeit der BAG Bildungspolitik (2008)

In der Bundessatzung der LINKEN ist im §7 festgelegt, dass „innerparteiliche Zusammenschlüsse selbständig den politischen und organisatorischen Beitrag, den sie zur Politik der Partei und zur Weiterentwicklung von Mitglieder-, Organisations- und Kommunikationsstrukturen leisten. Sie sind entsprechend ihren Schwerpunktthemen aktiv in die Arbeit von Parteivorstand, Kommissionen und Arbeitsgremien einzubeziehen.

Zusammenschlüsse entscheiden selbständig über ihre Arbeitsweise und ihre innere Struktur...“ Dem wurde mit der Satzung der BAG Bildungspolitik im Wesentlichen entsprochen. Danach besteht für Jede und Jeden, der seinen Willen zur Mitarbeit angezeigt hat in den Strukturen der BAG mitzuarbeiten.

Seit November 2007 wurde mit der 1. Bildungspolitischen Konferenz und der Gründungsvollversammlung der BAG sowie mit der Gründung von bisher 15 Landesarbeitsgemeinschaften Strukturen geschaffen, die den Mitgliedern des bildungspolitischen Zusammenschlusses Möglichkeiten der Mitarbeit bieten.

Sprecherinnen und Sprecher sowie Geschäftsführer der BAG arbeiten mit einer Koordinierungsgruppe in der Vertreter des Parteivorstandes, des Bundesausschusses, des Ältestenrates sowie bildungspolitische Sprecher der Fraktion der LINKEN im Bundestag und in Landtagen und der Vertreter des Berlin-Brandenburger Forums mitarbeiten.

Das sichert die Einbeziehung bildungspolitischer Themen und Aktivitäten in die Arbeit der Gremien und die Verbindung zu Gremien außerhalb der Partei.

In den Ländern sind Landesarbeitsgemeinschaften Bildungspolitik tätig, die z.T. thematisch gegliedert sind und mit den bildungspolitischen Sprechern in den Landesvorständen und den Landtagsfraktionen zusammenarbeiten.

Im Zentrum der Arbeit standen 2008 die Ausarbeitung bildungspolitischer Positionen, insbesondere schulpolitischer Positionen zur Gemeinschaftsschule im Rahmen von Forderungen zur Bildungsreform. (Positionen zur frühkindlichen Bildung, Positionen zur Gemeinschaftsschule, Entwürfe zur Ausbildungspolitik und zur Lehrerbildung) Die Ausarbeitung von Positionen zur Weiterbildung ist geplant.

Die Arbeit im Jahr 2009 wird wesentlich durch das bekannt machen der bildungspolitischen Positionen im Wahlkampf zur Europa- und Bundestags- sowie Landtags- und Kommunalwahlen geprägt sein. In Berlin aber auch in Schleswig-Holstein wird die Gemeinschaftsschule in Pilotprojekten eingeführt, was besondere Aufmerksamkeit erfordert.

Es wird notwendig, die gemachten Erfahrungen genauer zu analysieren und die Strukturen den Erfordernissen anzupassen.

Die Arbeit der Koordinierungsgruppe ist inhaltlich für 2009 geplant.

Die Struktur der Zusammenarbeit in der BAG auf Bundesebene ist weiterzuentwickeln.

Bei Beibehaltung des Grundsatzes, dass jedes Mitglied der BAG auf Landesebene und Bundesebene mitarbeiten kann (z.B. in Arbeitskreisen auf Bundesebene) wird es notwendig genauer festzulegen, wer in der BAG namentlich mitarbeitet.

Neben denen, die es ausdrücklich wünschen, sollten in Zukunft in den LAG festgelegt werden, wer ihre Vertreter in der BAG sind (Delegiertenprinzip).

Das würde bedeuten neben der Teilnahme der Sprecher der LAG mindestens zwei Mitglieder für die BAG auszuwählen.

Bei der Schaffung von Arbeitskreisen sollten wir uns konzentrieren auf:

AK Gemeinschaftsschule

AK Ausbildungspolitik

AK Lehrerbildung

AK Weiterbildung

Es muss geklärt werden, wie aus den Kampagnen (Frühkindliche Bildung und Antiprivatisierung) AK gebildet werden können.

Zugleich sind entsprechende Bedingungen für eine effektive Zusammenarbeit der Sprecher der BAG mit den Sprechern der LAG zu schaffen.

Neben der Arbeit im Computer gestützten Netzwerk der Sprecher der LAG sollten gemeinsame Beratungen ebenso einberufen werden wie Beratungen in Regionen.

Ein ähnliches Problem werden künftig auch die Sprecher der Landtage haben.

Es wird notwendig, entsprechende Regelungen zu vereinbaren.

**Eine besondere Rolle kommt der „ZLB- Zukunftswerkstatt linke Bildungspolitik“ als Organ der BAG zu. Sie ist als Organ der Information und des Erfahrungsaustausches durch eine breite Mitarbeit von Mitgliedern der BAG weiter zu qualifizieren.**

Es sind Bedingungen zu schaffen für eine aktuelle Information über das Internet.

Gerd Sielski

## Demokratische Bildungsreform – Bildung für alle von Anfang an

Aus dem Wahlprogramm der LINKEN zur Bundestagswahl 2009

*„Ich habe das Gefühl, dass sich das deutsche Bildungssystem nicht darauf konzentriert, alle einzubeziehen, sondern dass es eher Trennungen schafft.“* Vernor Munoz Villalobos, UN-Sonderberichterstatler und Bildungsexperte, 2006

Deutschland steckt in der Bildungskrise. Dagegen regt sich berechtigter Protest: Mit dem Bildungsstreik im Juni dieses Jahres haben viele Schülerinnen, Schüler, Auszubildende und Studierende für grundlegende Bildungsreformen demonstriert. DIE LINKE hat den Bildungsstreik unterstützt und wird weiter für einen bildungspolitischen Richtungswechsel streiten. Das Bildungswesen in Deutschland gleicht soziale Unterschiede nicht aus. Im Gegenteil: Mit der Schule werden sie noch größer. Internationale Vergleiche wie die PISA-Studie zeigen, dass Grundkompetenzen wie Lesen und Verstehen bei einem Teil der Jugendlichen nur unzureichend entwickelt sind. Die Systematische Ausgrenzung von sozial Benachteiligten, Migrantinnen und Migranten, von chronisch Kranken und Menschen mit Behinderungen ist in Deutschland so extrem wie in keinem anderen europäischen Land. Die Zahl der Schulabbrecherinnen und -abbrecher steigt. Es ist ein Skandal, dass es in Deutschland nach wie vor rund vier Millionen funktionale Analphabeten und Analphabetinnen gibt. Wer die Schule nicht erfolgreich absolviert, hat kaum Chancen auf einen Ausbildungsplatz und damit auf eine gute Berufsperspektive.

Bildung ist für DIE LINKE eine der zentralen Voraussetzungen für Selbstbestimmung und individuelle Gestaltung des Lebens, sowie für ein verantwortungsvolles, solidarisches Miteinander in der demokratischen Gesellschaft. Bildung eröffnet Wege für die persönliche Entwicklung eines Menschen und für berufliche Perspektiven. Deshalb muss Bildung allen Menschen frei und in gleichem Maße zugänglich gemacht werden.

DIE LINKE kämpft für eine chancengleiche Bildung von Anfang an. Dazu gehören vielseitiges, praxisorientiertes Wissen und Können, interkultureller Austausch, systematische und den Bildungsweg kontinuierlich begleitende Förderung beider Sprachen von zweisprachig aufwachsenden Kindern, Umweltbewusstsein und Sozialkompetenz, ästhetische Erfahrung, ein humanistisches Gesellschafts- und Geschichtsverständnis, Kritik und Urteilsfähigkeit.

In allen Bundesländern dominieren Schulformen, die Kinder frühzeitig abhängen. Gemeinschaftsschulen, die längeres gemeinsames Lernen und individuelle Förderung verbinden, sind immer noch die Ausnahme. Einzelne Bundesländer haben mit Studiengebühren die Bildung weiter kommerzialisiert und neue soziale und kulturelle Barrieren eingeführt. Im kommenden Jahrzehnt droht ernsthafter Lehrermangel; aktuell fehlen 80 000 Fachkräfte für eine gute frühkindliche Bildung.

Zu wenig junge Menschen schaffen es bis zur Hochschulreife und beginnen ein Studium; und davon schließen es viele nicht erfolgreich ab. Der Hochschulpakt von Bund und Ländern und der Ausbildungspakt der Bundesregierung sind ungeeignet, die anstehenden Probleme in den Griff zu bekommen. Den Sonntagsreden von CDU/CSU und SPD über die zukunftssträchtige Rolle von Bildung steht eine chronische Unterfinanzierung gegenüber. An diesem Desaster ändern Konjunkturprogrammsspritzen für die bauliche Substanzerhaltung wenig.

Die eigenen Qualifikationen ein Leben lang weiterzuentwickeln, neue Tätigkeitsfelder zu erschließen und sich beruflich um- oder neu orientieren zu können – für viele Menschen bleibt all dies unerreichbar. Eine grundlegende demokratische Bildungsreform mit sozialer Ausrichtung ist überfällig. Ein sozial gerechtes und zukunftsfähiges Bildungssystem muss eine gemeinsame Aufgabe von Bund, Ländern und Kommunen werden.

Deshalb fordert DIE LINKE:

- Das Recht auf Bildung im Grundgesetz verankern: berufliche Ausbildung und Gemeinschaftsaufgabe Bildung in dieses Recht einbeziehen;
- Einen nationalen Bildungspakt auflegen: öffentliche Bildungsausgaben auf mindestens 7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts erhöhen, darin bundesweite Förderprogramme für den Ausbau von Gemeinschafts- und Ganztagschulen; sozialpädagogische Unterstützung an jeder Schule; Bund-Länder-Programme für die Ausbildung von mehr Lehrerinnen und Lehrern sowie Erzieherinnen und Erzieher einrichten;
- Bildungsberufe aufwerten: Ausbildung der Erzieherinnen und Erzieher auf Hochschulniveau und den Master-Abschluss für alle Lehrerinnen und Lehrer einzuführen; gute Arbeitsbedingungen und eine gerechte Entlohnung herstellen;
- Bildung von Anfang an fördern: den Rechtsanspruch auf ganztägige Betreuung in Kitas mit hoher Betreuungsqualität verbinden; Kita-Ausbau vorantreiben, um den Rechtsanspruch ab dem ersten Lebensjahr auch für Kinder mit Behinderungen zu sichern;
- Länger gemeinsam lernen: Gemeinschaftsschule bis zur 10.Klasse bundesweit mehrheitsfähig machen und als Regelschule etablieren; individuelle Förderung verankern, statt auf private Nachhilfe zu setzen; ein inklusives Bildungssystem auf allen Ebenen für Kinder und Jugendliche mit Behinderungen, Migrantinnen und Migranten Chancengleichheit sichern und Ausgrenzung beenden;
- Kita- und Studiengebühren abschaffen: die Lehr und Lernmittelfreiheit sichern; Schule beziehungsweise Prüfungsgebühren in der beruflichen Bildung abschaffen; deswegen ist auch im Wege der Föderalismusreform zum 31. Dezember 2007 erneuerte Art. 91b GG so zu ergänzen, dass auch die Arbeitsbasis für die Bildungsplanung (BLK) wiederhergestellt wird;
- Mitbestimmungsrechte in Bildungseinrichtungen stärken: bundesweite Vertretungen von Schülerinnen und Schülern, Eltern und Studierenden mit allgemeinpolemischen Mandat durchsetzen;
- gute und umfassende Berufsausbildung sichern: Schmalspurausbildungen und Warteschleifen abschaffen; Betriebe in die Verantwortung nehmen; Berufsausbildung reformieren und Qualität in den Mittelpunkt stellen; Mitbestimmungsrechte für außerbetriebliche Auszubildende stärken;
- Ausbildungsumlage einführen: die Unternehmen an der Finanzierung der Berufsausbildung solidarisch beteiligen; ein auswahlfähiges Ausbildungsplatzangebot sicherstellen;

- Offenen Studienzugang mit einem Hochschulzulassungsgesetz bundesweit ermöglichen. Individuelle Auswahlverfahren abschaffen, die lernfeindlichen Restriktionen des Bachelor /Master-Systems überwinden und als ersten Schritt dorthin Zugangsbeschränkungen beim Übergang vom Bachelor zum Master ausschließen;
- BAföG zur elternunabhängigen, bedarfsdeckenden und repressionsfreien Grundsicherung ausbauen; Schritt für Schritt Elternunabhängigkeit ausbauen, die Höchstdauer der Zahlung an die durchschnittliche Studienzeit anpassen;
- **Mit einem „Studienpakt II“ gute Studienbedingungen sichern: die Mittel pro Studienplatz erhöhen und sich dabei an den realen Kosten orientieren; bessere Betreuung im Studium; mehr Qualität und Offenheit sowie mehr Frauenförderung durch Regelungen zwischen Bund und Ländern garantieren;**
- Weiterbildung als öffentliche Aufgabe verankern: Mit einem Weiterbildungsgesetz den Rechtsanspruch, die Finanzierung und Qualität von Weiterbildung sichern; Unternehmen in die Verantwortung nehmen und Branchenfonds bilden; Gesetze von Bund und Ländern zu einer Erwachsenenbildungsförderung ausbauen und allen Menschen – unabhängig vom Geldbeutel – lebenslanges Lernen ermöglichen;
- Kompetenzen von Migrantinnen und Migranten wertschätzen: die im Herkunftsland erworbenen Hochschul- und Berufsabschlüsse, Qualifikationen, Kompetenzen und beruflichen Erfahrungen anerkennen.

Das Thema: „Eine Schule für alle – Wege zur Gemeinschaftsschule“ stand im Mittelpunkt einer Beratung der Bundesarbeitsgemeinschaft Bildungspolitik am 9. und 10. Mai 2009 in Berlin.

Vertreter der Landesarbeitsgemeinschaften, Mitglieder von Arbeitskreisen der BAG und Gäste führten einen angeregten und anregenden Erfahrungsaustausch.

Als Gäste nahmen Prof. Dr. Mathias von Saldern von der Uni Lüneburg, der Vorsitzende der Gemeinnützigen Gesellschaft Gesamtschulen und längeres gemeinsames Lernen (GGG) und der Schulleiter der Fritz-Karsen-Oberschule Berlin-Neukölln, Robert Giese teil.

Gerd Sielski, geschäftsführender Sprecher der BAG, begrüßte die Teilnehmer und schätzte die Lage in der BAG nach ihrer Gründung in Hamburg vor eineinhalb Jahren ein. Es ist ein durchaus positives Ergebnis, dass die Grundorientierung von Hamburg durch Beschlüsse des Parteivorstandes untersetzt worden ist und nunmehr in allen Bundesländern anerkannte Landesarbeitsgemeinschaften (außer in Bayern, wo die Uhren langsamer ticken) gegründet wurden, die eine bildungspolitischen Beschlusslage in den Landesverbänden herbeigeführt haben. Alle Landesverbände, auch Bayern, treten heute für ein längeres gemeinsames Lernen, für eine Schule für alle ein. Wer hätte das vor einem Jahr gedacht.

Prof. Dr. von Saldern ging in seinem Vortrag auf Faktoren ein, die nach seiner Sicht auf dem Wege zur Gemeinschaftsschule bedeutsam seien. Er stellte voran, das im internationalen Vergleich integrierte Schulsysteme eine ausgewogene Verteilung der Bildungschancen und stärkere Schülerleistungen mit sich brächten.

Er nannte die Region, in der der starke Schülerrückgang zu Konsequenzen führen müsse. Schule sei nicht nur Schule, sondern Teil des öffentlichen Lebens und wenn sie gut gelinge, auch ein wichtiger kultureller Beitrag. Deshalb müsse man die Schule in der Region sichern.

Die Eltern wollten eine wohnortnahe Schule, in der die Kinder gut aufgehoben wären. Je näher man an einer Gesamtschule wohne desto größer sei auch die Zustimmung zu integrierten Schulformen. Generell gäbe es zu solchen Formen bei Eltern eher Zustimmung als Ablehnung. In Niedersachsen läge in verschiedenen Städten die Zustimmung in der Spanne von 57-88%.

Auch die Wirtschaft fordere immer mehr, dass die SchülerInnen länger gemeinsam Lernen und die frühe Selektion abgeschafft werde. Auch würden Forderungen nach einer Neugestaltung der Lehrerbildung hin zur Stufenlehrerausbildung laut.

Aus der Wissenschaft komme der Hinweis, dass das Festhalten an Schulformen nach vorgeblichen Begabungstypen eine Fiktion sei. Das wurde an verschiedenen Untersuchungen nachgewiesen. Das Fazit: In Deutschland wird zu früh selektiert. Die Grundschulempfehlung wie das Sitzenbleiben sind Instrumente, die nicht mehr in die pädagogische Landschaft gehören.

Die Wissenschaft stelle fest, dass es keine starren Begabungstypen gibt, wohl aber vielfältige Begabungen. Die Konsequenz sei ein flexibles Schulsystem mit guter Diagnostik und Beratung, in dem der Einzelne im Mittelpunkt stehe und an seine Grenzen geführt werde – der Schwache ebenso wie der Hochbegabte.

Ein besonderes Problem seien die Förderschulen, die es so nur in Deutschland gäbe. Die Diskussion um die inklusive Schule sei jetzt außerordentlich wichtig.

Der Vortrag endete mit der Forderung nach einem flexiblen Schulsystem.

Schülerrückgang und die breite Diskussion nach PISA führten zwangsläufig zu Schulen mit längerem gemeinsamem Lernen. In diesen Schulen, so sie schon heute bestehen, werde Heterogenität akzeptiert und positiv genutzt. Lebensalter und Schulleistung müssten entkoppelt

werden. Prinzipien der „Gemeinschaftsschule Grundschule“ müssten noch oben getragen werden.

Es würde in der Schule für alle die Betreuung und Förderung der Hochbegabten genauso geben, wie den Lift-Kurs für Schüler, die mal schwächeln.

Gleichbehandlung sei die Ungleichbehandlung der Ungleich. (Im Gegensatz zur Annahme, dass alle Haupt-, Realschüler und alle Gymnasiasten und alle Förderschüler gleich seien.)

**Vieles von dem sei den Politikern bekannt. „Vater verzeih’ ihnen, denn sie tun nicht, was sie wissen“, so Ursula Schneider von der Uni Graz.**

Lothar Sack (GGG) sieht sechs Gründe, das deutsche Schulsystem zu ändern.

Die Gründe lägen in der Situation der Hauptschulen, der demographischen Entwicklung, der wirtschaftlichen Entwicklung, den Ergebnissen der Lernforschung, der Schulleistungsstudien und im demokratischen Menschenbild.

Ein Indikator in den Hauptschulen sei für ihn die Zahl der Abgänger der Hauptschule, die im Bundesgebiet 7,9% eines Jahrgangs ausmachen. Zwischen den Bundesländern schwankt die Zahl von 6,6% bis 11,5%. In Berlin schlossen 27% der Schüler am Gymnasium aus Jg.7 im Jg. 10 nicht erfolgreich ab. In den alten Bundesländern werden Nachhilfeangeboten in den verschiedenen Schularten genutzt: Gymnasium 36%, Realschule 32% und Hauptschule 12%.

Nachhilfe werde heute weniger wegen einer gefährdeten Versetzung in Anspruch genommen. Die SchülerInnen würden die Nachhilfe in Anspruch nehmen, weil sie sie benötigen, um den normalen schulischen Anforderungen gerecht zu werden. Notwendige Ziele für das deutsche Bildungssystem seien nach Lothar Sack eine deutliche Höherqualifizierung aller. **Das erfordere auch eine deutliche Reduzierung der „Risikogruppe“ (Kein Schüler ohne Schulabschluss, möglichst MSA), eine deutliche Steigerung des Schüleranteils mit Hochschulzugangsberechtigung und die Forcierung des lebenslangen Lernens.**

Er forderte eine deutliche Reduzierung des Zusammenhangs zwischen sozialer Herkunft und Bildungserfolg.

**Diese Ziele sollten im Sinne „nationaler Bildungsziele“ in Umfang und Zeit quantifiziert werden.**

Lothar Sack stellte Hinweise aus der Lernforschung dar und entwickelte daraus Gedanken zur Lernkultur. Unterricht sei für ihn nie Selbstzweck, sondern hat Lernen zum Ziel

Es gäbe viel Lernen ohne Unterricht und viel Unterricht ohne Lernen. Der Skandal sei nicht der Unterrichtsausfall, sondern der Lernausfall.

Interessant war seine Analyse der Vergabe des Deutschen Schulpreises 2006, 2007 und 2008. Nach Schularten verglichen lagen die Gesamtschulen als Preisträger vor allen anderen Schularten vorn. Gute Schulen würden nicht selektiv arbeiten.

Nach der Darstellung von einer Reihe Indikatoren für gute Schulen kam er zu dem Schluss, dass es trotz Mentalitätsproblemen (Rollenerwartung der LehrerInnen, Erwartungen der Eltern **und SchülerInnen, Befürchtungen des „Unterganges“ des Gymnasiums**) es keine Alternative zur Schule für alle gäbe.

Es müsse nicht mehr erprobt werden, ob die Schule für alle funktioniert.

Diese Pionierarbeit sei längst getan und ihre Qualität (inter-) national nachgewiesen.

Man müsse die Schule für alle politische wollen und Strategien zu ihrer Verbreitung entwickeln.

Robert Giese stellte seine Schule vor. Wichtig waren seine Erfahrungen in der Arbeit mit dem PädagogInnen seiner Schule. Alles was neu ist, schaffe erst mal Angst davor, was denn nun wieder auf die LehrerInnen zukommt. Strittig sei nicht die Annahme der Forderung nach einer Schule für alle, sondern die Frage nach den zu schaffenden Bedingungen dafür.

Diese Informationen wurden von den Teilnehmern interessiert und zustimmend entgegengenommen. Es gab Anfragen und es entwickelte sich ein anregender Erfahrungsaustausch über Wege zu einer Schule für alle, die je nach Lage in den Bundesländern natürlich unterschiedlich sind.

Eins war klar: DIE LINKE tritt für ein längeres gemeinsames Lernen, für die Gemeinschaftsschule als Alternative zum Bestehenden ein. Dabei macht sie darauf aufmerksam, dass man mit einem Zwei-Säulen-Modell, wie es die anderen Parteien fordern, die Selektion nicht beseitigen kann.

In der Diskussion, die Gerrit Große leitete, ging es vor allem um die verschiedenen Erfahrungen, wie man mit PädagogInnen und Eltern als auch mit den SchülerInnen ins Gespräch kommt, um den Gedanken der Schule für alle zu verbreitern und Verbündete im Ringen um die neue Schule zu finden. Es konnte eingeschätzt werden, dass in einigen Bundesländern dieser Prozess breitere Kreise erfasst hat.

Es ist nur natürlich, dass es in den Diskussionen Probleme gibt, die weiterer Ausklärung bedürfen und unterschiedliche Auffassungen in Detailfragen. Auch manche Problemstellung enthalten neue Aspekte, wie z.B. die Forderung nach einer inklusiven Schule.

Es wurde auch deutlich, dass es auch unter den LINKEN Klärungsbedarf gibt, dass von den Fachleuten noch mehr in die Partei hineingewirkt werden muss.

Es zeigte sich, dass Wahlzeiten eine gute Gelegenheit sind, mit vielen Menschen ins Gespräch zu kommen. Die Volksinitiative „Eine Schule für alle“ in Hamburg hatte zwar nicht den erhofften Erfolg, die Hamburger GenossInnen schätzten aber ein, dass sie ca.300 000 Gespräche geführt haben.

Die Versammlung sprach sich dafür aus, den Bildungsstreik und einen Wahlaufruf der Hamburger GenossInnen zu unterstützen.

Abschließend ging Horst Bethge auf einige Fragen der Europa- und Bundestagswahlvorbereitung ein, ehe Gerd Sielski die Beratung der Bundesarbeitsgemeinschaft abschloss.

Er wies darauf hin, dass es jetzt darauf ankäme die Beratung auf den Ebenen der BAG wie der LAG gründlich auszuwerten und den MitstreiterInnen Materialien von der Beratung zur Verfügung zu stellen.



Zum Wochenende vom 28.11. zum 29.11. 2009 trafen sich Mitglieder der Bundes- und Landesarbeitsgemeinschaften Bildungspolitik der LINKEN, Mitglieder anderer Arbeitsgemeinschaften, Mitglieder der Linksfraktionen des Bundestages und aus Landtagen sowie Wissenschaftler zu einer Beratung in Göttingen.

Hauptthema war „Inklusive Bildung – Positionen der LINKEN. Neue Herausforderungen an ein **inklusives Bildungssystem und ihre Umsetzung**“.

Des Weiteren ging es um die Auswertung der Bundestags- und Landtagswahlen im Superwahljahr 2009, um Informationen zur Programmdiskussion zum Parteiprogramm der LINKEN, um Standpunkte zur Schulstrukturfrage, Informationen zu den Koalitionsverhandlungen in Brandenburg und zum Volksbegehren von Rechts in Hamburg.

Dr. Eckard Fascher, Fraktionsvorsitzender der Linksfraktion im Kreistag und Mitglied des Kreissprecherrates, begrüßte die Teilnehmer und erläuterte die bildungspolitische Situation in Niedersachsen.

Prof. Dr. Hans Wocken von der Uni Hamburg sprach zum Thema „Inklusion - aber wie?“

Sein Vortrag gliederte sich:

1. Warum überhaupt Integration/Inklusion?
2. Begriffe Integration und Inklusion
3. Pädagogik: Die inklusive Schule
4. Bildungspolitik: Ein inklusives Schulsystem

Er ging davon aus, dass Ende März 2009 die UN-Konvention über die Rechte behinderter Menschen in der Bundesrepublik rechtskräftig geworden sein und damit eine neue Phase in der Auseinandersetzung um ein nicht selektives, um ein inklusives Schulsystem begonnen hätte.

Dabei ginge es nicht nur um die Ausgrenzung von Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen, sondern auch um die Ausgrenzung von SchülerInnen mit Migrantenhintergrund oder aus bildungsarmen Familien.

**Die Konvention fordere aus der Sicht einer inklusiven Gesellschaft im Artikel 24 ein „inclusive education system“.** Damit erhebe sich die Frage, wie in Deutschland die Transformation eines selektiven in ein inklusives Bildungssystem zu erreichen ist. Es ginge ihm nicht so sehr um die **Begriffe Integration oder Inklusion, sondern darum, dass unter einem „inclusive education system“ ein allgemein zugängliches Bildungssystem verstanden wird, das keinen ausgrenzt, nicht wegen einer Behinderung, aber auch nicht wegen der sozialen oder ethnischen Herkunft, nicht wegen religiöser oder weltanschaulicher Überzeugungen, der Geschlechtszugehörigkeit, sexueller Orientierung oder wegen des Alters.**

Das sei ein umfassendes Verständnis von Inklusion und das stelle das vorherrschende selektive deutsche System in Frage.

Im Ratifizierungsprozess hatte es Verschleierungstaktiken gegeben. Die Bundesregierung ging wohl zunächst davon aus, dass es in Deutschland keinen Anpassungsbedarf gebe. Auch die **KMK versuchte mit einer fehlerhaften Übersetzung von „inclusive“ in „integrativ“ das deutsche System als konform darzustellen, was aber an der Wachsamkeit von Behindertenverbänden und Wissenschaftler scheiterte.** Insofern sei Inklusion eine hochpolitische Frage.

Integration/Inklusion seien nach Wocken

- normal
- Aufgabe jeder Erziehung
- Friedenserziehung
- Ursprung subsidiärer Sonderpädagogik
- eine völkerrechtlich verbindliche Aufgabe.

Erziehung sei Annahme der Kinder so wie sie sind. Warum grenzt man Kinder überhaupt aus? Wer ist daran interessiert?

Unterschiedliche Menschen müssen miteinander umgehen können. Friedensfähigkeit müsse man lernen. Dazu sei eine gemeinsame Schule notwendig, gemeinsame Erziehung erleben im tätigen Leben.

Aus der Geschichte wissen wir, dass um 1900 Klassen mit 80 Kindern Alltag war.

Jene, die aus unterschiedlichen Gründen nicht mitkamen flogen aus der Schule. Da entstanden Sonderschulen für diese Kinder, was zu dieser Zeit ein historischer Verdienst war.

Worin sieht Wocken den Unterschied zwischen Integration und Inklusion?

In früheren Zeiten ließ man Kinder mit Behinderungen umbringen (Extinktion).

Um 1900 nahm man Kinder mit Behinderungen aus der Schule heraus. Sie blieben zu Hause. (Exklusion).

Es folgte eine Zeit, in der Sonderschule entstanden. Zwei Schultypen bestanden nebeneinander: die Regelschule und die Sonderschule (Segregation).

Dann gab es Versuche, Kinder mit Behinderungen in die allgemeine Schule zu integrieren.

So entstanden zwei Gruppen von Kindern: die sich anpassen konnten und solche, denen das nicht gelang (Integration)

Heute würden wir in eine Phase treten, in der Verschiedenheit normal sei, alle dürften in die gleiche Schule gehen. Die Schule müsse sich an die Kinder anpassen (Inklusion). Es ginge um alle Kinder, alle würden gemeinsam lernen mit differenzierenden Angeboten in heterogenen Gruppen.

Eine aktuelle Liste der Integrationsquoten in Europa zeigt, den Vorsprung von Italien, Zypern, Malta, Schweden, Norwegen, Portugal, Litauen, Island, Griechenland, Spanien. Dagegen blieben solche Länder wie Österreich, Tschechien, Großbritannien, Polen, Finnland, mit Abstand Slowakei, Frankreich, Deutschland, Belgien Schweiz zurück.

In Deutschland liege die Zahl der Kinder mit Behinderungen in allgemeinen Schulen bei 15,7%. 1999 waren es 11,6 %.

Integration sei ein Gebot der Chancengerechtigkeit, so Wocken. Betrachte man die Wirklichkeit an Förderschulen, so findet sich hier eine Überrepräsentanz von Jungen, von Migrantenkindern, Kinder aus kinderreichen Familien, von armen Kindern sowie Kinder von Arbeitslosen und Hartz IV-Empfängern. So sei die Förderschule eine Schule des „Prekariats“, die eigentlich gegen das Grundgesetz verstößt.

**Grundgesetz: „Niemand darf wegen seines Geschlechts, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden.“ GG Art. 3,3.**

Die inklusive Schule gehe von der Vielfalt der Kinder aus, organisiert eine Vielfalt von Unterricht mit einer Vielfalt von Pädagogen. Sie sei ein Haus der Vielfalt.

Prof. Wocken sprach über inklusiven Unterricht. Inklusiver Unterricht bedeute, dass heterogene, unausgelesene Lerngruppen in gemeinsamen und differentiellen Lernsituationen unterrichtet werden. Es ginge um die Vielfalt der Kinder nach Geschlecht, Alter, Herkunft, Ethnie, Begabung, die Vielfalt des Unterrichts, Vielfalt der Ziele, Inhalte, Methoden, Medien, Evaluation. Man müsse anerkennen, dass die Kinder unterschiedlich weit kommen. Es ginge um eine Vielfalt der Lernwege und Lernsituationen. In so einem Klassenzimmer herrsche inspirierendes Chaos. Es ist dort vorbei mit der preußischen Ordnung und dem Gleichschritt.

Das Recht der Kinder sei wichtiger als das Wahlrecht der Eltern. Zurückstellungen bei der Einschulung dürfe es nicht mehr geben. Heute würden 10% aller schulpflichtigen Kinder zurückgestellt. Sitzenbleiben dürfe es nicht mehr geben. Heute blieben über 250.000 Schüler sitzen. Sitzenbleiben koste Geld. Das macht schon Tausende Lehrerstellen aus. Abwärtsselektion dürfe es nicht mehr geben. Ca. 15 % aller Schüler würden aus höheren Schulen in niedrigere abgestuft.

Und eine Vielfalt von Pädagogen müsse es geben. Lehrer, Assistenten, mobile Dienste, die Eltern und die Kinder selbst.

**Pestalozzi: „Die Menge der Ungleichheit der Kinder erleichterte meinen Gang. So wie das ältere und fähigere Geschwister unter dem Auge der Mutter den kleineren Geschwistern leicht alles zeigt, was es kann, und sich froh und groß fühlt, wenn es also die Mutterstelle vertritt, so freuten sich meine Kinder, das, was sie konnten, die anderen zu lehren. Ihr Ehrgefühl erwachte, und sie lernten gedoppelt, indem sie selbst vormachten und andere nachsprechen machten. So hatte ich schnell unter meinen Kindern selbst Gehilfen und Mitarbeiter, die ...brauchbarer waren als angestellte Lehrer.“ Stanser Brief 1799**

Wocken sprach über das Regelsystem (Lernbehinderungen, Sprachbehinderungen, Verhaltensprobleme) und das Unterstützungssystem (Hörbehinderungen, Sehbehinderungen, Körperbehinderungen, geistige Behinderungen), Stundenverteilung und Personalanforderungen. Er unterschied Inklusion als Regel und Pflicht in den Förderschwerpunkten Lernen, Sprache und Verhalten und als Angebot und Wahl für spezielle Behinderungen.

Mittelfristiges Ziel sei seiner Meinung eine Inklusionsquote von 80 % und das in einer Zeit von 15-20 Jahren. Man könne nichts übers Knie brechen. Man brauche Vorlaufzeit in der Gesellschaft, wie auch bei den Pädagogen. Es ginge auch um den Aufbau einer inklusiven Lehreraus- Fort- und Weiterbildung.

Es ginge bei Inklusion nicht nur um Kinder mit Behinderungen. Es ginge generell um eine gute Schule und könne seiner Meinung nur eine Gemeinschaftsschule sein, wie sie auch von der LINKEN gefordert wird.

Also: Das Nachdenken über und dann in der Konsequenz das Verwirklichen der inklusiven Schule ist das Arbeiten an einer neuen Schule, in der die Kinder, der Unterricht und die PädagogInnen in einem Haus der Vielfalt leben. Hans Wocken verweist auf ein afrikanisches Sprichwort: Um ein Kind zu erziehen, braucht man ein ganzes Dorf.

In der Diskussion ging es zunächst um Schülerinnen und Schüler mit Behinderungen. Es wurde bei den Konsequenzen um den Abbau des Sonderschulsystems darüber diskutiert, wieweit Sonderschulen durch Eltern von Behinderten als beschützende Räume angesehen werden könnten und sie eben bestimmen können sollten, wo ihr Kind beschult wird, in einer Sonderschule oder in einer inklusiven Schule für Alle. Es ging also um das Elternwahlrecht. Es wurde darauf verwiesen, dass nach der Schulpflicht dann die Chancenlosigkeit kommt, die schon allein der Tatsache geschuldet ist, dass die jungen Menschen aus der Sonderschule kommen.

**Auch die Gefahr der massenhaften Abwanderung von „normalen“ Kindern an die Privatschulen zur Vermeidung der gemeinsamen Beschulung mit den „Behinderten“ wurde mehrheitlich**

nicht gesehen, wenn die Kinder stattdessen in inklusive Schulen gehen könnten, in denen für die behinderten Kinder die angemessenen Betreuungssysteme zur Verfügung stehen, die vorhanden sind und nur auf die Regelschule übertragen werden müssen.

In der Diskussion um die Abschaffung der Sonderschule zugunsten einer inklusiven Schule muss gegenüber deren Verteidigern dieses Sonderschulsystems betont werden, dass diese Schulform durchaus seine Existenzberechtigung als ein Schulsystem hatte, weil es jedem Menschen grundsätzlich eine Bildungsfähigkeit zusprach.

Daraus muss hergeleitet werden, dass den KollegInnen, die in Sonderschulen arbeiten, nicht ihre berufliche Leistung abgesprochen werden darf, auch, wenn sie Widerstand gegen die Abschaffung des Sonderschulsystems leisten, in dem sie arbeiten. Das Gegenteil ist der Fall. In der Regel liegt die ganze Verantwortung für das Lernen der Kinder auf den einzelnen Schultern der SonderpädagogInnen, und sie müssen schon sehr aufmerksam sein, wollen sie die kleinschrittigen Erfolge bei den Kindern sehen, und sie müssen immer sehr aufpassen, wollen sie nicht in stille Resignation verfallen. In der inklusiven Schule heißt das demgegenüber, dass die Schultern dieser KollegInnen entlastet werden durch eine Vielzahl von pädagogisch Mitagierenden, die auch vielfältige Möglichkeiten haben, sich über ihre Freude an der Arbeit und den Kummer an der Arbeit auszutauschen.

Mit kleinen Veränderungen bzw. Ergänzungen wurde die Erklärung der BAG Bildungspolitik **„Neuorientierung in der Bildungspolitik jetzt einleiten- für ein inklusives Bildungssystem“** verabschiedet. Es wird empfohlen sie zur Grundlage von Diskussionen insbesondere in den Landesarbeitsgemeinschaften im Rahmen der Parteidebatte und der Vorbereitung des neuen Parteiprogramms zu machen.

**Im Anschluss an die Diskussion um ein inklusives Bildungssystem wurde zum Thema „Für eine radikale Kehrtwende in der Bildungspolitik – Druck machen!“ nach einer Einführung von Horst Bethge, Mitglied des Sprecherteams der BAG Bildungspolitik, diskutiert.**

Besonders wurde darauf abgehoben, dass wir uns mit den außerparlamentarischen, zivilgesellschaftlichen und gewerkschaftlichen Bewegungen gegen die herrschende Privatisierungspolitik auch im Bildungsbereich konsequent stellen werden.

**Horst Bethge betonte insbesondere, „dass die Auseinandersetzung um eine moderne, soziale, zukunftsfähige und demokratische Bildung untrennbar verbunden ist mit der Auseinandersetzung um eine andere Steuer-, Finanz- und Wirtschaftspolitik, die Demokratisierung der Gesellschaft sowie um einen Durchbruch hin zu ökologisch und friedenspolitisch fundierter Gesamtpolitik der BRD.“ Er erläuterte Schwerpunkte der weiteren Arbeit.**

Birke Bull, Mitglied der Programmkommission beim Parteivorstand der LINKEN, informierte über den gegenwärtigen Stand der Arbeit am neuen Parteiprogramm.

Sie hätte Thesen ausgearbeitet und in ersten Diskussionen festgestellt, dass es viele Übereinstimmungen gebe.

Das seien u.a. solche Problemkreise wie:

Kritik der gegenwärtigen Politik: Privatisierung, Entdemokratisierung, Menschenrecht auf Bildung, gesamtstaatliche Verantwortung für Bildung, Gebührenfreiheit, Stärkung der Kommunen, Demokratisierung, eigenständiger Bildungsauftrag von Kindergärten, Akademisierung der Ausbildung der Kindergärtnerinnen, Gemeinschaftsschule, Ganztätigkeit, Durchlässigkeit von allgemeiner und beruflicher Bildung, Ausbau der Hochschulkapazitäten, Netz von bezahlbaren Weiterbildungsmöglichkeiten, Umbau der Sicherungssysteme, Erziehung zu Mündigkeit, Aufhebung der Trennung von Bildungs- und Sozialpolitik.

Unterschiedlich würden folgende Problemkreise beurteilt:

Chancen und Risiken der Wissensgesellschaft, Begriff der Wissensgesellschaft, Umgang mit Gentechnik, Bildungsföderalismus, „freigemeinnützige“ Schulen, Autonomie, Kostenbeteiligung bei Zweitstudien, Zweigliedrigkeit als Übergang, Kooperation mit außerschulischen Freizeitangeboten, Berufsförderung, marktförmige Weiterbildungsmöglichkeiten.

Wichtig seien Umbauszenarien: Bildungsreform ist nur als breiter demokratischer Prozess möglich.

In der Diskussion wurden eine Reihe Probleme aufgegriffen.

Andreas findet die Weite der Ideen als Chance und nicht als Problem. Er ist nicht für Eigenverantwortung, sondern für Selbstbestimmung.

Horst: Wir sind uns in vielen Fragen pragmatisch einig, aber aus unterschiedlichen Theorien.

Gerrit: Es ist eine Ansammlung von gemeinsamen und unterschiedlichen Positionen. Das Menschenbild ist unklar.

Barbara: In Hessen machen sie zu strittigen Punkten Werkstattgespräche.

Emanuel ist gegen den Zeitdruck. Es fehlt die europäische Ebene (Bologna).

Günter benennt Lücken:

- Von welchem Menschenbild gehen wir aus? Von welcher Geschichte gehen wir aus? Humanismus?
- Es wird von einer Laufzeit von 15-20 Jahren für das Programm ausgegangen.
- Was ist mit Kinder- und Jugendpolitik?

Mark: fragt, ob Übergangsforderungen ins Programm gehören. Es muss das Thema schulische Berufsausbildung behandelt werden.

Rosi: Es gibt ein Papier des PV zur Berufsbildung. Das Programm wird jetzt gebraucht.

Steffen: Die Programmdebatte wird machtpolitisch als große Entscheidungsschlacht angekündigt. Wir sollten eher auf Verständigung setzen.

Kay meint, das Grundsatzprogramm müsse strategisch angelegt sein, ginge es doch um strategische Fragen der nächsten 15 - 20 Jahre.

Die Teilnehmer verständigen sich über das weitere Vorgehen in der Programmdebatte.

Es wird vorgeschlagen einen Workshop in der Bundesarbeitsgemeinschaft im Frühjahr zu organisieren und für den Herbst eine bildungspolitische Konferenz einzuberufen.

Birke wird gebeten, ihre Thesen öffentlich zu machen.

Steffen Zillich, bildungspolitischer Sprecher der Linksfraktion im Abgeordnetenhaus berichtet über Schulstrukturfragen, insbesondere über Standpunkte zur Zweigliedrigkeit.

Gerrit Große, bildungspolitische Sprecherin der Linksfraktion im Landtag Brandenburg, berichtete über die Koalitionsverhandlungen mit der SPD.

Es wurden Delegierte zum Bundesparteitag gewählt.

Es kandidierten für den Bundesparteitag: Horst Bethge, Steffen Zillich, Mark Mulia; Sonja Staack und Barbara Cardenas.

Sonja Staack wurde als Delegierte und Barbara Cardenas ist Ersatzdelegierte,

Horst Bethge als Delegierter und Steffen Zillich als Ersatzdelegierter gewählt.

Alles in Allem eine interessante Veranstaltung mit engagierter Diskussion, vielen Ideen und Vorschlägen. Ein guter Ausgangspunkt für die weitere Arbeit in 2010.

Manfred Auerswald/Gerhard Sielski

## Erklärung der BAG Bildungspolitik

### Neuorientierung in der Bildungspolitik jetzt einleiten – für ein inklusives Bildungssystem

Die Linken stehen an der Seite derer, die für ein einheitliches demokratisches Bildungssystem kämpfen. Unser Ziel ist ein einheitliches, inklusives Bildungssystem vom Kindergarten, über die Schule, die Berufsbildung bis zur Hochschule, einschließlich der Weiterbildung und des lebenslangen Lernens. Das kann nur eine Gemeinschaftsaufgabe von Bund und Ländern sein.

Das Recht auf Bildung ist ein allgemeines Menschenrecht. Es ist für jeden Menschen gleichermaßen zu gewährleisten. Das Recht auf Bildung ist deshalb ein grundlegendes Menschenrecht, weil seine Verwirklichung die Wahrnehmung politischer und gesellschaftlicher Teilhabe, Arbeit, Gesundheit, Frieden, Selbstbestimmung erst ermöglicht, weil Bildung die soziale Integration und die Entfaltung der Persönlichkeit eines jeden Menschen befördert. Es ist völkerrechtlich in den UNO-Konventionen verankert. Wir fordern dass es endlich uneingeschränkt und umfassend in der Bundesrepublik verwirklicht wird. Allgemeine Bildung muss allen Menschen ohne Diskriminierung zugänglich sein. Das gilt in vollem Maße auch für Menschen mit Behinderungen. Um dieses Recht zu verwirklichen, fordert die UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen im Art.24 ein inklusives Bildungssystem auf allen Ebenen und die Gewähr für lebenslanges Lernen. Inklusive Bildung geht über den integrativen Ansatz hinaus. Es geht um die Integration von Behinderten, die vorher ausgegrenzt wurden, es geht um ein anderes Verständnis von Gesellschaft und Bildung, als es gegenwärtig in Deutschland vorherrscht. Die Weltgemeinschaft, das macht die UN-Konvention unmissverständlich klar, tritt für Inklusion ein. Das bildungspolitische Inklusionskonzept ist die entsprechende Umsetzung dieser gesellschaftspolitischen Zielsetzung. Es erhebt deshalb den Anspruch, eine pädagogische, strukturelle und inhaltliche Antwort darauf zu sein, aber auch, die große Vielfalt der Kinder und Jugendlichen ebenso zum Ausgangspunkt auch der Schulpolitik zu machen. In der Bundesrepublik muss darum ein Bildungssystem geschaffen werden, das allen gleiche Bildungsmöglichkeiten gewährleistet, in dem es keinerlei Diskriminierung gibt, in dem die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, dass alle Menschen sich eine hohe Bildung aneignen, ihre Persönlichkeit ausprägen, und gemeinsam lernen können.

DIE LINKE engagiert sich für eine Wende in der Bildungspolitik in Deutschland.

In Deutschland wird bis heute dieses grundlegende Menschenrecht permanent verletzt. Dafür tragen die Regierungen in Bund und Ländern die Verantwortung. Durch die mehrgliedrige Schulstruktur werden die Kinder früh getrennt und ausgegrenzt. Es sortiert besonders viele Kinder mit Armuts- und Migrationshintergrund sowie sonderpädagogischem Förderbedarf aus und benachteiligt sie damit doppelt. Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen oder Benachteiligungen wird zu oft mit dem Hinweis auf mangelnde Ressourcen oder ungenügende Ausstattung der Zugang zu Kitas, Schulen oder Hochschulen verwehrt. Das muss beendet werden.

CDU/CSU und FDP wollen aber ein solches ausgrenzendes Bildungssystem beibehalten und zementieren. Die Koalitionsvereinbarung ist dafür beredter Ausdruck. Die schwarz-gelbe Koalition setzt noch stärker auf Privatisierung der Bildungskosten und bedient ihre Wählerklientel mit Steuergeschenken. Die sozial Schwachen bleiben auf der Strecke.

SchulpolitikerInnen der LINKEN sind davon überzeugt, dass **nur „eine Schule für alle Kinder und Jugendlichen“ als inklusive Schule, eine Gemeinschaftsschule in der Lage** ist, hohe Bildung und gleiche Bildungsmöglichkeiten für alle Kinder und Jugendlichen zu realisieren. Daher setzen wir uns für ein bundesweit einheitliches Bildungssystem auf dieser Grundlage ein.

Die Gemeinschaftsschule kann als Ganztagschule der Lebens- und Erfahrungsraum für alle Kinder und Jugendlichen sein, der vielfältige Begegnungen, Anregungen, Dialoge und das Lernen miteinander wie nebeneinander ermöglicht. Die Gemeinschaftsschule verbietet Kategorisierungen, Etikettierungen, Stigmatisierung und Ausgrenzung von Kindern, die in einer sozial gespaltenen Gesellschaft wie der unseren, immer auch soziale Kategorisierungen sind. In der Gemeinschaftsschule ist Vielfalt wünschenswert und wird produktiv. Sie steht für die gezielte Förderung aller Kinder und Jugendlichen, insbesondere auch aus sozialen und beim Bildungszugang benachteiligten Familien, solche mit Migrationshintergrund und für Kinder mit Behinderungen und Benachteiligungen. Die Gemeinschaftsschule kann jedoch ihre Bildungs- und Erziehungsaufgaben nur dann erfüllen, wenn sie in dem Maße, wie ihr sonderpädagogische Aufgaben übertragen werden, auch sonderpädagogische Kompetenzen erhält: Das erfordert mehr ausgebildete Sonderpädagogen, Psychologen, Sozialpädagogen an allen Schulen und die sonderpädagogische und psychologische Weiterbildung aller Pädagogen, einschließlich der Erzieherinnen in der frühkindlicher Erziehung.

Wir unterstützen alle Bestrebungen, das Modell der Gemeinschaftsschule in den Bundesländern einzuführen. Unser Ziel ist die Auflösung des gegliederten Schulsystems. Die vielerorts zu beobachtende Orientierung auf ein Zwei-Säulen-Modell lehnen wir ab, da es das Problem nicht an der Wurzel packt, sondern die soziale Ausgrenzung auch in einem zweigliedrigen Schulsystem weiter besteht.

Unabhängig davon, dass erst ein einheitliches Bildungssystem, d.h. ein Bildungssystem, das allen gleiche Bildungsmöglichkeiten sichert, auch das Recht auf Bildung für Kinder mit Behinderungen in vollem Umfang gewährleisten kann, engagiert sich DIE LINKE dafür, dass schon heute und hier für jedes Kind und jeden Jugendlichen mit Behinderungen optimale Bildungsmöglichkeiten geschaffen werden.

#### *Womit kann man sofort beginnen?*

- Soziale und Migrationshintergründe dürfen die Chancengleichheit nicht mindern. Jedes Kind hat darum den Anspruch in die zuständige allgemeine Schule aufgenommen zu werden. Kein Kind darf wegen seiner Benachteiligungen oder Behinderungen ausgegrenzt, auf Förderschulen verwiesen werden.
- Die Heterogenität von Lerngruppen sollte als ein Gewinn für alle Kinder gesehen werden. Kein Kind darf ausgeschlossen werden, weder durch Sitzenbleiben, Einsortierung in unterschiedliche Bildungsgänge, noch durch Abschulung oder Kostenvorbehalt. Niemand darf beschämt werden.
- Alle Kinder sollen an ihrer Schule gefördert werden, weshalb die nötige Unterstützung und Förderung an allen Schulen zur Verfügung gestellt werden muss.

- Die öffentlichen Grundschulen müssen die pädagogischen-organisatorischen Arbeitsbedingungen erhalten, damit die PädagogInnen alle Kinder optimal in ihrer Persönlichkeit fördern können.
- Die Schulträger und die Länder werden aufgefordert, die notwendigen personellen, finanziellen, materiellen und räumlichen Bedingungen für eine Schule für alle Kinder zu schaffen. Die Verantwortung für die Lösung offener pädagogischer, personeller, finanzieller und materieller Fragen darf nicht auf die Schulen übertragen werden.
- Es geht auch um den Umbau der Lehreraus- Fort- und Weiterbildung von Grund auf, entsprechend den Anforderungen inklusiver Bildung. Wir treten für die Schaffung aller notwendigen Bedingungen für eine qualifizierte Arbeit aller an einer Schule Tätigen ein. Wissenschaftliche Begleitung ist zu sichern.

Wir fordern alle auf, sich nicht länger gefallen zu lassen, dass grundlegende Menschenrechte beim Zugang zu Bildung im Interesse der Sicherung überlebter konservativer und elitärer Bildungsinteressen verletzt werden.

Wenn Deutschland ein Bildungsland werden soll, dann dürfen die Milliarden nicht in die Banken gesteckt werden, sondern soll der Heranbildung der jungen Generation zugute kommen. Wir fordern die neue Bundesregierung auf, ihre Bildungspolitik zu überprüfen und die notwendigen Mittel für die Bildung, zusätzlich 40 Milliarden pro Jahr, bereitzustellen.

Die Neuorientierung der Bildungspolitik jetzt einleiten

Wir wenden uns von unserer Beratung an den Parteivorstand und die Landesvorstände der Partei, an die Mitglieder der Landesarbeitsgemeinschaften, an die Abgeordneten der LINKEN im Bundestag und den Landtagen, dafür einzutreten und entsprechende Beschlüsse zu fassen.

Die Abgeordneten fordern wir auf, durch parlamentarische Initiativen für eine Rücknahme der Vorbehaltserklärungen zur Ratifizierung der UN- Kinderrechtskonvention zu sorgen. Es muss umgehend ein Programm zur zügigen Umsetzung dieser Konvention über die Rechte von Menschen, insbesondere von Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen erarbeitet werden. Im Sinne des Mitgliederbriefs des Parteivorstandes vom Oktober 2009 sollte überall überlegt werden was, wo und wie anzupacken ist, um unsere Forderungen nach einem einheitlichen Bildungssystem in eine breite bildungspolitische Debatte und konkrete Maßnahmen umzusetzen.

Wir wollen mit Eltern, PädagogInnen und WissenschaftlerInnen, mit GewerkschaftsvertreterInnen, mit VertreterInnen von Bildungsinitiativen, mit allen an Bildung Interessierten ins Gespräch kommen, um gemeinsam für eine Schule für alle, für ein einheitliches und inklusives Bildungssystem zu kämpfen.

Göttingen, 28.11.2009



Liste bildungspolitischer Dokumente der Linkspartei.PDS 1991 - 2006  
(Auswahl)

Vorschlag für ein bildungspolitisches Sofortprogramm (1991)

Anpassung des Ostens an den Westen oder Bildungsreform in ganz Deutschland?  
Gedanken und Vorschläge linker Pädagogen (1992)

Wege aus der Bildungskrise in Deutschland (1993)

Schule in Deutschland – eine Schule für alle Kinder:  
Humanistisch, demokratisch, sozial gerecht (1993)

Erklärung der 4. Bildungspolitischen Konferenz der PDS  
zur besoldungsrechtlichen Gleichstellung der Lehrer der  
neuen Bundesländer (1993)

Forderungen an den Bundeskanzler zum Bildungsgipfel (1993)

Für eine grundlegende demokratische Bildungsreform in ganz Deutschland  
Bildungspolitische Grundsätze der PDS (Entwurf) (1994)

Bildungsreform in Deutschland, aber wie? Für eine grundlegende Demokratisierung der Bildung

Materialien der 5. Bildungspolitischen Konferenz der PDS am 2./3. Dezember 1995  
in Magdeburg.

In: Opposition konkret, PDS im Bundestag

Thesen zur Bildungspolitik in den Kommunen.

In: Opposition konkret, PDS im Bundestag

Verteidigung und Reformierung der Berufsbildung.

In: Opposition konkret, PDS im Bundestag

Für eine grundlegende demokratische Bildungsreform in ganz Deutschland.

Bildungspolitische Grundsätze der PDS (1996)

Schule, Berufsbildung, Hochschule und lebenslanges Lernen.

Positionen, Forderungen und Vorschläge der PDS zur Bildungspolitik. (Dezember 1997)

Für eine demokratische Bildungsreform in Deutschland.

Studie zur Erneuerung und Demokratisierung von Vorschulerziehung, Schule, Berufsbildung  
und Hochschule. AG Bildungspolitik ( Broschüre Oktober 1997)

Bildungspolitik auf einen Blick (1998)

Alternative 99: Europawahlprogramm der Partei des Demokratischen Sozialismus  
Für einen Kurswechsel in Europa.

Das Europa des 21. Jahrhunderts braucht Frieden, Arbeit und Demokratie (1999)

Bildungspolitik in der programmatischen Debatte der PDS. Teil I und Teil II (2000)

Positionen zur programmatischen Debatte der PDS (2000)

Für bessere Entwicklungs- und Bildungsmöglichkeiten aller Mädchen und Jungen.  
Gegen wachsende Ungleichheit im Bildungswesen. Teil I und Teil II (2001)

Chancengleichheit! Gegen wachsende Ungleichheit im Bildungswesen.  
Ergebnisse der 8. Bildungspolitischen Konferenz der PDS (Leipzig, 2001)

Gleiche Bildungs- und Entwicklungsmöglichkeiten für alle!  
Gegen wachsende Ungleichheit im Bildungswesen!  
15 bildungspolitische Forderungen der PDS  
(Beschluss der 8. Bildungspolitischen Konferenz der PDS, Leipzig, 31.03. - 01.04.2001)

Nach PISA

Pisa, Forum Bildung und die PDS (2002)

„Forum Bildung“ und PISA-Diskussion – Ansatz einer Bildungsreform in Deutschland (2002)

Neue Herausforderungen – neue Bedingungen.  
Zur Erhöhung der Wirksamkeit der AG Bildungspolitik beim Parteivorstand der PDS.  
In: Zukunftswerkstatt Schule 1/2003

Bildungsstandards.

Erklärung der bildungspolitischen SprecherInnen der PDS-Fraktionen im Berliner Abgeordnetenhaus und in den Landtagen vom 23. Januar 2003

In: Nationale Bildungsstandards - ein Schritt zur Bildungsreform in Deutschland?

Informationen, Standpunkte, Fragen.

AG Bildungspolitik beim Parteivorstand der PDS, Projektgruppe Grundsätze der Bildungspolitik, Berlin, Juli 2003 (Bunte Reihe)

Bildung als zentrales Politikfeld der PDS – Bildung als die soziale Frage des 21. Jahrhunderts.

Grundpositionen der AG Bildungspolitik der PDS.

Beratung im Parteivorstand der PDS am 15.9.2003

PDS–Bildungsoffensive

Bund-Länder-Sofortprogramm 2003 – 2006

10 Kernforderungen der PDS (Entwurf)

Aus dem Programm der PDS – beschlossen auf der 2. Tagung des 8. Parteitages der PDS am 25./26.10.2003 in Chemnitz; III/7. Bildung, Wissenschaft, Kultur, Medien

In: Zukunftswerkstatt Schule 4/2003

Das Bildungswesen der DDR – Rückblick mit Anregungen für eine Bildungsreform in Deutschland.

AG Bildungspolitik beim Parteivorstand der PDS. (Berlin 2003/2004)

Bildung für alle.

Überlegungen, Forderungen, Vorschläge. (Berlin 2003)

Umfassende Betreuung, Bildung und Erziehung im frühen Kindesalter – Positionen und Forderungen der PDS.

Positionspapier der Kinder- und bildungspolitischen Sprecher in den Landtagen Sachsens, Sachsen-Anhalts, Thüringens, Brandenburgs, Mecklenburg-Vorpommerns und im Abgeordnetenhaus von Berlin vom 19. Januar 2004 und 26. Januar 2004

Bildungspolitik und Kommunalpolitik. Standpunkte zur Kommunalpolitischen Konferenz der PDS–West, 8. - 11. März 2004, Offenbach

In: Zukunftswerkstatt Schule 1/2004

Informations- und Argumentationsmaterialien zu den Themen Entwicklung und Erziehung des Individuums, Gesamtschule, Begabung

In: Zukunftswerkstatt Schule 1/2004

Initiative Bildungspolitik 2004 - 2006.

Beschluss des Parteivorstandes der PDS vom 26. April 2004

In: Zukunftswerkstatt Schule 2/2004

Positionen der AG Bildungspolitik zur Entwicklung von Ganztagschulen

Beschluss der AG Bildungspolitik vom 19. Juni 2004

In: Zukunftswerkstatt Schule 2/2004

9. Bildungspolitische Konferenz 3. -5. Juni 2005 in Weimar

Bildungspolitische Erklärung von Weimar

Materialien in Zukunftswerkstatt Schule H./2005

Bildungspolitische Leitlinien der PDS

Entwurf für die Diskussion auf der 9. Bildungspolitischen Konferenz 2005

In: Zukunftswerkstatt Schule 2/2006, Juni 2006

Alle fördern – keinen zurücklassen! Für eine sozial gerechte, demokratische Bildungsreform jetzt!

Weimarer Erklärung der 9. Bildungspolitischen Konferenz der PDS 2005

In: Zukunftswerkstatt Schule 2/2006, Juni 2006

Initiativantrag: „...und allen Kindern gleiche Chancen!“

10. Parteitag der Linkspartei.PDS in Halle (29./30.April 2006)

Beschluss des 10. Parteitages.

In: Zukunftswerkstatt Schule 1/2006

Bericht der AG Bildungspolitik beim Parteivorstand der Linkspartei. PDS  
an den Parteirat der Linkspartei.PDS  
In: Zukunftswerkstatt Schule 3/2006, August 2006

Bildung als gesamtgesellschaftliche Aufgabe.  
Beschluss des Parteivorstandes der Linkspartei.PDS vom 28. August 2006  
In: Zukunftswerkstatt Schule 4/2006, Oktober 2006

Thesenpapiere für den Parteivorstand:  
Frühkindliche Bildung für alle ermöglichen. (August 2006)

Eckpunkte der Linkspartei.PDS zur beruflichen Bildung. (Dezember 2006)

Längeres gemeinsames Lernen in der Gemeinschaftsschule –  
Thesenpapier der  
Linkspartei (Januar 2007)

Gegen elitäre Ausgrenzung im Studium  
Standpunkte der Linkspartei.PDS (Januar 2007)

Bei Bedarf anfordern über:

BAG Bildungspolitik beim Parteivorstand der Partei DIE LINKE  
Maritta Böttcher  
Kleine Alexanderstr. 28  
10178 Berlin  
Tel.: 030/24009615  
Fax: 030/24009645  
E-Mail: [maritta.boettcher@die-linke.de](mailto:maritta.boettcher@die-linke.de)

<i>DIE LINKE</i> . BUNDESARBEITSGEMEINSCHAFT BILDUNGSPOLITIK
--

DIE LINKE. BUNDESARBEITSGEMEINSCHAFT BILDUNGSPOLITIK

Erklärung

0 Hiermit erkläre ich, dass ich in der BAG Bildungspolitik mitwirken will.

0 Ich möchte in den Verteiler aufgenommen werden

Name:-----

Vorname:-----

Straße:-----

Ort:-----

PLZ:-----

Tel.:-----

Fax:-----

E-Mail:-----

Landesverband:-----

Gebiete der Mitarbeit:-----

Datum:

Unterschrift:

An: Maritta Boettcher, Parteivorstand DIE LINKE., Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin  
Tel.: 030/24009615, Fax: 030/24009645, Mail: maritta.boettcher@die-linke.de

# ZUKUNFTSWERKSTATT LINKE BILDUNGSPOLITIK

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

die „Zukunftswerkstatt linke Bildungspolitik“ ist das Mitteilungsheft der Bundesarbeitsgemeinschaft Bildungspolitik der Partei DIE LINKE.

In ihm wird zu bildungspolitischen Themen Stellung genommen. Analysen, Positionen, Entwürfe, Streitpunkte und Informationen über Aktivitäten der Partei DIE LINKE, ihrer Abgeordneten in Bund und Ländern geben einen Einblick in bildungspolitische Diskussionen, Positionen und Forderungen sowie Erfahrungen in der Arbeit der auf bildungspolitischem Gebiet Tätigen, neuerlich auch in Zusammenarbeit mit anderen linken Gruppen.

Wir wenden uns damit an einen breiten Leserkreis von Bildungsaktivisten, Pädagogen, Wissenschaftlern, Studenten, Eltern, Schülern und bildungspolitisch Interessierten.

Unsere Leser sind aufgerufen, unser Blatt mit Artikeln, Kritiken und Verbesserungsvorschlägen mitzugestalten. Es erscheint mindestens 4x im Jahr.

Unsere Bunte Reihe/Beihefte begleiten das Heft mit bildungspolitischen Themen aus der Feder von Bildungspolitikern und Erziehungswissenschaftlern.

Das Heft wird von einer ehrenamtlichen Redaktion gestaltet, wie auch die Autoren auf ein Honorar verzichten.

Unsere Anschrift:

Partei Vorstand der Partei DIE LINKE  
Ansprechpartnerin: Maritta Böttcher  
Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin  
Tel.: 030 / 24009615  
E-Mail: maritta.boettcher@die-linke.de

Ich möchte:

- Ein Probe-Exemplar
- Alle Ausgaben
- Zusätzlich ..... Exemplare zur Werbung

Name, Vorname: .....

Straße: .....

PLZ: ..... Ort: .....

Ich spende für die  
Zukunftswerkstatt 10 € / 20 €

Spendenkonto:  
Partei Vorstand  
der Partei DIE LINKE  
Konto - Nr.: 4384840000  
BLZ: 100 200 00  
Berliner Bank AG  
Kennwort: Bildungspolitik